

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 15. September 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement - Preis pränumerando: Vierteljahr 1,20 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Multiplizierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnent: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

Gebühr für die sechsgepaltenen Holzsätze ober deren Raum 20 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (steigende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“

Klerikale Panamisten in Oesterreich.

Aus Wien wird uns geschrieben:

Die österreichischen Christlichsozialen, die Gefinnungsgenossen des Zentrums innerhalb der schwarzgelben Pfähle, erleben jetzt schlimme Zeiten. Nicht nur die Tatsache, daß der christlichsoziale Budgetreferent des Wiener Gemeinderates, ein Mann, der das christlichsoziale Getriebe bis in sein Innerstes kennt, die Wäcker als Anbeter des Gottes Rimm bezeichnete, hat diese Partei ihres Nimbus beraubt. Es sind Tatsachen enthüllt worden, die weit gravierender sind als die allgemeinen Beschuldigungen des Wiener Budgetreferenten. Die denkbar ärgste Korruption, der sich Führer einer politischen Partei schuldig machen können, ist bloßgelegt worden.

Da hat vor allem in den letzten Tagen der Prozeß gegen einen Revolverjournalisten das finanzielle Treiben des gegenwärtigen obersten christlichsozialen Führers, des gewesenen Arbeitsministers Dr. Gehmann, erkennen lassen. Ein obskurer Mensch, der ein kleines Erpresserblättchen herstellt, hat geschrieben, daß die Bausparkbank, die der Dr. Gehmann gegründet hat und deren Präsident er bis gestern war, eine reine Bucharbank ist, an der neben dem „Antisemiten“-Führer Gehmann und seinem Wöhrlingem Sohne, der aus einem Philosophiestudenten plötzlich in den Direktor der Bank mit hohem Gehalt umgewandelt wurde, hauptsächlich jüdische Bucharagenten aus dem Osten interessiert sind. In dem Revolverblatt ist weiter bewiesen worden, daß die großen Privilegien, die die Regierung der Bank Gehmanns verlieh — sie darf für den fünfjährigen Betrag ihres Aktienkapitals Schuldverschreibungen ausstellen, die die Regierung als mündelstücker erklärt hat — eine eminente Gefährdung derer bedeuten, die so leichtsinnig sind, ihr Geld dem Gehmann anzuvertrauen. Gehmann hat, was für ihn bezeichnend ist, erwiesenermaßen diesem Revolverjournalisten und einem anderen Schweigegeld gezahlt. Der zweite hielt sich für bestrebt. Der erste wollte aber mehr. Da aber Gehmann Grund hatte, zu fürchten, daß, wenn selbst der Erpresser schweigt, die gegen ihn frontierenden Gefinnungsgenossen seine Bankgeschäfte enthüllen werden, zahlte er kein weiteres Schweigegeld und zeigte dem Erpresser an. Dieser wurde zu acht Monaten verurteilt, aber noch erheblicher ramponiert ging aus dem Prozeß Gehmann hervor.

Die Verfilzung von Finanzgeschäften und Politik hat den Christlichsozialen, die einst ausgezogen waren, das „mobile Kapital“, die Banken und die Spekulation zu bekämpfen, aber noch viel schwerere Bunden geschlagen. In dem kleinen Alpenlande Kärnten haben sich die christlichsozialen Führer, die zugleich Geistliche sind, als gewaltige Panamisten entpuppt. Kärnten ist nämlich das einzige Alpenland, bei dessen Bauernbevölkerung der Klerikalismus bis heute noch nicht feste Wurzeln geschlagen hat. Um nun dieses Ziel doch zu erreichen, wurden besondere Kraftleistungen aufgeboten. Das viele Geld, das die klerikale Legation verschlingt — es wurde in dem kleinen Ländchen mit kaum 300 000 deutschen Bewohnern ein christlichsoziales Tagesblatt gegründet — sollte durch Spekulationsgeschäfte großen Stils hereingebracht werden, und dabei sollten natürlich auch enorme Summen für die Taschen der geistlichen Urheber dieser Spekulation abfallen.

Den Anfang machte der Magensfurter Priester Paul Kayser. Den Grundstock seines Betriebskapitals verschaffte er sich durch Sammlungen für Waisenhäuser. Er forderte die frommen Bauern auf, ihr Geld nicht in liberale Sparkassen zu tragen, sondern es ihm zu geben, er werde es mit Güte der Waisenhäuser viel besser verzinsen, und zwar schon auf Erden. So kam er zu Geld. Wenn es auch nicht sehr viel war, er traute sich doch folgende Unternehmungen zu begründen: ein Hotel, eine Brauerei, ein Braunkohlbergwerk. Außerdem vereinigte sich der Pfaffe mit einem abgetragenen italienischen Spekulanten zur Firma Palese & Kayser, die einen ausgedehnten Holzhandel betreibt. Lagerplätze bei Triest und bei Venedig errichtete und sogar Häuser im Kaukasus pachtete.

Da es den Spekulanten an ausreichendem Betriebskapital fehlte und da sie überdies ihre eigene Bereicherung sehr häufig ins Werk setzten, wurde nun auf alle mögliche Art geschwindelt. Die Geschäfte, die unternommen wurden, waren sehr faul, aber dafür ließen die Herren Palese und Kayser je zwei ihrer Brüder, die keinen Heller besaßen, für zusammen 100 000 Kr. auf die Besitztümer der Firma hypothekarisch sicherstellen.

Insofern wären aber die ganzen Betrügereien bloß eine Sache der Gauner selbst und der ihnen Kredit gewährenden anderen Spekulanten, die natürlich die Geldnot der Palese und Kayser zu unerhörten Raubzügen ausnützten. So hat ein Schweizer Bucherer für 22 000 Kronen Wechsel ausgeben lassen, wogegen er selbst nur 88 000 Kronen bar und die übrigen wertlosen Aktien gab. Der hauptsächlichste Geldgeber der Palese und Kayser war aber eine zum Wohl der Bauern geschaffene Institution. In Oesterreich bilden die bäuerlichen Kasseisenkassen in jedem Lande eine Zentral-

sozialer Leitung. Ihr Direktor, der die ganze Institution despotisch beherrschte, war der Monsignore Gabriel Weiß; dieser Pfaffe war der Führer der Partei in Kärnten und außerdem Direktor eines Vereins, dem das christlichsoziale Tagesblatt des Landes, eine Druckerlei in Kärnten und auch eine klerikale Druckerlei in Wien gehört. Weiß benutzte nun die Barbestände der Zentralkasse, bei der die einzelnen Kasseisenkassen ihr überschüssiges Geld anlegen, dazu, die schwindelhaften Unternehmungen der Palese und Kayser zu finanzieren. Vier Millionen Kronen aus den Ersparnissen der Bauern und ihres Gefindes steckte er seinem Freunde Kayser zu. Außerdem gab er ihm ein Einlagebuch über 715 000 Kronen, trotzdem Kayser keinen einzigen Heller erlegt hatte. Die Bücher hat Kayser verklopft, und die sie belehnt haben, beklagen jetzt die Zentralkasse.

Als die Hinterbeule aufgebrochen war, ist der Pfaffe Weiß geflohen. Er steckt jetzt in irgendeinem Kloster, und in Oesterreich versucht es der Staatsanwalt gar nicht, einen verbrecherischen Pfaffen aus einem Kloster hervorzuholen. Das ist ein sicheres Merkmal für den ärgsten Unhold. Kayser war nicht so vorsichtig, rechtzeitig zu verduften; offenbar meinte er, er sei im verpönten Oesterreich als geistlicher Betrüger völlig immun. Er wurde verhaftet.

Die Millionen der Bauern und der Landarbeiter, die in den Kasseisenkassen gelegen sind, sind verloren und Tausende von Kärntner Familien linden den Christlichsozialen, denen sie, weil Geistliche die Führer waren, blind vertrauten. Die Betrogenen spähen nun nach Rettern aus. Man hat schon die Regierung angerufen, die aber trotz des besten Willens der Partei, die sie stützt, aus dem Unglück zu helfen, nichts tun kann, denn wohin käme der Staat, wenn er anfinge den Schaden zu ersetzen, den Schwindler ihren Opfern zufügen. Nun wendete sich aber auch der Blick der Betrogenen zu Gehmann, dem Präsidenten einer Bank. Er vermeint nun den Verlegenheiten, die das Panama seiner Partei bringt, dadurch zu entgehen, daß er gestern seine Bankpräsidentenstelle niedergelegt hat. Es wird ihm aber nichts nützen. Die Christlichsozialen haben als „Bekämpfer der kapitalistischen Korruption“ ausgespielt.

Vor der Entscheidung.

Frankfurt a. D., 14. September.

Der Wahlkampf im Frankfurter-Leubuser Kreise hat seinen Höhepunkt erreicht. Morgen Donnerstag wird es sich entscheiden, ob der Kreis auch für den Rest der Tagungsperiode des Reichstages durch einen bürgerlichen Abgeordneten vertreten werden soll. Wenn nicht alles täuscht, haben es freilich die Wähler auch in diesem der Mehrheit nach ländlichen Kreise satt, sich durch die veräbterische Taktik der bürgerlichen Parteien irreführen zu lassen. Wo es möglich war, an die Wähler heranzukommen, wurde die Propagierung der sozialdemokratischen Ideen äußerst heifällig aufgenommen. Mit vereinzelt Ausnahmen sind unsere Flugblattverbreiter von der Bevölkerung sympathisch begrüßt worden; da, wo es und gelang, Versammlungen zu veranstalten, waren diese außerordentlich stark besucht, die Ausführungen der Redner wurden allüberall von lebhaftem Beifall der Zuhörer begleitet. Freilich war es manchmal schwer, geeignete Räume zu den Versammlungen zu erhalten, sorgten doch alle möglichen reaktionären Elemente durch ärgsten Terrorismus dafür, daß uns in vielen Orten Säle nicht zur Verfügung standen.

Auch in Frankfurt selbst, der Militär- und Beamtenstadt, stand uns nur ein weit draußen an der Peripherie gelegenes Lokal zur Verfügung. Alle Versuche, auch im Innern der Stadt einmal zu den Wählern zu sprechen, scheiterten an dem Widerstand der Gastwirte, die vor dem auffie ausgeübten Terrorismus zurückwichen. Und doch sollte die Stadt Frankfurt in ihrem Zentrum 48 Stunden vor der Wahl eine Wählerversammlung sehen, wie sie bisher dort nicht zu verzeichnen war. Der in der Wahlagitiation tätige Genosse Wels begab sich zu dem Wirt des städtischen Gesellschaftshauses, des größten Saales der Stadt, um für einen allgemeinen Diskussionsabend für Angehörige aller Parteien den Saal zu mieten. Natürlich wäre der Wirt nie zu bewegen gewesen, einer sozialdemokratischen Versammlung Obdach zu gewähren. Aber diese Absicht bestand ja auch gar nicht, und so gab er schließlich eine Dultung über den bezahlten Mietvertrag für eine in seinem Lokal abzuhaltende Wählerversammlung aller Parteien. Durch Handzettel wurde zu dieser Versammlung wie folgt eingeladen:

Dienstag, den 13. September, abends 8 Uhr: Große öffentliche Wählerversammlung aller Parteien im „Gesellschafts-Haus“. Tagesordnung: Die bevorstehende Reichstagswahl. In dieser Versammlung erlauben wir die Angehörigen aller Parteien zu erscheinen. Es findet völlig freie Diskussion statt. Die Kandidaten der im Kreise kämpfenden Parteien Herr Emil Haber, Sozialdemokrat; Herr Dr. Winter, nationalliberal und Herr Dunkel, konservativ, sind brieflich eingeladen. Der Einberufer: Otto Wels.

Kaum waren die Handzettel verbreitet, da schwante dem Wirt wohl Unheil, denn er glaubte offenbar, daß es sich um eine sozialdemokratische Versammlung handelte. Schließlich nahm er, vielleicht auch bewegt durch sanften Nachdruck, am Dienstag früh durch Telegramm, daß er an die Berliner Adresse des Genossen Wels schickte, seine Zusage zurück. Natürlich hatte Wels durchaus keine Veranlassung, von der Versammlung zurückzutreten, ihm blieb nach einem vergeblichen Versuch, den Wirt zur Ueberwindung zurückzubringen, nichts weiter

übrig, als durch einen Rechtsanwalt eine einstweilige gerichtliche Verfügung zu erwirken, die ihm die Ausübung seines Mietrechts sicherte. Aber auch jetzt noch blieb der Gastwirt, dessen Verhalten bei der Unduldsamkeit der bürgerlichen Kreise Frankfurts allerdings erklärlich ist, hartnäckig. Er plante, den Gerichtsbeschluss nicht respektieren zu brauchen, so daß unser Genosse gezwungen war, diesem durch einen Gerichtsvollzieher Geltung zu verschaffen. Der Vollstreckung setzten sich zuerst unangenehme Widerstände entgegen. Der eine der drei Frankfurter Gerichtsvollzieher ist zurzeit auf Urlaub, der andere war dienstlich außerhalb und der letzte zuerst nicht zu finden. Inzwischen ist es Abend geworden, das Gesellschaftshaus liegt völlig im Dunkeln. Tausende von Menschen umwogen es, Hochrufe auf die Sozialdemokratie wurden laut. Ein wohlbeleibter Polizeikommissar forderte die Wartenden auf, nach Hause zu gehen: Das Lokal ist geschlossen, die Versammlung findet nicht statt, gehen Sie nach Hause! Da plötzlich erscheint, jubelnd begrüßt, der sonst nicht gern gesehene Vollzieher des gerichtlichen Willens. Jögdrud wird ihm geöffnet. Endlich öffnen sich die Pforten für die Besucher, im Ru stehen in den vorhandenen Räumlichkeiten Kopf an Kopf die zur Versammlung Erschienenen. Doch die Räume erweisen sich zu klein, nur ein Teil der Massen findet in den Lokalitäten ein Plätzchen. Unter lebhafter Zustimmung verlegt Wels die Versammlung in den großen Garten des Lokals. Hier stehen dichtgedrängt die Massen, wohl 5 bis 6000 Personen. Arbeiter, Handwerker, Kaufleute, kleine Beamte in Zivil, kurz alle Schichten der Bevölkerung sind vertreten. Der bündlerische „Arbeiterkandidat“ Dunkel hatte die Einladung abgelehnt, weil er durch eine eigene Versammlung am Erscheinen verhindert sei. Der nationalliberale Kandidat, Herr Dr. Winter, sahien es mit seinem Standesbewußtsein nicht vereinbaren zu können, überhaupt zu antworten. So blieb es dem unseren Genossen überlassen, den Versammlungsbesuchern die politische Lage und die Bedeutung der Wahl darzulegen. Als erster Redner ergriff Genosse Wels das Wort. Er sahien auch den anwesenden Gegnern aus dem Herzen zu sprechen, wenigstens kam niemand von ihnen der ausdrücklichen Aufforderung, das Wort zu ergreifen, nach. Nach Wels erläuterte der Kandidat, Genosse Haber, dann kurz in klaren, treffenden Sätzen unsere politischen Forderungen. Beide Redner wurden während ihrer Ausführungen oftmals durch den jubelnden Beifall der Tausende unterbrochen. Nach einem energischen Appell des Genossen Wels, am Wahltag die volle Schuldbiligkeit zu tun, erfolgte Schluß der imposanten Versammlung, deren Zustandekommen zeigt, daß unsere Genossen auf einen Schelmen anderthalbe zu setzen wissen.

Zu gleicher Zeit, als im Gesellschaftshause die Rieserversammlung stattfand, wurde im Frankfurter evangelischen Vereins-hause über den konservativ-bündlerischen „Arbeiterkandidaten“, den evangelischen Arbeitersekretär Dunkel, zu Gericht geseffen. Im Anschluß an einen Vortrag wurde in einer Versammlung des evangelischen Arbeitervereins verurteilt, für die Kandidatur Dunkel Stimmung zu machen. Aber selbst bei seinen eigenen evangelischen Weidern holte sich der Kandidat eine gründliche Abfuhr. In der Diskussion erklärte der Gewerbevereinssekretär Walzer, eine solche Kandidatur verdiene keine Unterstützung, sondern verlange die stärkste Bekämpfung. Der evangelische Arbeiterverein könne nicht gegen die Entlastung des Reichstagswahlrechtes und gegen die Preisnot protestieren und zu gleicher Zeit eine konservativ-bündlerische Kandidatur unterstützen. Zum Schluß nahm die Versammlung folgende Resolution an: Die im Vereins-hause tagende Versammlung des evangelischen Arbeitervereins Frankfurt spricht sich entschieden gegen die konservativ-bündlerische Kandidatur des evangelischen Arbeitersekretärs Dunkel aus. Die Versammlung erklärt diese Kandidatur in keiner Weise zu unterstützen.

Eine Ehrung Wilhelms II.

Rußlands auswärtige Politik ist, wie man weiß, trotz aller entwürdigenden Vermählungen unserer offiziellen Kreise, nichts weniger als deutschfreundlich. Dagegen hat die innere Politik der preussischen Reaktion immer die Bemühungen ihrer russischen Gefinnungsverwandten erweitert. Es versteht sich daher von selbst, daß die russische Pogromistenpresse auch an der letzten Rede Wilhelms II. in Königsberg nicht gleichgültig vorübergegangen ist. Etwas verspätet, aber dafür desto überschwänglicher schreibt das Organ Dr. Dubrowins, „Ruskoje Swamja“ über die Königsberger Gottesgnadenrede:

„Unsere Reichen sind gewachsen. Ein neuer großer Schwanzhundertler ist auf den Plan getreten, mit dessen Politik die ganze Welt rechnet.“

Der Leser versteht natürlich, daß wir vom Deutschen Kaiser Wilhelm II. sprechen, der in seiner Königsberger Rede erklärt hat, daß die Selbstherrschafft die sicherste Grundlage der Ordnung und der Entwidlung der Kräfte des Staates bildet. Diese Ansicht beachtlich der Kaiser auch in Zukunft beizubehalten.

Nicht weniger tröstlich für die Schwarzhundertler ist es, daß der Kronprinz offenbar dieselbe Ansicht mit seinem erlauchten Vater teilt, wie man das aus seiner Rede bei der Erhebung des Kronprinzen zum Rektor der Königsberger Universität folgern kann.“

Es ist kaum anzunehmen, daß das Ministerium Stolypin den Redakteur des genannten Blattes wegen „Beleidigung des Oberhauptes eines befreundeten Staates“ zur Verantwortung ziehen, noch daß die deutsche Regierung Einspruch erheben wird, daß Wilhelm II. mit einer Bezeichnung beehrt wird, die in der gesamten Kulturwelt als tiefste Beleidigung anerkannt wird. Trägt doch selbst der Zar den Namen eines Schwarzhundertlers, eines Protectors des ehrtruffischen Volksverbandes, mit unberechenbarem Stolz zur Schau. Wenn Wilhelm II., wie nach einer Meldung aus Cronberg bereits feststeht, Ende dieses Monats mit dem Friedberger Gast auf Schloß Friedrichshof zusammentreffen wird, wird der Zar ihm die erfreuliche Mitteilung machen können, daß seine ehrtruffische Leibgarde ihm bereits dieselbe Würde zuerkannt hat, wie dem gekrönten Oberhaupt und geistigen Leiter des ehrtruffischen Pogromistenverbandes.

Schlußitzung des Deutschen Juristentages.

Der Deutsche 30. Juristentag hielt gestern seine Plenarversammlung ab und wurde nach Erstattung der Berichte aus den Ausschüssen geschlossen. Der Juristentag zeichnet sich durch die gute Vorbereitung der einzelnen Verhandlungsmomente aus: je zwei ausführliche, Wochen vorher gedruckt vorliegende Referate zu jedem Tagesordnungspunkt. Anders sieht es mit der Verhandlung. Die Ausschüsse erlaten ihre Berichte: das Plenum nimmt diese lediglich zur Kenntnisnahme. Nur wenn der Vorsitzende es anordnet oder die Mehrheit des Plenums es beschließt, gelangt ein Tagesordnungspunkt auch im Plenum zur Debatte. Das mag für rein juristische und auch für solche Dinge ausreichen, in denen der Juristentag geschlossen oder in seiner über-großen Mehrheit die Beschlüsse seiner Ausschüsse gutheißt. Anders bei Fragen, die von großer kultureller Tragweite sind oder über die die Ansichten geteilt sind. Wenn hier eine Beratung vom Plenum abgelehnt wird, so beweist dies, daß der Juristentag versteinert. Bei der Frage der Todesstrafe wurde gestern eine Debatte abgehalten.

Formelle geschäftsordnungsmäßige Bedenken wurden von dem Vorsitzenden Professor Brunner gegen einen Antrag geltend gemacht, die Todesstrafe zur selbständigen Erörterung und Entscheidung im Plenum zu bringen. Schließlich stellte er die Entscheidung hierüber dem Plenum anheim. Dies verneinte mit knapper Mehrheit die Frage, ob es zulässig sei, einzelne Teile der Abteilungsbeschlüsse zur Erörterung vor das Plenum zu bringen. Knappmehr beantragten die Gegner der Todesstrafe, den gesamten Beschlus der dritten Abteilung, der sich auf die Straf-mittel im Vorentwurf zum Strafgesetzbuch bezieht, zur Erörterung im Plenum zu bringen.

Professor Liepmann-Kiel begründete den Antrag: Trotz schwerer Bedenken haben wir uns entschlossen, die erneute Erörterung dieser Frage zu beantragen, die gegenwärtig im Mittelpunkt der juristischen, politischen und allgemeinen Erörterung steht. Wohl haben ausgezeichnete Sachkenner das ganze Problem der Strafmittel in ihren Referaten behandelt. Aber die Frage der Todesstrafe ist nicht so vorbereitet worden, wie es wünschenswert wäre. Die Gutachten sind gar nicht prinzipiell auf sie eingegangen, sie ist als eine Frage bezeichnet worden, die einer weiteren Erörterung nicht mehr bedarf. Senatspräsident Dr. Dischhausen und Geheimrat Kahl bezeichneten es als ausfichtlos, die Todesstrafe zu bekämpfen, weil die deutsche Reichsregierung niemals in ihre Abschaffung willigen wäre. Aber gerade wegen dieser Begründung haben wir unseren Antrag gestellt. Niemand hat bei der Deutschen Juristentag nach der Meinung der Richter über die Frage (Rebhastler Votum) Niemand haben wir unsere Beschlüsse von der Ansicht auf Erfolg abhängig gemacht. Ich weiß nicht, ob die Regierung wirklich aus der Todesstrafe einen Kriegsfuß machen will. Wir ist diese Frage ja auch ganz gleichgültig. Unser Ansehen steht auf dem Spiele, wenn wir eine Meinung deshalb ablehnen, weil die Regierung anderer Ansicht ist. Die Todesstrafe ist eine allgemein menschliche Frage und es wäre höchst bedauerndwert, wenn der Juristentag gerade hier sich einer prinzipiellen Entscheidung entziehen wollte. Es kann sich nicht darum handeln, jetzt hier eine Entscheidung herbeizuführen. Unser Antrag will nur die Möglichkeit sichern, die Frage dem nächsten Juristentag zu überweisen und unsere Gewissensbedenken juristischer und menschlicher Natur zum Ausdruck zu bringen auf eine Weise und mit dem Ernst, die des Juristentages würdig sind. (Stürmischer Beifall bei einem Teil der Versammlung). — Früherer Reichsanwalt, jetziger Senatspräsident Dr. Dischhausen-Kelzig bekämpfte den Antrag. Wir hatten in der dritten Abteilung nur die Strafmittel zu diskutieren. Es muß ganz falsch erscheinen, die umfassende Diskussion hier noch einmal aufzurufen, bloß um ein einziges zur Frage der Todesstrafe sagen zu können. Es ist um so unangebracht, die Todesstrafe herauszugreifen, als wir uns doch nicht mit einer rein theoretischen Frage beschäftigen wollen, sondern mit der eminent praktischen Frage des neuen Strafgesetzbuchs. Nicht aus Angst „vor oben“ haben wir Gutachter nicht näher begründet, warum wir Anhänger der Todesstrafe sind, sondern darum, weil wir keine Beschlüsse für den Papierkorb herbeiführen wollen. Da die Abschaffung der Todesstrafe, über die sich natürlich sehr viel sagen läßt, in Deutschland gegenwärtig aussichtslos ist, bitte ich Sie, im Interesse der Strafreform die Sache nicht erst wieder aufzurufen. (Beifall).

In der Abstimmung wird mit der Knappen Mehrheit von einigen 80 gegen einige 70 Stimmen beschlossen, die Frage nicht erneut zur Erörterung zu stellen. (Rebhastler Beifall bei der Mehrheit.)

Mit diesem Beschlus hat der Juristentag den Zielfandpunkt reaktionärer und positivistischer, von wissenschaftlicher Erkenntnis und fortschrittlichem Streben freier Reaktion erreicht. In den 60er Jahren sprach sich der Juristentag einstimmig oder nahezu einstimmig für Befreiung der Todesstrafe aus. Am 1. Mai 1870 verwarf der Reichstag mit 118 gegen 81 Stimmen die Todesstrafe, die damals bereits in Sachsen, Oldenburg, Anhalt und Bremen abgeschafft war. Leider führte die Erklärung Vidmarcs, ohne Todesstrafe werde der Bundesrat das Strafgesetzbuch nicht annehmen, zu einem Umschwung der Stimmung in dritter Lesung. Mit 127 gegen 119 Stimmen stimmte der Reichstag der Einführung der Todesstrafe zu.

Der Juristentag hat sich in seiner Zusammensetzung, die Juristen in ihrem Streben gewandelt. Etwa 5 Proz. der Juristen sind heute Mitglieder des Juristentages. In den 60er und 70er Jahren waren es etwa 20 Proz. In den Debatten auf den Juristentagen war früher etwas von dem Vorwärtsstreben des oppositionellen „liberalen Kreislautes“ und der Helden deutsch-österreichischer Jurisprudenz zu spüren. Sie beherrschten das Feld. Das ist heute anders geworden. Wie das Bürgerium im allgemeinen, so sind auch die Juristen zu Kreuze gekommen und beschlossen, wie Dischhausen so offen erklärte, vor allem unter der Furcht, ob ihre Beschlüsse Gnade auf Annahme bei der Regierung finden können. Nicht also die Frage: was ist Recht und muß Recht sein? sondern die Frage: was darf nach Ansicht der Regierung Recht werden? Ist für das Gros des Juristentages ausschlaggebend. Damit hat der Juristentag seinen außerhalb parteipolitischer Erwägungen stehenden Einfluß selbst zu Grunde geläutet. Das Votum für Aufrechterhaltung der Todesstrafe und das Ausweichen vor einer Debatte über diese kulturell so wichtige Frage ist ein Todesurteil für das Ansehen des Juristentages selbst.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. September 1910.

Der Protest gegen Absolutismus und Fleischwucher.

Wie am die nordöstliche Spitze des Deutschen Reichs, hart an der russischen Grenze, reicht die Empörung über die jüngsten Kaiser-

reden. Das bewiesen die beiden Volksversammlungen, die am 11. und 12. d. M. in Memel und Lissit auf dringenden Wunsch der dortigen Arbeiterchaft abgehalten wurden. Genosse Lindereferierte. Beide Versammlungen waren trotz des verlockenden Hochsommerwetters überfüllt. Durch fortgesetzte begeisterte Zustimmungsrufe und durch eine am Schluß des Referats einstimmig angenommene Resolution verurteilten die Zuhörer einmütig mit dem Referenten Gottesgnadentum und persönliches Regiment.

Auch hier am Ende des Reichs haben die Kaiserreden bei dem größten Teile des Volkes — denn auch in bürgerlichen Kreisen murrte man recht laut — eine nicht gewollte Wirkung ausgeübt.

Im Wahlkreise Mainz-Oppenheim fanden am Sonntag und Montag acht Versammlungen mit dem Thema „Lebensmittelwucher und Kaiserreden“ statt. Überall war starker Besuch und prächtige Kampfstimmung.

In Ludwigshafen tagte am Montag eine Volksversammlung, die von 800 Personen besucht war. Genosse Oskar Beck-Mannheim referierte unter stürmischem Beifall über „Fleischnot, Kriegsbeute, Abolitionismus“.

Die Fleischnot.

Die Abordnung des Deutschen Fleischerverbandes hat in ihrer Audienz beim preussischen Landwirtschaftsminister eine Reihe Maßnahmen empfohlen, dem Mangel an Vieh zu begegnen. Die „Allgem. Fleisch-Zeitung“ berichtet darüber u. a. das Folgende: Zur Förderung der heimischen Viehzucht, auf die das Hauptgewicht gelegt wurde, ist die gänzliche oder wenigstens für die Zeit des Viehmangels während der Aufhebung der Hölle auf Futtermittel, deren große Einfuhr unentbehrlich ist, erbeten worden. Als ebenso wichtig für die Wahrung des Viehstandes wurde dann die Erweiterung der Einfuhr ausländischen Viehes bezeichnet, namentlich die Einfuhr von Ragen- und Schlachtvieh. Dadurch würde am schnellsten der Viehmangel gemindert und der Viehpreis, der durch die periodisch wiederkehrende Viehknappheit hinaufgeschraubt sei, auf eine angemessene Höhe herabgesetzt werden, während eine jetzt eintretende Steigerung der Viehhaltung langamer wirkt und, weil das Futtermittel zu teuer ist, auch späterhin kein billiges Schlachtvieh liefert. Als Einfuhrländer wurden in erster Linie Dänemark und Holland genannt. Für die Einfuhr dänischen Viehes wurde die Befreiung der zweifachen Tuberkulimpfung und der kostspieligen und, weil Dänemark notorisch frei von Maul- und Klauenseuche ist, entbehrlichen 10-tägigen Quarantäne gefordert; die Saugvorkehrungen, die für den Verkehr mit Desterreich-Ungarn gelten, würden als ausreichend bezeichnet. Während die dänische Vieheinfuhr heute nur auf beschränkte Gebiete einwirkt, würde sie unter solchen Bedingungen künftig allgemeiner der Viehverforgung zugute kommen. Das fast feuchtreiche Holland, das heute schon einen Teil seines Viehüberflusses in Gestalt von frischem Fleisch nach Deutschland liefert, aber jetzt durch die mit dem Fleischexport namentlich in den Sommermonaten verbundenen großen Schwierigkeiten, Kosten und Risiken behindert ist, würde nicht nur gutes Schlachtvieh schicken, sondern auch durch Rindvieh die deutsche Zucht aufbessern können. Weiter kommen Schweden und Frankreich in Betracht, welche Länder bei einer maßvollen Handhabung der Veterinärpolizei ihre Viehzucht wieder mehr auf den Export einrichten würden. Endlich wurde die Befreiung der dreihunderttägigen Ueberwachung für Schweine österröcher Herkunft, die nutzlos ist und die Einfuhr bis zur Verhinderung erschwert, verlangt.

In dritter Reihe wurde die Erleichterung des Viehverbandes durch dauernde Ermäßigung der Frachttarife oder wenigstens durch einen Notstandstarif mit niedrigen Frachttarifen empfohlen, und dabei auf das Vorbild Desterreichs hingewiesen, das die Viehfrachten auf die Hälfte herabgesetzt habe.

Zur Fleischnot nahm die Stadtverordnetenversammlung von Halle a. S. folgenden dringlichen Antrag an: „Anlässlich der immer weiter steigenden Fleischpreise wird der Magistrat ersucht, gemeinsam mit der Stadtverordnetenversammlung bei der Staatsregierung dahin vorzustellen zu werden, daß die Grenzsperr für die Einfuhr von Jungvieh, Schlachtvieh und Fleisch unter Beobachtung von Sicherheitsmaßnahmen gegen eine etwaige Seuchengefahr aufgehoben wird oder sonstige Erleichterungen geschaffen werden, die eine Befreiung des Fleisches ermöglichen.“

Zu der Erörterung erklärte der Oberbürgermeister Dr. Rive, daß das Steigen der Viehpreise mit auf das Steigen der Landarbeiterlöhne zurückzuführen sei. Man solle nicht glauben, daß die Regierung zugunsten ständiger Agrarier das ganze Volk hungern lasse! Der Antrag wurde aber nichtsfestwenger einstimmig angenommen.

Die Stadtverordnetenversammlung in Warmen beschloß, bei der Reichsregierung um Erleichterung der Einfuhr von Jungvieh, Ermäßigung der Transportkosten auch für Mastviehfutter und Erleichterung sonstiger veterinärpolizeilicher Vorschriften zu petitionieren. In der Petition soll darauf hingewiesen werden, daß der Zwischenhandel durch Kommissionäre das Fleisch sehr verteuere.

Der Innungsausschuß der Kasseler Handwerksmeister hat eine große Protestversammlung einberufen, um Stellung zu nehmen zur Fleischnot und Lebensmittelteuerung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bringt an der Spitze des Blattes einen Bericht über die Unterredung der Deputation des Deutschen Fleischerverbandes mit dem Landwirtschaftsminister. Nachdem die Forderungen der Fleischer aufgezählt sind, wird in dem Bericht betont, daß der Minister eine Erleichterung der Einfuhr von Vieh deshalb ablehnen müsse, weil von dem inländischen Viehbestand die drohende Seuchengefahr abzuhalten sei. Auch von der zollfreien Einfuhr von Futtermitteln, die zudem mit Rücksicht auf die Reichsfinanzen kaum ausführbar ersehe, sei eine Besserung der Lage umso weniger zu erhoffen, weil ein Futtermittel gegenwärtig nicht vorhanden sei. Die Herabsetzung der Frachttarife für Viehtransporte würde den Preis für ein Kilogramm Fleisch nur um etwa einen Pfennig verbilligen, dagegen für die Eisenbahn eine erhebliche Einbuße herbeiführen. Der Minister will zwar der Frage näher treten, ob die Schlachthofgebühren herabzusetzen und die Fleischschau verbilligt werden könne, Einwirkung auf die Fleischpreise verspricht sich der Minister aber auch davon nicht. Der einzige Trost, den der Minister geben kann, ist der, daß wahrscheinlich schon in der nächsten Zeit die Viehpreise eine rückläufige Bewegung aufzuweisen haben.

Die amtliche Darstellung stellt dann die geradezu tolle Behauptung auf:

„Es ist deshalb auch nicht gerechtfertigt, von einer Fleischnot und davon zu reden, daß die Fleischversorgung der arbeitenden Bevölkerung zurzeit in Frage gestellt sei.“

Die Agrarier werden nicht verstehen, ihrem zentralistischen Vertrauensmann, dem Herrn v. Schorlemer, ihre Anerkennung auszusprechen. In ganz Deutschland setzt eine lebhafteste Protestbewegung gegen die bestehende Fleischnot ein, und der Minister behauptet kalten Blutes, daß von einer Fleischnot nicht die Rede sein könne. Eine schmerzliche Verhöhnung des in seiner Lebenshaltung schwer bedröhten Volkes ist in der Tat nicht gut denkbar.

Abwehraktion gegen die Milchteuerung.

Die Agrarier in West- und Süddeutschland beabsichtigen, die Milchpreise gleichmäßig in die Höhe zu treiben. Die Verbände der Milchhändler für die von den Agrariern bedrohten Gebiete haben für den 18. und 19. September einen Kongreß nach Koblenz einberufen, um dort über Mittel und Wege zu beraten, wie der agrarischen Preistreiber entgegengetreten werden könne.

Vom „demokratischen“ Zentrum.

Daß das Zentrum, das seit den Hottentottenwahlen immer strupelloses die Rechte und Interessen mit Füßen ge-

treten hat, sich heute bedingungslos der Reaktion verschrieben hat, verrät auch folgende Rede des Zentrumsabgeordneten Graf Praszma, der nach der „Märk. Volkszeitung“ u. a. sagte:

„Unser Weg ist vorgezeichnet. Man spricht von der Wahlrechtsvorlage. Es ist klar und deutlich, daß sie Sache der maßgebenden Faktoren ist und nicht Sache von Demonstrationen und Straßenkämpfen. Die Vorlage der Regierung war unannehmbar; wir haben sie verbessert, nicht aber verschlechtert. Wir haben die geheime Wahl einführen wollen, nachdem die Regierung der öffentlichen in Stottowitz das Todesurteil gesprochen. Die direkte Wahl haben wir demgegenüber schon preisgegeben können, da sie mehr eine technische Frage ist. Als die Vorlage aber verschlechtert wurde, konnten wir sie nur ablehnen. Es ist erfreulich, daß die stärkste Partei im Landtag, die konservative Partei, auf unserer Seite war. Ein Sammelruf ist vor kurzem von einer Seite an uns ergangen. Der Kaiser hat bei zwei Gelegenheiten das Wort ergriffen, zunächst in Königsberg. Ein Sturm der Entrüstung ist durch die liberale Presse gegangen. Dabei ist viel von den bekannten Novembertagen die Rede gewesen. Die Liberalen aller Schattierungen sollten jedoch nicht so viel an die Novembertage erinnern, denn es könnte sonst an den Tag kommen, wie die Liberalen und ihre Drahtzieher durch Unwahrheit die Leute hinter das Licht geführt haben. Was hat der Kaiser denn gesagt? Er hat sich als Instrument des Herrn bezeichnet und seine Verantwortlichkeit Gott gegenüber betont. Wo ist denn eine Mißachtung der Rechte des Parlaments und des Volkes? Der König hat doch auch ein Recht auf die Verfassung. Je mehr man die Rechte des Königs wahr, um so mehr wahr man auch die Rechte der Verfassung. Je mehr sich der König verantwortlich fühlt Gott gegenüber, desto mehr muß er sich erheben über die Tagesmeinungen und muß sich um so mehr richten nach dem Stern da oben. Das Verhältnis zum Volke wird dadurch nur inniger. (Sehr richtig!) Wir sind stolz auf das Gottesgnadentum des Königs und wir lassen uns ihn nicht nehmen durch die Hege unserer Gegner.“ (Rebhastler Bravo!)

In den November-Debatten vor zwei Jahren glaubte der Fraktionsredner des Zentrums noch erklären zu müssen, daß die Lage des Sonnenkönigtums unüberwindlich dahin seien — und heute ist das Zentrum stolz auf das Gottesgnadentum! Und die direkte Wahl, ohne die die geheime Wahl nur ein frecher Schwindel und ein lächerliches Ünding ist, erklärt das Zentrum für eine „technische Frage“!

Graf Praszma erklärte schließlich die Sozialdemokratie für den schlimmsten Feind des Zentrums. Die Sozialdemokratie wird in der Tat alles aufbieten, um sich das Anrecht auf diese Bezeichnung zu verdienen!

Die 3 1/2 Millionen Zulage langen nicht!

Für die Unterhaltung des Posener Kaiser-schlusses hat sich der Staat verpflichtet, der Kron-fideikommissverwaltung für jedes Rechnungsjahr die Summe von 88000 Mark für die Unterhaltung des Schlosses zu erstatten. Die Kosten einer etwaigen Hofhaltung trägt die Krone allein. Diese Kostenerstattung ist ungewöhnlich, denn die Unterhaltungskosten für königliche Schlösser werden aus der Zivil-liste bestritten.

Trotzdem also Wilhelm II. zu den 15 Millionen Zivil-liste noch 3 1/2 Millionen zugelegt worden sind, soll jetzt noch der Staat jährlich 88000 M. für die Unterhaltung eines königlichen Schlosses zahlen! Das ist doch eine starke Zumutung!

Keine Enteignungsaktion in der Ostmark.

Die „Korrespondenz Blott“ weiß zu berichten: „Die wir hören, besteht innerhalb des preussischen Staats-ministeriums keine Neigung, vorläufig von den Besugnissen des Enteignungsgesetzes Gebrauch zu machen, es soll versucht werden, ohne das Mittel der Zwangsenteignung von Polen Land zu erwerben. Die Polener Ansiedelungskommission wünscht eine Enteignungsaktion, die Berliner Zentralbehörden wollen es ohne sie weiter versuchen. Der Polenkurs scheint doch nicht mehr der alte zu sein, und man wünscht möglichst alles zu vermeiden, was das Votum vor den Kopf stoßen könnte. Vielleicht sprechen bei diesen Erwägungen die Aussichten für die nächstjährigen Reichstagswahlen mit. Wir nähern uns bereits wieder der Capritischen Polenpolitik, erst Sprachen-krieg, Erzbischofsbalanz, Zwingburgbau — jetzt Friedensschmelzen. Eine Enteignungsaktion verbietet sich jetzt auch mit Rücksicht auf die konservativ-heraldische Waffenbrüderschaft, die im Hinblick auf die Wahlen ausgebaut werden soll. Die Polen sollen die nächsten im Bunde sein.“

Daß es so kommen würde, war ja unschwer vorauszusehen. Die Polen haben sich ja sowohl im Reichstag als im Landtag eifrig bemüht, das Wohlwollen der Junker zu erwerben. Bei der Reichsfinanzreform gingen sie mit dem Schnapsblock, im Abgeordnetenhaus stimmten sie sogar für die Erhöhung der Zivil-liste. Da ist es kein Wunder, daß die Junker den Galatisten gegen-über ihre schützende Hand über die Polen halten.

Obnein ist ja den Junkern die Siedelungspolitik seit den Regungen politischer Selbständigkeit der Ansiedler höchst unsympathisch geworden. Sie wollen deshalb von einem lebhafteren Tempo der Ansiedelungspolitik nichts wissen. Dazu kommt, daß eine Zwangsenteignung ja auch die Landpreise herabsetzen und damit unseren Junkern das Geschäftemachen auf Kosten des Staates vereiteln würde!

Weitere Stärkung der Bischofsgewalt.

Eine aufsehenerregende Meldung bringt die katholische „Augs-burger Postzeitung“ aus Rom. Danach wird, es bei dem Dekret der konsistorialkongregation, das den Bischöfen das Recht zur Abhebung der Pfarren gibt, auch nicht sein Bewenden haben. Auf Grund von Angaben einer gut unterrichteten kirchlichen Stelle schreibt der römische Mitarbeiter des genannten Blattes, es sehe außer Zweifel, daß Pius X. durch das neue Dokument seine feste Absicht äußere, die katholische Hierarchie immer mehr zu kräftigen durch die Befestigung der Autorität der Bischöfe über den ihnen unterstellten Klerus. Dann heißt es weiter:

„Der Papp hat sein Programm auf diesem Gebiete noch nicht erschöpft. Das Dekret kann natürlich in allen jenen Ländern sofort in die Tat umgesetzt werden, wo kein Konkordat besteht. Wo aber ein Konkordat besteht, wo der Pfarren durch die Regierung in die Pfarren eingeleitet ist oder ein Pfarren erholen mußte, kann es theoretisch vorkommen, daß der Geistliche sich weigert, die Verfügung des Bischofs anzuerkennen. Wo ein Konkordat besteht und damit auch gute Beziehungen zwischen dem heiligen Stuhl und der betreffenden Regierung, wird der Staat freilich keine Schwierigkeiten machen, es mühte denn höchstens eine Vermittlung bestehen, in der die Regierungen durch Widerstand oft einen Druck auszuüben hoffen. In Italien, wo ganz spezielle Verhältnisse bestehen, ein Plozet ohne Konkordat, sind kurtose Verhältnisse immerhin möglich.“

Um nun zu verhindern, daß sich so etwas zutrage, soll Pappi und X. die Absicht haben, in der Ernennung der Pfarre eine wichtige Modifikation einzuführen. Diese würden nach der Modifikation nicht mehr auf Lebenszeit, sondern zur Verfügung der Bischöfe ernannt; mit ihrer Ernennung wäre also kein Privilegium mehr verknüpft.

Zur Durchführung dieses Planes, heißt es am Schluß der Mitteilung, sind allerdings delikate Verhandlungen nötig.

Die neuesten päpstlichen Erlasse

erregen auch in weiten Kreisen des katholischen Mexus die ernstesten Bedenken, und so mancher unter ihnen fühlt sich von seinem Gewissen gedrängt, öffentlich gegen diese Maßnahmen, von denen er nur Schaden für die Kirche erwartet, seine warnende Stimme zu erheben. Aber den katholischen Priestern ist der Mund geschlossen. Treffend schreibt der dem bekannten bayerischen Landtagsabgeordneten Pfarrer Brandinger nachstehende, Nordhalsbener Grenzboten:

„Die Erlasse des Papstes in diesem Falle zu kritisieren, ist eigentlich nicht Aufgabe der Tagespresse. Aber wo ist der Platz, auf welchem die vom Erlass Betroffenen Widerspruch und Einspruch erheben könnten? Es ist den Priestern verboten, priesterliche Vereine zur Ständevertretung und Führung des Standes zu gründen. Die Mitarbeiterschaft an der reformkatholischen Zeitschrift „Das 20. Jahrhundert“ ist ebenfalls untersagt. Die Zentrumpresse ist viel zu feige, um Proteste gegen päpstliche Urteile anzunehmen. Die Synoden sind abgeschafft, weil sie den Bischöfen Arbeit verursachen würden. Die Synode wäre noch der einzige Platz, an welchem der bedrängte Kleriker einen Bischof klagen könnte. Und so braucht sich niemand zu wundern, wenn die Zahl derjenigen katholischen Geistlichen, die Zuflucht zur liberalen Presse nehmen, ständig vermehrt wird. Videant consules.“

Diese Klage würde wohl so mancher Kleriker von Herzen gern unterschreiben, wenn er — dürfte.

Nationalliberale Reichshämmer.

Die „Kölnische Zeitung“, das Organ derer von Bildung und Besitz, ereifert sich über das Vorhaben der Berliner Genossen, die Parteibeiträge zu erhöhen. Das Blatt tut das im Geschmacl derjenigen Leute, die aus ihrem Unverständnis gegenüber der Sozialdemokratie nun einmal nicht herauszukommen vermögen. Die Sozialdemokratie — so meint das Organ der rheinischen Scharfmacher — dreht wieder einmal die Steuerhahne, und zwar sind es diesmal die Berliner Genossen, aus denen man neue Geldmittel herausdrücken will. Wenn das Geld der Arbeiter in der Parteikasse klingeln soll, spricht auf einmal der „Vorwärts“ nicht mehr von berechneten, ausgewerteten Proletariats, sondern hält im Gegenteil den Arbeitern von Berlin vor, daß sie besser gestellt sind als die Genossen in anderen Kreisen. Ist aber erst die Erhöhung der Beiträge für Berlin beschlossen, dann fängt das alte Lied wieder an: die Massen werden von der Regierung und der Bourgeoisie in jämmerlichster Weise ausgezogen und können keinen Pfennig mehr zu den Staatskosten beitragen. Man sollte es kaum für möglich halten, daß in Arbeiterkreisen mit solchen hohlen Phrasen dieselbe Partei-Glauben findet, die sogar bei dem von öffentlichen Steuern befreiten Genossen für ihre und gemeinlich schaffliche Zwecke verhältnismäßig hohe Beiträge erprekt.

Die Berliner Genossen üben also Erpressung, wenn sie sich selber höhere Beiträge auferlegen! Man sollte nun meinen, daß die „Kölnische Zeitung“ die eigenen Genossenschaftsgenossen mit allen Kräften abhalten würde von der Begehung ähnlicher „Erpressungen“ an sich selber, daß sie ihre nationalliberalen Parteifreunde anflehen würde, ja keinen Groschen mehr in die Parteikasse zu zahlen. Aber weit gefehlt. Zum Schluß kommt diese Kuponanwendung:

„Die bürgerlichen Parteien sollten aus den finanziellen Klüngen der Sozialdemokratie die Lehre ziehen, daß auch sie rechtzeitig ihre Wahlsonnen aufzufallen haben und sich an Opferwilligkeit nicht von den Anhängern des „Vorwärts“ beschämen lassen dürfen.“

Also wollen sich doch auch die Nationalliberalen auf die „Erpressung“ berlegen! Oder ist es jetzt auf einmal Opferwilligkeit?

Bürger und Polizist.

Zu 250 M. Geldstrafe verurteilt wurde Genosse Schöck von der „Kiederrh. Arbeiter-Ztg.“ in Duisburg, weil er einen Schuttmann „beleidigt“ haben soll. Die „Kiederrh. Arbeiter-Ztg.“ brachte eine Notiz, worin mitgeteilt war, daß der Bergmann Lehnen von dem städtischen Desinfektor Schürmann in D. Weiderrich ohne jeden Grund tätlich angegriffen, mißhandelt und beleidigt worden sei, und daß der herbeigerufene Schuttmann Krüger, anstatt den Lehnen zu schützen, ihn gleichfalls „mißhandelt“ und ihm die Kleider zerrissen habe. Der Notiz folgte die übliche Polizeibeleidigungssklage. Dabei wurde nun festgestellt, daß der Angriff des Schürmann sich in vollem Umfange so abgespielt hat, wie er mitgeteilt war. Werthwürdigerweise will der städtische Desinfektor sich an nichts mehr erinnern. Im Alkoholkraus will er aber auch nicht gehandelt haben. Also wohl „Dämmerzustand“! — Der Schuttmann Krüger befrichtigt jede Mißhandlung des Lehnen, gab aber in demselben Atemzuge zu, daß er den Bergmann Lehnen energisch angefaßt und ihn „vor sich her geschoben“ habe und daß dabei allerdings das Jackett des Lehnen zum Teil zerrissen worden sei. Lehnen habe ihn fortwährend in erregtem Tone aufgefördert, den Schürmann (der Lehnen überfallen hatte) zu verhaften, was er (Schuttmann Krüger) unterlassen habe, da ihm Schürmann persönlich bekannt gewesen.

Es steht also durch das eigene Zeugnis des Schuttmann fest, daß dieser den Lehnen, der bei ihm Schutz suchte und die Festnahme des Schürmann forderte, „energisch angefaßt“ und ihn „vor sich her geschoben“ hat, und daß dabei dessen Jackett zerrissen ist. Weil aber dies nach Ansicht des Gerichts „noch keine Mißhandlung“ sei — da Krüger doch nicht geschlagen habe —, so hat sich Genosse Schöck mit seiner Notiz einer „schweren Beleidigung“ im Sinne des § 186 des Strafgesetzbuches schuldig gemacht, ergo müßte eine dementsprechende Bestrafung erfolgen!

Der Herr Anwalt meinte sogar, der Angeklagte müsse wegen „verleumderischer“ Beleidigung bestraft werden, da er „bewußt falsch“ berichtet habe! Ferner betonte der Vertreter der öffentlichen Anklage, daß die Presse wohl solche auf der Strafe sich obspielende Vorkommnisse berichten müsse, daß die „anständige Presse“ es aber ablehne, sie tendenziös „auszuschlagen“.

Leider hat der Angeklagte kein Mittel in der Hand, einem derartigen Angriff des Anklägers in gebührender Weise zu begegnen. Genosse Schöck half sich damit aus, daß er erklärte, er halte es für überflüssig, auf eine solche Anklage sachlich zu erwidern und müsse sich Wehklagen über „Anstand“ vom Anwalt verbitten!

Der Anwalt hatte 200 M. Geldstrafe beantragt. Das Gericht ging somit noch erheblich über den Antrag hinaus. Ob das Berufungsgericht in dem Auftreten des Schuttmann auch keine „Mißhandlung“ sieht?

Oesterreich.

Für die Einfuhr aus Argentinien.

Wien, 13. September. Der Gemeinderat hat einstimmig einen Antrag des Stadtrats angenommen, wonach die Regierung aufgefordert werden soll, der Fleischnot durch Gestattung der Einfuhr argentinischen Fleisches abzuhelfen. Handelsminister Weisskirchner sprach sich in einer Zuschrift für den Antrag aus.

Eine sehr überflüssige Ausgabe.

Wien, 14. September. Der Stadtrat hat beschlossen, für die Ausschmückung der Straßen und des Rathhauses aus Anlaß der Ankunft des deutschen Kaisers 20 000 Kronen zu bewilligen.

Griechenland.

Eröffnung der Nationalversammlung.

Athen, 14. September. Um 11 Uhr vormittags wurde durch den König die Nationalversammlung eröffnet. In der Thronrede wird betont, daß die Nationalversammlung die Grundlagen der gegenwärtigen Verfassung unangefastet lassen möge. Die Verfassungsrevision, zu der die Versammlung berufen sei, dürfe nur die nicht grundlegenden Bestimmungen abändern.

Ob die Nationalversammlung sich an diese Beschränkung halten wird, ist allerdings sehr zweifelhaft.

Bulgarien.

Ministerkrise.

Sofia, 14. September. Der Ministerpräsident hat dem König die Demission des Kabinetts überreicht.

Südafrika.

Der Besieger Botha als Organisator des südafrikanischen Heeres.

Johannesburg, 14. September. Premierminister General Botha erklärte hier in seiner Rede, aus den in Südafrika zu Gebote stehenden Mannschaften könne das beste Verteidigungsheer der Welt gebildet werden. Er ersuchte Großbritannien um seine Mitwirkung bei der Schaffung einer solchen aus Angehörigen beider Rassen zusammengesetzten Streitmacht. Seiner Ansicht nach könne Lord Rethuen mit der Organisation dieser Truppe betraut werden, oder, falls ein anderer britischer Offizier dazu notwendig sei, möge sein alter Kriegskamerad Lord Ritchener diese Aufgabe übernehmen.

Amerika.

Die Wahlen.

New York, 14. September. Die fortschrittlichen Republikaner errangen neues Terrain in New Jersey sowie im Staate Washington. In letzterem Staate wurde das Kongreßmitglied Humphreys, bekannt durch seine eifrige Befehdung der ausländischen Dampfergesellschaften und Hauptbefürworter der Schiffsubventionen, geschlagen.

Eine Abberufung.

Washington, 13. September. Der amerikanische Geschäftsträger bei der Republik Panama ist zurückberufen worden. Diese Maßregel ist offenbar wegen des jüngsten Interdiktums erfolgt, bei dem der Geschäftsträger erklärte, wenn Vizepräsident Mendosa zum Präsidenten von Panama gewählt würde, so wären die Vereinigten Staaten gezwungen, die Republik zu besetzen oder zu annektieren.

Aus der Partei.

Sum Parteitag.

Stuttgart, 14. September. (Privatbesuche des „Vorwärts“.) Die württembergische Landtagsfraktion hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, an den Parteitag das Ersuchen zu richten, die Rärnberger Resolution in dem Sinne zu ändern, daß den Landtagsfraktionen die Zustimmung zum Budget in zwingenden Fällen erleichtert werde.

Wie bekannt, hat die Stuttgarter Parteioorganisation sowie eine große Anzahl Vereine im Lande die Zustimmung der badischen Fraktion zum Budget und den Disziplinbruch verurteilt. Die übergroße Mehrheit der Stuttgarter Parteiverammlung befandete in aller Schärfe, daß für sie die Budgetfrage eine prinzipielle sei und sie nach wie vor auf dem Boden der Rärnberger Resolution stehe. In einer Bezielbesprechung in Stuttgart am Dienstag wurde der Beschluß der Landtagsfraktion bekannt und verursachte starke Erregung. Scharf kritisiert wurde, daß die Abgeordneten Stuttgarts ohne Wissen der Parteigenossen den Parteitag in einem Sinne zu beeinflussen versuchten, der dem Beschluß der Organisation direkt widerspricht. Während die badischen Genossen sich auf den Willen ihrer Organisation berufen, verlangen die württembergischen Parlamentarier vom Parteitag die Freiheit, eventuell gegen die ausgesprochene Willensmeinung ihrer Mandatgeber handeln zu können. Eine Resolution wurde mit übergroßer Mehrheit angenommen, in der das Vorgehen der Fraktion entschieden verurteilt wird. Niemand wolle den Abgeordneten als Parteigenossen das selbstverständliche Recht bestreiten, ihre Ansicht zu propagieren und zu versuchen, diese zum Durchbruch zu bringen. Aber dagegen müsse entschieden Einspruch erhoben werden, daß sie ohne Wissen der Parteigenossen ihr Mandat benutzen, um ihrer Ansicht zum Siege zu verhelfen gegen die ausgesprochene Willensmeinung ihrer Mandatgeber.

Konfiskation des „Vorwärts“ in Finnland.

Auf Weisung der sogenannten oberen Behörde — einer verfassungswidrigen Institution der russischen Regierung — hat, wie uns aus Helsingfors geschrieben wird, die Polizei in den Buchhandlungen die „Vorwärts“-Nummer vom 20. August konfisziert. Dergleichen hat die Polizei den „Vorwärts“ auch in einigen sozialdemokratischen Redaktionen gesucht. Der Grund dieser Maßregel war unser Artikel „Die Krönung des Schandwerks“, der der russischen Regierung offenbar stark auf die Nerven gefallen ist. — Gleichzeitig haben einige Zeitungen Anklagen wegen Majestätsbeleidigung erhalten.

Der Geschäftsbericht des Agitationskomitees für den Niederrhein für die Zeit vom 1. Juli 1909 bis 30. Juni 1910 ist erschienen. Kommt der vorjährige aus Anlaß der Protestversammlungen gegen den Steuerertrag von einem Versammlungsbüchle reden, der den bei den lebhaftesten Wahlkämpfen in den Schichten stellte, so kann der diesjährige Bericht feststellen, daß der Wahlrechtskampf des verflohenen Jahres Wassendemonstrationen gezeigt hat, wie sie bisher im rheinisch-westfälischen Industriebezirk wohl überhaupt noch niemals da gewesen sind.

Zusammen wurden 2619 (im Vorjahre 2390) politische Versammlungen veranstaltet, davon waren 685 (632) öffentliche und 2084 (2087) Vereinsversammlungen. Öffentliche Frauenversammlungen wurden 44 abgehalten.

Flugblätter wurden im Berichtsjahre 2 158 800 (im Vorjahre 1 527 800), davon 683 300 (im Vorjahre 297 000) zu Wahlzwecken, meist für Gemeindevahlen verbreitet. Auch die Zahl der vom Agitationskomitee herausgegebenen Flugblätter ist bedeutend höher als im Vorjahre. Insgesamt wurden rund 1 511 000 (880 000 im Vorjahre) Flugblätter herausgegeben, ohne Kalender und „Morgenrot“.

Die Organisation ist nun in allen Kreisen auf streng zentralistischer Grundlage durchgeführt.

Der Mitgliederbestand hat nur wenig zugenommen. Die Ursachen des Stillstandes sind zum Teil in den Nachwehen der Wirtschaftskrise sowie in den großen Ausperrungen im Berggewerbe und in der Metallindustrie zu suchen.

Die Parteipresse hat die Wirkungen der Krise schneller überstanden. Die Zahl der Abonnenten war am 1. Juli 1910 ungefähr um 7000 höher als im Vorjahre. Für den Wahlkreis Aitena-Jericho erscheint seit dem 1. November 1909 anstatt des früheren Kopfblasses der „Freien Presse“ in Oberfeld die „Volkzeitung“ als selbständige Zeitung, die in eigener, einer Genossenschaft organisierter Arbeiter gehörender Druckerei hergestellt wird.

Die Zahl der Gemeindevorteiler stieg von 180 auf 175. An 20 Orten in neuen Wahlkreisen sind Bildungsausschüsse vorhanden. Die Abmientenzahl der „Arbeiterjugend“ ist von 2281 auf 3200 gestiegen.

Die Gesamteinnahmen sind von 148 571,71 M. auf 188 584,31 M. gestiegen, die Beiträge der männlichen Mitglieder von 87 361,22 M. auf 102 619,05 M., die Beiträge der weiblichen Mitglieder von 8076,30 M. auf 18 108,60 M., die an den Parteivorstand abgeführten Gelder von 17 366,13 M. auf 20 233,12 M. Gestiegen sind dagegen die an das Agitationskomitee abgeführten Summen, und zwar von 13 632,03 M. auf 12 832,78 M. Infolge der Herabsetzung der Beiträge an das Agitationskomitee von 15 auf 12 Proz.

Die italienischen Sozialisten in den Stadtverwaltungen.

Rom, 10. September. (Fig. Ver.) Auf dem zurzeit in Florenz tagenden Kongreß der sozialistischen Stadtverordneten hat der Parteisekretär Genosse Ciotti die erste Statistik über die Zahl der Sozialisten in den Stadt- und Provinzialverwaltungen mitgeteilt. Das Parteisekretariat hat an alle 1125 Parteifunktionen Fragebogen für diese Statistik geschickt, aber nur 555 haben rechtzeitig geantwortet. Aus ihren Antworten geht hervor, daß die Sozialisten in 108 Stadtverwaltungen die Mehrheit haben und in 447 vertreten sind. Im ganzen beträgt die Zahl der sozialistischen Stadtverordneten 3189, die der Stadträte 600 und die der Bürgermeister 182. Die Zahl der Provinzialräte beläuft sich auf 186. Zur Erläuterung sei hinzugefügt, daß in ganz Italien 8290 Kommunalverwaltungen bestehen, daß das kommunale Wahlrecht allen Männern über 21 Jahren, soweit sie die drei ersten Volksschulklassen absolviert haben, zusteht, daß das System der Minoritätsvertretung herrscht und Bürgermeister wie Stadträte von der Stadtverordnetenversammlung gewählt werden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Beleidigungsprozeß. Der verantwortliche Redakteur der „Chemnitzer Volkstimme“, Genosse Hermann Müller, ist am Dienstag vom Schöffengericht in Chemnitz zu 100 M. Geldstrafe wegen formaler Beleidigung verurteilt worden. Kläger war der Kaufmann und Stadtverordnete Grote, ein Führer der Langhammer-Ligue, der sich beleidigt fühlte, weil eine von ihm geleitete Vertrauensversammlung für Langhammer als Rüsselversammlung bezeichnet worden und Grote im Gegensatz zum Stadtverordneten Vogel und anderen Leuten gestellt worden war, die wegen Langhammer aus dieser Organisation ausgetreten sind. Vogel war hierbei als anständiger Mensch bezeichnet worden.

Jugendbewegung.

Som Kampfschauplatz.

Die Lokal-Schulkommission in München hat in Verbindung mit der Polizeidirektion (1) das Verteilen der „Arbeiter-Jugend“ in den Schulen und auf den Straßen vor den Schulgebäuden verboten.

Das Verteilen von „patriotischer“ Lektüre wird natürlich nicht verboten, sondern womöglich noch durch Organe der Schule selbst vorgenommen oder doch gefördert.

Soziales.

(Siehe auch 1. Beilage.)

Verzerrte Irrtümer in Unfallsachen.

Welch außerordentlichen Schaden unskillverlechte Arbeiter durch irrtige Gutachten von Ärzten erleiden, ist im Gegensatz zu der Vereinfachung des Arztsystems in Unfallsachen auf der internationalen Konferenz für Sozialversicherung der Arbeiterklasse recht wohl bekannt. Auch der nachstehende Fall zeigt, wie leicht falsche Gutachten zu ungunsten von Arbeitern von Ärzten abgegeben werden.

Völlig erwerbsunfähig, nach Ansicht der Norddeutschen Holzverfugungsgenossenschaft jedoch erwerbsfähig, sollte der Drechsler D. sein. Er hatte am 27. Oktober 1904 dadurch einen Unfall erlitten, daß ihm aus einer elektrisch betriebenen Drehbank eine starke eichene Holzsäule gegen den Kopf geschleudert wurde. Ein schweres Verdenleiden war die Folge des Unfalls. Die Berufsgenossenschaft gewährte, da D. völlig erwerbsunfähig war, die Vollrente. Diese wurde ihm durch Beschluß vom 31. März 1909 entzogen, weil die Genossenschaft annahm, daß auf den Unfall zurückzuführende Nervenleiden nicht mehr festzustellen seien. Des weiteren behauptete die Genossenschaft, daß, sofern D. erwerbsbehindert sein sollte, dies auf vor dem Unfall bestandene Leiden zurückzuführen sei. D. legte gegen diesen Beschluß der Genossenschaft Berufung beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung für den Stadtkreis Berlin ein. Dasselbe forderte ein Gutachten von Herrn Medizinalrat Dr. L. ein. Dieser erklärte, es müsse angenommen werden, daß D. vor dem Unfall einfach nervös war und daß durch den Unfall ein Krankheitsbild entstand, welches wie ein Gemisch aus Paralyse und Hysterie ausseh, daß dieses Krankheitsbild in allmählichem Rückgang begriffen war, als die pldliche Rentenentziehung erfolgte. Diese habe nun wohl einen völligen Nervenzusammenbruch bewirkt. Der Medizinalrat Dr. L. stellte bei D. eine schwere Hysterie fest. Die früher angenommene Diagnose sei nicht mehr aufrecht zu erhalten. Dr. L. kam zu dem Ergebnis, daß die Hysterie auf den Unfall zurückzuführen sei. — Das Schiedsgericht sprach demzufolge dem Verlegten wieder die Vollrente zu.

Diergegen legte die Genossenschaft Rekurs beim Reichsversicherungsamt ein. Sie stützte sich darauf, daß seinerzeit Professor Dr. Windscheid progressive Paralyse, die durch den Unfall verschlimmert worden sei, festgestellt habe. In einem späteren Gutachten sei von Prof. Dr. B. die Diagnose auf Paralyse aufrecht erhalten worden. Später erklärt Herr Prof. Dr. B., daß die Diagnose Paralyse nicht aufrecht zu erhalten sei, daß daher aus Gründen der Wohlwollenheit eine Rente von 50 Proz. zu gewähren sei. Trotzdem also ihr eigener Gutachter den D. immerhin noch um 50 Proz. erwerbsbeschränkt hält, kommt die Genossenschaft und hebt die Rente einfach auf. Wie schon oben erwähnt, kam auch der vom Schiedsgericht gehörte Prof. Dr. L. zu dem Ergebnis, daß die Diagnose Paralyse nicht aufrecht zu erhalten sei, wohl aber bei D. schwere Hysterie vorliegt.

Das Reichsversicherungsamt holte nun noch ein Obergutachten von Herrn Prof. Dr. P. ein. Es wurde nach einer einmonatlichen Beobachtung des Verlegten in einem Sanatorium abgegeben. Dieser Obergutachter kommt dann gleichfalls zu dem Ergebnis, daß die damalige Annahme, D. leide an Gehirnerweichung (progressiver Paralyse) irrtümlich war und für diese Diagnose sich nicht der geringste Beweis ergeben habe. Geradezu vernichtend für die ersten Gutachter, die gleich nach dem Unfall ihr Gutachten abgegeben haben, ist, was dieser Obergutachter sagt. Wir lassen den Satz wörtlich folgen:

„Vor aus seinerzeit die Diagnose als höchstwahrscheinlich bezeichnet, bleibt es doch nach dem gegenwärtigen Ergebnis unverstänlich, wie auch nur diese wahrscheinliche Annahme möglich war.“

Zum Schluß sagt der Obergutachter, daß ein prozentual mehrbarer Grad von Erwerbsfähigkeit nicht angenommen werden kann, da mit zeitweiligem völligen Aussetzen der Arbeitsfähigkeit gerechnet werden muß.

Auf Grund dieses Gutachtens wies das Reichsversicherungsamt den Rekurs zurück. D. erhält also seine Vollrente weiter.

Die Ärzte sind Menschen, die Irrtümern unterworfen sind. Das Auffallende und Bedauerliche ist, daß die Irrtümer in der Regel zu ungunsten der verletzten Arbeiter ausfallen. Hier gelang es nachzuweisen, daß das bei D. bestehende Leiden eine Unfallfolge ist, in verhältnismäßig anderen Fällen sind auf Grund ebensolch irrtümlich abgegebener ärztlicher Gutachten die Verletzten um ihre Rente gekommen.

Gewerkschaftliches.

Drohende Riesenstreiks und Aussperrungen in Großbritannien.

London, 10. September 1910. (Fig. Ver.)

„Sind unsere Arbeiter plötzlich verrückt geworden?“ fragt sich heute ein konservatives Abendblatt bei der Meldung, daß auch in der großen Baumwollindustrie Lancashire eine Aussperrung wegen augenscheinlich recht geringer Anlässe droht. Das Blatt kommt dann schließlich nach einer langen ärgerlichen Debatte mit sich selbst zum Schluß, daß es die bösen Sozialisten sind, die hinter der ganzen Affäre stecken und die für die Kampflust verantwortlich seien, die die Arbeiter Großbritanniens plötzlich ergriffen habe.

Die Wahrheit ist, daß der Klassenkampf, den das englische Bürgertum durch Schiedsgerichte und Verträge gemildert, wenn nicht gar gebannt zu haben glaubte, in Großbritannien plötzlich mit einer unerwarteten Heftigkeit ausgebrochen ist. Daher das Schimpfen der bürgerlichen Presse auf die organisierten Arbeiter, ihr Schwanken zwischen einem Appell um Hilfe an die Gewerkschaftsführer und einer Verurteilung der „erbärmlichen Kuli“, die, weil die Gewerkschaften ihren Vorschlag nicht angenommen, nun nicht sofort die Hinte ins Korn werfen und das Schicksal ihrer Organisation dem Spiele des Zufalls überlassen. Kaum eine Stimme im bürgerlichen Lager läßt sich vernahmen, die für die Erscheinung eine vernünftige Erklärung weiß.

Wie vorausgesehen war, haben die ausgesperrten Kesselschmiede mit einer erdrückenden Mehrheit gegen den Vorschlag der Gewerkschaftsleitung gestimmt, daß die Exekutiven den Unternehmern die „Versicherung“ — Bürgschaften wollten die Unternehmer zuerst haben — gebe, daß in Zukunft partielle Streiks unterbleiben sollten. Mit einer kleinen Majorität haben sie dem zweiten Vorschlag zugestimmt, daß eine allgemeine Konferenz zur Beratung der Situation einberufen werden soll. Das Resultat der Abstimmung kennzeichnet die Stimmung, die unter der Arbeitererschaft herrscht. Die direkte Veranlassung zur Aussperrung der Werftarbeiter — einige kleine Lohnunterschiede auf zwei Werften — war verhältnismäßig geringfügig. Aber die eigentlichen Ursachen des jetzigen Streites liegen tiefer als das Publikum vermutet. Der Vertrag, der die Differenzen zwischen den Mitgliedern des Verbandes der Werftarbeiter und den 26 Gewerkschaften der britischen Werftarbeiter regeln soll, wurde zu einer Zeit abgeschlossen, als die Gewerkschaften durch einen langen Streik erschöpft waren und den Vertrag daher annehmen mußten. Zwar versprachen die Arbeitgeber damals, die Bestimmungen des Vertrages rückwärtsvoll anzuwenden; aber die Zeit hat bewiesen, daß die Versprechungen der Kapitalisten ein schwankender Boden sind. Die Arbeitgeber haben den Vertrag mit großer Rücksichtslosigkeit angewendet. Besonders unter den Kesselschmiedern, die im Afford arbeiten und deren Lohnverhältnisse infolge der unaufhörlichen technischen Entwicklung beständig neue Abmachungen erfordern, mußte die Praxis der Arbeitgeber bald zu einer großen Erbitterung führen, die viele kleinen Anstände verurteilte und die das Resultat der oben angeführten Abstimmung erklärt. Gewöhnlich liegen es die Arbeitgeber bei der Festsetzung des Tarifs für neue Arbeit auf den Schiedspruch des vertraglich festgelegten Schiedsgerichts ankommen, das dann seinen Spruch Monate nachher fällt, ohne ihn rückwirkend zu machen. Der kapitalistische Schloß besteht auf sein Pfund Fleisch und glaubt nun, der Zeitpunkt sei gekommen, an dem er seinen Gegner vernichten kann.

Bei dem drohenden Ausbruch der Arbeiter der Großen Nordbahn handelt es sich um die Auslegung eines kürzlich gefällten Schiedsgerichts, betreffend den zehnstündigen Normalarbeitszeit. Der Schiedspruch, der schon seit einigen Monaten in Kraft ist, sagt aus, daß der Arbeitstag die Mahlzeiten nicht einschließt. Die Gesellschaft hat diese Bestimmung nun so ausgelegt, daß sie zum Beispiel einem Zugführer, der während der Reise oder beim Aufenthalt des Zuges auf einer Station Zeit fand, seine Mahlzeit zu sich zu nehmen, ohne dadurch die Interessen des Unternehmens zu füren, diese Zeit nicht als Dienstzeit in Anrechnung brachte. Solche Praktiken mußten begrifflicherweise Entrüstung unter den Eisenbahnern hervorrufen. Die Empörung der Angestellten hat sich dank der Halsstarrigkeit der Direktoren derart verschärft, daß man jeden Tag den Ausbruch des angeordneten allgemeinen Streiks der Angestellten der Großen Nordbahn erwarten kann.

Bei den Unruhen unter den Bergarbeitern in Süd-Wales ist die Unzufriedenheit mit dem neuen Einigungsvertrag, der erst zu Anfang dieses Jahres abgeschlossen wurde, und mit der ganzen Gewerkschaftspolitik der alten Führer die Triebfeder. Den unmittelbaren Anlaß zu den jüngsten Ereignissen im südwalisischen Kohlenrevier gab ein Streik auf der Zeche „Ely“, wo sich die Arbeiter, 750 an der Zahl, mit dem Syndikat, dem die Zeche gehört, über den Affordlohn der Hauer in einem neuen Flöz nicht einigen konnten. Die übrigen 12 000 Bergarbeiter, die in den dem Syndikat gehörenden Gruben arbeiten, wollten ihren Kameraden zu Hilfe kommen und in den Ausbruch treten, wurden aber von den Leitern des südwalisischen Bergarbeiterverbandes an ihrem Vorhaben gehindert, worauf es zu stürmischen Szenen kam. Ob dieser bisher verhinderte Streik oder gar ein noch größerer in Süd-Wales dennoch zum Ausbruch kommen wird, ist noch unbestimmt. Jedenfalls ist die Luft in Süd-Wales augenblicklich mit Elektrizität geladen. Die Unzufriedenheit mit dem bestehenden Vertrag geht Hand in Hand mit dem Bestreben, den Bergarbeiterverband gründlich zu reorganisieren und zu modernisieren.

Schließlich ist noch die angekündigte Riesenaussperrung in der Baumwollindustrie zu erwähnen. Die Meldung fiel heute wie eine Bombe unter das schon genügend erschütterte Bürgertum Großbritanniens. Auch hier ist der direkte Anlaß geringfügig. In Fern Hill reorganisierte vor einiger Zeit eine Fabrik ihren Betrieb, wodurch die Arbeiter benachteiligt wurden. Es kam zum Ausbruch und die Gewerkschaft der Fremder, die den Streik organisiert hatte, erklärte, daß die Arbeiter die Arbeit nicht eher wieder aufnehmen würden, bis daß der Arbeitgeber einen Gewerkschaftsführer, der in der Fabrik arbeitete und von dem Arbeitgeber als Sühneopfer auserkoren war, wieder einstellte. Diese Forderung hat der Verband der Baumwollspinnereibesitzer damit beantwortet, daß er eine allgemeine Aussperrung für den 1. Oktober androht, wenn der Streik nicht bis Montag, den 12. d. Mts., beigelegt oder das Ultimatum des Arbeitgeberverbandes angenommen worden ist. Das Ultimatum verlangt, daß die Streitfrage einem Schiedsgericht unterbreitet werden soll, wogegen

sich die in Frage kommende Gewerkschaft beharrlich wehrt. Diese allgemeine Kriegserklärung des Unternehmerverbandes klingt recht sonderbar zu einer Zeit, da er eben mit den Arbeitern einen Lohnvertrag auf fünf Jahre abgeschlossen hat.

In dem gegenwärtigen Vorgehen der englischen Unternehmer scheint Methode zu liegen. Die britischen Arbeitgeberverbände haben sich in den letzten Jahren mächtig entwickelt und es scheint, daß sie glauben, der Zeitpunkt sei gekommen, um einen Ansturm auf die Massen der Gewerkschaften wagen zu können. Ob die britischen Gewerkschaften mit ihren veralteten Institutionen den Anprall werden aushalten können, wird die Zeit lehren.

Die Arbeiterbewegung Großbritanniens macht eine höchst kritische Zeit durch. Auf der einen Seite wird die Arbeitererschaft durch die Politik der Radikalisierung vom Unternehmertum zur Empörung getrieben, auf der anderen Seite versuchen die bürgerlichen Parteien durch richterliche Entscheidungen, wie im Fall Osborne, die politischen Rechte der Arbeiter illusorisch zu machen. Wird sich die Arbeitererschaft, von allen Seiten umgeben, energisch zur Wehr setzen? Wird sich das britische Proletariat endlich den Platz in der modernen Arbeiterbewegung erkämpfen, der ihm von Rechts wegen gebührt? Die Aussichten waren nie besser wie heute. Jetzt haben unsere englischen Genossen die Gelegenheit, zu beweisen, daß sie imstande sind, das große Heer der von der kapitalistischen bürgerlichen Gesellschaft geknebelten und unterdrückten Proletarier zu einer schlagfertigen Partei zu vereinigen. Daß auch bürgerliche Blätter die Entwicklungsmöglichkeiten der Lage klar erkennen, beweist ein Artikel, der heute in der konservativen „Morning Post“ erschien, in dem es heißt: „Solange keine besondere Ursache darauf hinwirkt, der ganzen Arbeitererschaft Solidarität zu verleihen, wird jeder Beruf seine eigenen Schwierigkeiten mit einiger Reibung beilegen, wenn aber eine einzelne Forderung die Einbildungskraft der Arbeiter gefangen nimmt, so kann eine große politische Bewegung jene Einsamkeit der Arbeit wiederbeleben, die bei der Wahl des Jahres 1906 die schlaftrigen Politiker aufschreckte.“

Berlin und Umgegend.

Wahlgang, Metallarbeiter! Der Streik der Fabrikfabrikanten und Eisler bei der Firma Schindler u. Co. in Tempelhof ist beendet, die Sperre über diesen Betrieb hiernit aufgehoben. Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Mißstände in den Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken.

Die in den Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen versammelten sich am Dienstagmorgen in der „Kronen-Brauerei“, Alt-Moabit. Der Deutsche Metallarbeiterverband hatte die Arbeitererschaft zu einer Versammlung eingeladen. A. W. u. S. i. d. referierte: „Wie können in der Fabrik moderne Arbeitsverhältnisse eingeführt werden?“ so lautete die Frage, die zur Beratung auf der Tagesordnung stand. Die Arbeitererschaft ist mit vielen Einrichtungen des Betriebes sehr unzufrieden und fordert Abhilfe. Das Strafsystem, das dort besteht, gibt oft zu lebhaften Klagen Veranlassung. Strafen werden oft ungerecht verhängt, wie die Arbeiter behaupten. Der Referent erklärte sich gegen Strafen überhaupt, und er zeigte an der Hand der erzielten Summen durch Strafgebühren in den letzten Jahren, wie wenig berechtigt die Einrichtung sei und welche Disziplin in diesen Arbeitermassen vorhanden sein müsse, die nicht durch ein Strafsystem erst erzielt werden konnte. So wurden 1907 bei einem Durchschnitt von 3890 Arbeitern 4017 M. Strafe bezahlt. 1908 wurden bei einem Durchschnitt von 2925 Arbeitern 2434 M. Strafe bezahlt und 1909 bei durchschnittlich 3842 Arbeitern 3879 M. Strafe. Wie hart die einzelnen Arbeiter aber von den verhängten Strafen getroffen werden, das zeigte der Redner durch eine Reihe von Strafzetteln, die er vorlegte. Er erklärte dazu, daß ihm keine Fabrik bekannt sei, wo ein solches System besteht, nach welchem für die geringsten Vergehen, wie Zuspätkommen und Ausbleiben, verhältnismäßig hohe Strafen verhängt werden. Die Arbeiter fordern Abschaffung des Strafsystems.

Die Kantine gibt vielfach Anlaß zu Beschwerden. Vor allen Dingen verlangen die Arbeiter einen Einfluß auf die Verwaltung der Kantine. Die Frage wurde aufgeworfen: Wo bleiben die Ueberschüsse der Kantine?

Es besteht eine Kantinekommission, die aber keine Zahlung mit der Arbeitererschaft bezieht. Als sie in der Versammlung aufgeführt wurde, sich zu äußern, meldete sich niemand. Unter anderem wurde noch gewünscht, daß die Lohnzahlung auf den Freitag verlegt werde. Ferner machen die Arbeiter Anspruch auf einen Sommerurlaub, eine Forderung, die in vielen anderen Betrieben sich durchgesetzt hat. Der Referent betonte, daß die Arbeiter keine Wohnstätten verlangen, sondern nur ihr Recht fordern. Das könnten sie aber nur zur Anerkennung bringen, wenn sie als Mitglieder einer starken Organisation fordern. Darum sei es die erste Pflicht der Arbeiter, der Organisation beizutreten.

In der Diskussion wurden die Verhältnisse in der Fabrik noch vielfach und scharf beleuchtet. Ein Redner führte an, daß die Ueberschüsse aus der Kantine sehr groß sein müßten, er wählte, daß im Jahre 1906 ein Ueberschuß von 4000 M. pro Quartal erzielt wurde. In anderen Betrieben sei es üblich, daß den Arbeitern die Verwaltung der Kantine überlassen bleibe, hier aber hätten sie gar nichts zu bestimmen. Andere Redner machten auf die Lobesartikel in der bürgerlichen Presse aus Anlaß des Ablebens von Hidor Loeve aufmerksam. Danach könnte man annehmen, hier sei ein Musterbetrieb vorhanden. Das wäre aber durchaus nicht der Fall, denn in vieler Beziehung stände die Fabrik hinter anderen Betrieben zurück. — Die Versammlung wählte eine Kommission, die der Direktion die Wünsche der Arbeiter vorzutragen soll.

Der Vorsitzende wünschte den Versammelten noch eine besondere Mitteilung zu machen. Es sind nämlich in den verschiedenen Abteilungen des Betriebes Marken zugunsten des Charlottenburger Boltschloßes verkauft worden. Diefem Markenverkauf sind Schwierigkeiten erwachsen durch ausgetretene Gerüche über eine angelegte Mikrowirtschaft im Volkshause. Der Vorsitzende trat diesen Gerüchten scharf entgegen und bezichtigte sie als grundlos. Der Appell an die Arbeitererschaft zur Unterstützung für das Volkshaus durch Extrabeiträge und Entnahme von Marken sei notwendig geworden, um finanziellen Verpflichtungen nachzukommen und es sei zu erwarten, daß der Appell seine Wirkung nicht verfehlen werde.

Die 11 stündige Mindest-Ruhezeit.

Die der § 186c der Gewerbe-Ordnung den Angestellten in allen Verkaufsstellen, in welchen mehr als ein Gehilfe, Lehrling oder Arbeiter beschäftigt werden, gewährleistet, ist eine Bestimmung, die von den meisten in Frage kommenden Geschäften nicht beachtet wird. Das ist dem Zentralverbande der Handlungsgesellen bekannt und er bemüht sich deshalb seit Jahren, die Gesetzes-Uebertreter auf ihre Pflichten aufmerksam zu machen. Sonderbare Erfahrungen mußte die hierfür eingesetzte Kommission des Bezirks Wedding des Zentralverbandes der Handlungsgesellen mit der Firma Carl Reich, Damenhüte, Puh, Müllerstraße 141, machen. Der Inhaber dieser Firma scheint ganz besonders darauf stolz zu sein, sich über klare gesetzliche Bestimmungen noch mit einem Wohlstande hinweg setzen zu können. Als ihn die Kommissionsmitglieder darauf aufmerksam machten, daß er gegen das Gesetz verstöße, wenn er Sonntags sein Personal schon vor

8 Uhr beschäftigt, und er sich hierdurch strafbar mache, wies der Herr den beiden energisch die Tür, sagte ihnen, daß sie „solche Dinger mit ihm nicht machen könnten, daß sie sich lieber um ihre Bräute kümmern sollten und nicht um sein Geschäft“. Außerdem versprach er ihnen, sie bei ihren Chefs resp. Vorgesetzten zu denunzieren. (3) Dem Herrn wurde darauf geantwortet, daß dies ihn besonders kennzeichnen würde. Hierauf bezeichnete Herr Reich den einen der Vertreter des Verbandes als „einen dummen Jungen“.

Man sieht, mit welchen Schwierigkeiten unter Umständen Handlungsgehilfen zu kämpfen haben, die sich erdreisten, von einem Chef die Erfüllung der gesetzlichen Bestimmungen zu erwarten.

Tariffbewegung der Rifenmacher.

Der Tarif, welchen mit der Vereinigung der Rifenfabrikanten abgeschlossen wurde, ist nunmehr allen Rifenfabrikanten zugestimmt worden. Die Anerkennung des Tarifs wird auch von den der Vereinigung nicht angehörenden Fabrikanten verlangt. Wie in der am Dienstag abgehaltenen Versammlung der Rifenmacher berichtet wurde, gibt es noch eine Reihe von Firmen, die nicht nach dem Tarif zahlen. Den Rifenmachern wird zur Pflicht gemacht, die Durchführung des Tarifs überall zu verlangen und alle Fälle, wo der Tarif nicht anerkannt wird, der Kommission zu melden, welche während der Bewegung im Gewerkschaftshause vertreten ist. Wenn die allgemeine Anerkennung des Tarifs auf gewöhnlichem Wege nicht zu erreichen sein sollte, dann werden die sich weigern den Fabrikanten durch Streik zur Anerkennung gezwungen werden.

Zur Lohnbewegung der Dachdeckerhelfer. Am 18. September ist bei der Firma D. Galsbühl, Androssstr. 66 und am 14. September bei der Firma G. Niegner, Bergmannstr. 14a, die Arbeit eingestellt worden. Diese Firmen sind von Dachdeckerhelferarbeiten strengstens zu meiden.

Die Forderungen unterschriftlich anerkannt hat die Firma Bachholz, Kasanien-Allee 33. Hier waren die Kollegen nur einen Tag ausständig.

Die nächste Versammlung findet heute Donnerstag Weinstraße 11 statt. Zentralverband der Dachdecker Deutschlands. Ortsverwaltung Berlin.

Lohnbewegung der Staker. Seit dem 5. September er. befinden sich die Staker, die im „Verbande der Staker Groß-Berlins“ organisiert sind, in einer Bewegung zwecks Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Mit dem „Verein der Unternehmer für Stakerarbeiten“ waren seit dem 5. Juli d. J. resultatlos verlaufene Verhandlungen gepflogen worden. Auf Veranlassung der Unternehmer fand am 12. d. M. vor dem Arbeitgeberausschuß für das Berliner Baugewerbe unter Vorsitz des Herrn Baumwollers Feuer eine weitere Verhandlung statt. Die Unternehmer erklärten sich bereit, vom 1. Oktober er. einen Stundenlohn von 68 Pf. und vom 1. Juli 1911 einen solchen von 70 Pf. zu zahlen, alle übrigen Bestimmungen, die im Vertrag vorgesehen waren, sollten ebenfalls erfüllt werden, aber der Vertrag sollte bis zum 1. April 1913 Gültigkeit haben. Die am 12. Septbr. abgehaltene Mitgliederversammlung der Staker lehnte nach lebhafter Diskussion diese Vorschläge in geheimer Abstimmung ab und beharrte auf der Forderung einer sofortigen Erhöhung des Stundenlohnes auf 70 Pf. und Anerkennung des Arbeitsnachweises. Diese Forderung haben bis jetzt 45 Firmen unterschriftlich anerkannt, so daß die meisten Kollegen zu den neuen Bedingungen arbeiten. Bei der Solidarität, die alle Kollegen bis jetzt bewahrt haben, wird in nächster Zeit auch der letzte Unternehmer unsere gerechten Forderungen bewilligen. Verband der Staker.

Deutsches Reich.

Gesamtaussperrung?

Durch ein Depeschendebureau wird folgende Nachricht verbreitet:

Der Vorstand des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller hat beschlossen, auf Donnerstag, den 22. September, eine Ausschusssitzung nach Berlin einzuberufen, welche über die Gesamtaussperrung zugunsten der angegriffenen Seefischweiberen Beschluß fassen soll.

Daß die Metallindustriellen die Gesamtaussperrung beschließen werden, erscheint uns nicht wahrscheinlich.

Die Arbeit niedergelegt haben am letzten Sonnabend die Stukkateure der Städte Solingen, Oßlig und Wald, weil sich die Unterhandlungen mit den Unternehmern bezugs Aufstellung eines neuen Tarifs resultatlos geschlossen haben. Die Arbeiter fordern 70 Pf. und vom 1. April 1911 ab 72 Pf. pro Stunde. Weiter werden für Ueberstunden und auswärtige Arbeiten entsprechende Zuschläge verlangt. Sonnabends soll eine Stunde früher bei Vollzahlung des Lohnes freierabend gemacht werden können. Zwei Unternehmer haben die aufgestellten Forderungen bereits anerkannt, so daß bei diesen die Arbeit fortgesetzt wird.

Letzte Nachrichten.

Im Zeichen der Fleischnot.

Offenburg, 14. September. Den Mangel an Schlachtvieh illustriert folgende Mitteilung des „Ortenauer Boten“ aus Zell vom 18.: „Deute fand hier ein Viehmarkt statt, zu dem sich viele Händler, aber keine Verkäufer eingefunden hatten. Gegen 9 Uhr kam schließlich ein Bauer mit einer Kuh, welche sehr rasch verkauft war.“

Eine Verfassung für Aegypten.

Genf, 14. September. (W. Z. B.) Der ständige Ausschuh der Jungägypter hielt heute am Jahrestag des Einzugs der englischen Truppen in Kairo hier eine Versammlung ab, der auch Keit Hardie, der Führer der englischen Arbeiterpartei, beiwohnte. Dieser erklärte in seiner Rede, die Verweigerung der Räumung Aegyptens gereichte England nicht zur Ehre. Der Ausschuh hat an den Aegypten eine Depesche geschickt, in der die Verfertigung einer Verfassung für Aegypten verlangt wird, und ebenso eine Erklärung an die englische Regierung, in der die Zurückziehung der englischen Truppen und die Anerkennung der Autonomie Aegyptens gefordert wird.

200 Vergleute verschüttet.

New York, 14. September. (W. Z. B.) In Duggers in Sullivan County im Staate Indiana wurden 20 Vergleute verschüttet und sind wahrscheinlich umgekommen. Bis jetzt wurde nur eine Leiche gefunden.

verurteilter Betrüger.

New York, 14. September. (W. Z. B.) Der frühere Geschäftsführer des Juckertrucks, Verbrach, wurde zu zwei Jahren Gefängnis und 5000 Dollars Geldstrafe verurteilt, weil er die Regierung durch falsche Angaben über das Juckertrucks betrogen hat. Der Richter gestattete ihm die Verurteilung an das höhere Gericht und schloß eine Kautions auf 25 000 Dollars fest. Das „höhere Gericht“ wird wohl, wie die gemachten Erfahrungen lehren, dafür sorgen, daß der Betrüger nicht hinter den Gefängnismauern zu schwachen braucht.

Der englische Gewerkschaftskongreß.

Sheffield, 12. September. (Fig. Ber.)

Der 46. Jahreskongreß der englischen Trades-Unions ist heute hier zusammengetreten. Es sind vertreten rund 1.600.000 organisierte Arbeiter durch 406 Delegierte. Es sind jetzt 36 Jahre, seitdem der Gewerkschaftskongreß in Sheffield abgehalten wurde, und ein Vergleich mit der Größe der damals vertretenen Gewerkschaften ermöglicht einen Ueberblick über die Entwicklung der englischen Gewerkschaftsbewegung in diesen 3 1/2 Jahrzehnten. Damals waren am Kongreß vertreten rund 1.200.000 Mitglieder durch 189 Delegierte. Der Zuwachs an Mitgliedern ist also verhältnismäßig gering gewesen, aber die Gewerkschaften sind organisatorisch und finanziell erstarkt und können die Abwendung von bedeutend mehr Delegierten leisten. Erwähnenswert ist, daß von den jetzt anwesenden 406 Delegierten nicht weniger als 129 von Vergarbeiterorganisationen abgehandelt sind; sie vertreten allerdings auch über ein Drittel der gesamten am Kongreß vertretenen Arbeiterschaft, nämlich 550.000 Mitglieder.

Gleich die Eröffnung des Kongresses brachte einen einigermaßen aufregenden Zwischenfall. In der Regel werden die englischen Gewerkschaftskongresse durch ein paar Willkommensreden des Bürgermeisters der Stadt, wo der Kongreß stattfindet, eröffnet. Der Lord-Mayor von Sheffield, ein Lord Fitzwilliam, ist Besitzer vieler Kohlengruben in der Nähe von Sheffield und in der ganzen Grafschaft Yorkshire, und ein berühmter Scharfmacher, der den „Herr-im-eigenen-Hause“-Standpunkt vertritt. Eben jetzt sehen die Vergarbeiter in einer seiner Gruben im Streik und der Lord-Mayor weigerte sich hartnäckig, mit den Vertretern der Organisation zu verhandeln. Infolge dieses Vorfalls herrschte eine starke Stimmung unter den Delegierten dagegen, daß die übliche Einladung an den Lord-Mayor, der Kongreßeröffnung beizuwohnen, auch diesmal abgelehnt werde. Als heute dennoch der Lord-Mayor im Kongreßsaal erschien, erhob ein Delegierter sofort einen scharfen Protest gegen seine Anwesenheit, und verließ mit mehreren anderen Delegierten demonstrativ den Saal. Der Präsident des Kongresses, der Vergarbeitervertreter Haslam, gab darauf die Erklärung ab, daß der Lord-Mayor heute zu einer Verständigung mit den Arbeitern gekommen sei, die die betreffende Organisation befriedige.

Die formellen Eröffnungsgespräche, die die ganze Vormittags-sitzung ausfüllten, boten keine sehr erhebende Szene dar. Es sprachen außer dem Lord-Mayor noch der Vorsitzende der etwa 400 Jahre alten Gilde der Sheffielder Messerschmiede, natürlich ein Arbeitgeber, ferner ein Vertreter des Sheffielder Stadtrates, ebenfalls ein Arbeitgeber und ein konservativer, und ein liberaler Parlamentsvertreter von Sheffield. Dann erst folgten die Vertreter der Sheffielder Arbeiterschaft, Genosse Pointer, Vertreter eines Sheffielder Wahlkreises im Unterhaus, und der Vorsitzende des Sheffielder Gewerkschaftsrates. Der Lord-Mayor, ein noch ganz junger Mensch, klopfte den Delegierten und der Arbeiterschaft im allgemeinen in herablassendem Tone auf die Schulter, der Gilde-meister gab der Hoffnung Ausdruck, daß die „barbarischen“ Kampf-mittel des Streiks und der Aussperrung baldigst abgeschafft werden, und daß idyllischer Frieden zwischen Kapital und Arbeit herrschen werde — Bemerkungen, die leider von einem Teil des Kongresses mit Beifall aufgenommen wurden —, und der konservative Stadtrat und Stahlfabrikant lobte die Sheffielder als prächtige lokale Nordengländer, während der liberale Abgeordnete den Arbeitervertretern im Unterhaus das zweifelhafte Lob ihrer erfaunlichen Anpassungsfähigkeit an die oft lächerlichen Prozedurformen des Unterhauses und ihrer Meisterhaft des „parlamentarischen Tones“ spendete. Diese ganze Eröffnungsszene schien eines Arbeiterkongresses wenig würdig, eine Empfindung, die indes augenscheinlich nicht von allen Delegierten geteilt wurde.

Ein anderer Ton kam in die Versammlung, als die Vertreter der Sheffielder Arbeiterschaft das Wort ergriffen. Pointer kam kurz vor den allgemeinen Wahlen anlässlich einer Nachwahl ins Parlament, und obschon er eines der jüngsten Mitglieder des Unterhauses ist, hat er sich doch schon bei jüngeren Anläßen dort hervorgetan. Er ist ein Vertreter der I. L. P., und als solcher benutzte er seine Willkommensrede dazu, auf die Einigkeit der sozialistischen Bewegung in Sheffield hinzuwirken und bot der Sheffielder Organisation der S. D. P. die Friedenshand an. Diese Bemerkungen wurden namentlich auf der Galerie mit großem Beifall aufgenommen, und daß sie nur zu sehr am Platze waren, davon konnten wir uns in den letzten Tagen persönlich überzeugen. Der Vorsitzende des Sheffielder Gewerkschaftsrates,

Kleines Feuilleton.

Der Streik um einen Menschenhübel. Es sind jetzt mehr als 20 Jahre vergangen, seitdem an einem Orte der englischen Grafschaft Kent ein Menschenhübel ausgegraben wurde, der eine eigenartige Verähnlichkeit in der Wissenschaft erlangt hat. Ströme von Tinte und Druckerwärme sind (bildlich genommen) über diesen Hübel ausgegossen worden, und der Streit um seine Deutung will immer noch nicht zur Ruhe kommen, wie die Tatsache beweist, daß die Anthropologische Gesellschaft in Paris dieser Frage fast ihre ganze letzte Sitzung gewidmet hat. Ein Teil der Sachverständigen hat den Hübel für den Rest einer vorgeschichtlichen Menschenrasse erklärt, die von dem noch berühmteren Hübel des Neandertals vertreten wird. Andere Sachverständige ersten Ranges aber haben dieser Ansicht widersprochen und das hohe Alter des Fundes überhaupt angezweifelt. Diese Bedenken stützen sich namentlich auf den Umstand, daß bisher noch niemals ein so gut und vollständig erhaltener Hübel aus so alter Zeit entdeckt worden ist. Auch die neueste Erörterung der Frage hat nicht vermocht, volle Klarheit zu schaffen, und so wird der Hübel des „Menschen von Kent“ wohl noch lange in den wissenschaftlichen Veröffentlichungen mit einem Fragezeichen behaftet bleiben.

Theater.

Neues Schauspielhaus: „Wann kommst Du wieder?“, Lustspiel in 3 Akten von William Somerset Maugham. Das englische Stückchen ist eine neue Rezeptionskomödie. Wenn ungetreue Ehedamnen auf der Bühne früher mit Vorliebe in der Art karikiert wurden, daß die Eifersüchtigen durch einen Scheinfortschritt als Rebahne ihrerseits die Eifersüchtigen durch einen Scheinfortschritt, hat der Mathematikprofessor des Maughamschen Lustspiels ein noch viel einfacheres Verfahren entdeckt. Die Streiche seines Schwiegerohnes sind nach der von ihm aufgestellten Theorie nur eine Reaktion gegen die allzu jähliche, allzu aufdringlich besorgte Liebe, mit der Penelope, sein Tochterchen, den jungen Mann nervös gemacht hat. Man lasse ihm die größte Freiheit, man frage nie, wo er gewesen und stelle sich, als ob man alle seine Lügen glaubt, dann wird die Leidenschaft der illegitimen anderen, je öfter er mit ihr zusammenkommt, fortwährend immer anspruchsvoller werden, bis ihn die Tyrannei der Fäktlichkeit, die ihn von Hause vertrieb, von dort ihn wiederum nach Hause zurücktreibt. Eine etwas wunderliche Gelehrtenlogik, die sich aber in der Komödienwelt, wo der Autor die Schicksale regiert, natürlich auf päpstlichste Autorität. Maugham ist ein geschickter Praktiker ohne literarischen Ehrgeiz. Die Unwahrscheinlichkeit der Situationen macht ihm nicht die geringsten Skrupel, wofür sich ihnen nur etwelche Unterhaltbarkeit und irgend eine gute Schauspielersrolle abgetan werden läßt. Die Direktion des neuen Schauspielhauses war in der Lage, diese Rolle, mit der das Ganze steht und fällt, in glänzender Weise herauszubringen, was den Erfolg ent-

Sobson, gab einige interessante Aufschlüsse über den Stand der gewerkschaftlichen Organisation in Sheffield. Es gibt in Sheffield insgesamt 100.000 Arbeiter, darunter 25.000 weiblichen Geschlechts. Organisiert sind davon 25.000, aber darunter weniger als 300 Frauen. Eben jetzt befinden sich etwa 100 Mädchen einer Lederwarenfabrik in Sheffield im Streik, und weit große Begeisterung. Sobson beklagte ferner die Zersplitterung des Gewerkschaftswesens, die in Sheffield zumindest so schlimm ist, wie in anderen Teilen Englands. Es gibt in Sheffield nicht weniger als 105 selbständige Gewerkschaften und 185 Ortsgruppen nationaler Verbände; die meisten davon gehören zur Stahlindustrie. Ein solcher Zustand ist offenbar unhaltbar, und der Kongreß wird sich noch mit dem Thema der gewerkschaftlichen Anarchie zu beschäftigen haben.

Die Nachmittags-sitzung wurde im wesentlichen von der Eröffnungsgespräche des Präsidenten ausgefüllt. Diese wird in England in der Regel als ein sehr wichtiges Dokument betrachtet und von der Tagespresse fast wörtlich wiedergegeben. Aber in Wirklichkeit wechselt ihre Bedeutung sehr stark, je nach der zufälligen Persönlichkeit des Präsidenten des Parlamentarischen Komitees für das betreffende Jahr, dessen persönliche Ansichten und Meinungen sich in Form und Wortlaut der Rede widerspiegeln. Der diesjährige Präsident ist J. Hallam, ein Vergarbeitervertreter aus der alten Schule des Trades-Unionismus, der sich nicht zum Sozialismus emporschwingen konnte, und sich deshalb immer mehr der Gefühls- und der Gedankenwelt der heutigen Vergarbeitermassen selber entfremdet hat. In einem sehr kritischen Augenblick für die gesamte englische gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung lang seine Rede lang und unbedeutend. Abgesehen von dieser mehr formalen Beschränkung kann gegen den Inhalt der Rede selbst nichts eingewendet werden. Bezugnehmend auf die Aussperrung im Schiffbau und den drohenden Konflikt im südwestlichen Bergbau, legte er den Delegierten ans Herz, wie unerlässlich die lokale Disziplin der Massen gegen ihre Führer sei, um dauernde Vereinbarungen mit den Unternehmern erzielen zu können. Mit Bezug auf die Oberhausfrage wandte er sich mit einem sehr schwachen Protest gegen die Vetokonferenz, und erklärte, daß keine Lösung für alle Zukunft die Macht gibt, dem Willen des Volkes uneingeschränkte Geltung zu verschaffen. Ebenso sachlich und „berühmlich“ behandelte der Präsident die wohl begründeten Klagen der Arbeiter gegen die neuen staatlichen Arbeitsbörsen und die Frage der Arbeitslosenversicherung, wobei er auf die Reife der Gewerkschaftsdeputation nach Deutschland hinwies. Ein wesentlicher Teil der Rede befaßte sich mit der alles überschattenden Frage des Osborne-Urteils und der durch sie geschaffenen unerträglichen Lage für die Arbeiterpartei. Er führte aus, daß die direkte parlamentarische Arbeitervertretung seit 40 Jahren als eine anerkannte und selbstverständliche Aufgabe der Gewerkschaften betrachtet worden ist, und es fiel niemandem ein, irgendetwas dagegen einzuwenden. Erst als sich die Gewerkschaften mit den Sozialisten verbündeten und eine unabhängige Arbeiterpartei schufen, wurde eine Hege gegen sie eingeleitet. Man spricht von gewerkschaftlicher Tyrannei, obschon jede einzelne Gewerkschaft selber mit überwältigender Mehrheit die Erhebung politischer Beiträge beschloß. Nur die Widerrufung des Osborne-Urteils durch ein neues Gesetz könne eine zufriedenstellende Lösung der Frage bringen.

Konferenz der Gewerbegerichtsbeisitzer (Arbeitnehmer) Deutschlands.

Wien, 13. September.

Nachdem bereits am gestrigen Abend eine Begrüßungsfeier der bis dahin erschienenen Delegierten stattgefunden, trat heute früh die Konferenz in Anwesenheit von etwa 140 Delegierten zu ihren Beratungen zusammen. Holz-Dresden, der im Namen der Zentralkommission die Konferenz eröffnet, weist auf das steigende Interesse hin, welches sich durch die erheblich stärkere Beteiligung kundgibt, begrüßt die Delegierten und erörtert kurz die zu erledigende Tagesordnung, die nach Vorlage angenommen wird. Zur Leitung der Konferenz werden Holz-Dresden und Körber-Berlin bestimmt. Seitens der Generalkommission nimmt Rob. Schmidt-Berlin an den Verhandlungen teil. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Bericht der Zentralkommission“, erhält sodann der Vorsitzende Holz das Wort. Er führt unter Hinweis auf den gedruckt vorliegenden Bericht aus:

Die Zentralkommission hat sich bemüht, so gut es ging, die in Jena aufgestellten Leitätze zur Durchführung zu bringen. Wenn das

nicht voll gelungen ist, haben die vorhandenen Schwierigkeiten es ver-schuldet. Das Bestreben, eine sozialpolitische Tätigkeit in größerem Umfang mit Hilfe der Beisitzer zu entfalten, konnte nicht durchgeführt werden, weil einerseits die Öbmannen der Beisitzer verlagten und andererseits auch eine Einigung über die einzuführenden Wege mit der Generalkommission nicht erzielt werden konnte. Daß die Beisitzer in ihrer Gesamtheit der geistigen Verbindung unter einander noch nicht das erforderliche Verhältnis entgegenbringen, zeigt sich namentlich in der gleichgültigen Behandlung der angestrebten Statistik. Auch der Herausgabe eines dringend notwendigen Musterstatuts konnte nicht im vollen Maße Rechnung getragen werden. Zu den Schwierigkeiten gehört auch der noch nicht verabschiedete Gesetz-entwurf über Arbeitskammern, der den sozialpolitischen Aufgaben der Gewerbebeisitzer eine wesentliche Aenderung gibt. Neben kritisiert dann die Mißstände beim Wahlverfahren, die große Mangelhaftigkeit der Ortsstatute, die Verschiedenartigkeit derselben und tadelt es, daß von 482 Gewerbebeisitzern nur 90 ihre Ortsstatute eingesandt haben. Auch die Anregung bezüglich Abhaltung von Landeskonferenzen sind nicht genügend beachtet. Die Rechtsprechung sei derart ver-schieden, daß die Aufstellung bestimmter Richtlinien dringend nötig erscheine. Mit den Gerichtsberichten sei ebenfalls nicht viel anzufangen, weil sie in zu geringer Anzahl eingegangen und auch noch vielfach sehr mangelhaft seien. Eingehend deont Redner dann, daß der § 75 des G.-G.-G., der den Beisitzern die Berechtigung der Abgabe von Gutachten gibt, nicht in genügender Weise gewürdigt werde. Man solle davon den ausgiebigsten Gebrauch machen. Die Anregung hierzu sei von Seiten der Beisitzer zu geben. Redner befaßt sich auch in dieser wichtigen Frage die Zentralkommission im Gegensatz zu den Anschauungen der Generalkommission, so daß auch hier die Tätigkeit der Zentralkommission gehehmt sei. Im Mai vorigen Jahres sei die Zentralkommission davon in Kenntnis gesetzt, daß die Generalkommission auf Beschluß der Verbandsverbände eine besondere sozialpolitische Abteilung einrichten wolle. Diese Abteilung soll die Tätigkeit der bereits bestehenden sozialen Sonderkommissionen mit über-nehmen. Demnach würde mit Abschluß der jetzigen Konferenz die Tätigkeit der Zentralkommission der Gewerbegerichtsbeisitzer auch beendet sein. Die Zentralkommission halte die Auflösung zwar nicht für notwendig, werde sich aber den getroffenen Maßnahmen der Generalkommission fügen, da es ihr lediglich auf die Förderung der Sache ankomme.

Starke-Dresden berichtet alsdann über seine Tätigkeit als Ausschussmitglied des Verbandes. Der Bericht dreht sich vorwiegend um die Funktionen des Ausschusses und um seine Kompetenzen. Als behördliche Organisation kann der Verband keine Beschlüsse fassen, sondern nur einen Meinungsaustausch pflegen. Seit 1903 ist die Zulassung eines Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzers erfolgt. Seitens der Zentralkommission wird gewünscht, daß je zwei Personen zugelassen werden. Es wird deshalb um Zustimmung erlucht, einen dementsprechenden Antrag beim Verbands der Gewerbebeisitzer einzubringen. Im übrigen war die Tätigkeit im Ausschuss nur sehr minimal, da nur eine Sitzung im Laufe von zwei Jahren statt-gefunden hat.

Robert Schmidt-Berlin (Vertreter der Generalkommission) berichtet darauf über den Beschluß, betreffend Uebernahme der Tätigkeit der Zentralkommission auf die Sozialpolitische Abteilung der Generalkommission der Gewerkschaften. Er führt aus, daß diese Abteilung eine Sammelstätte sozialpolitischer Materials werden solle und legt aus-einander, daß es ein viel vorteilhafteres und gründlicheres Bearbeiten der verschiedensten Aufgaben ermöglicht werde, wodurch sich die Ergebnisse auch wieder viel unvorzüglicher gestalten. Daraus ergebe sich nun auch von selbst, daß der Sitz des Ausschusses von Dresden nach Berlin verlegt werden müsse. Auch die Organisation selbst werde dann wohl eine Aenderung erfahren müssen. Die Anschauungen der Zentralkommission über den Wert der Gutachten teilt Redner nicht, weil viele Gewerbe-gerichte noch sehr rückständig in ihren sozialpolitischen Anschauungen sind. Gutachten von solchen Stellen schaden dann mehr als sie nützen. Es sei dahin zu streben, daß die paritätische Grundlage für die Arbeitslosenfürsorge usw. aufgehoben werde. Die Handhabung dieser sozialpolitischen Maßnahmen komme den Gewerkschaften zu unter Zuwendung kommunaler Zuschüsse. Auch mit dem Arbeitskammergesetzentwurf verhalte es sich so. Die paritätische Grundlage biete nicht die Gewähr, daß die Auffassung der Arbeiterschaft in sozialpolitischen Fragen zum Ausdruck komme, daher seien reine Arbeiterkammern zu

arrangierte Volksfest: das alles sind Wilder und Vorgänge, die einem, wenn er kein Risepeter ist, das Herz im Leibe vor Vergnügen hüpfen machen — mag er sich auch gehmal sagen: es sei das ja nur ein „alter Schme“, der noch vom Vormärz her dem deutschen Spießbürgertum auf der reglosen verdampften Seele liegen geblieben ist.

Humor und Satire.

Justitia.

Frau Oberstaatsanwalt Henke, Die amnestierte, o weh, Von fremder Gabe — man denke — Diverses im Damentupee.

Zwei fremde Schirme, zwei Stöcke Stiebigte sie, eins-zwei-drei, Und hielt sie zu Haus in Versteck Und dachte sich nichts dabei.

Mr Diebstahl, der kam sehunder Vord Forum des Schöffengerichts, Und, laum zu glaubendes Wunder: Ihr Titel, der half ihr nichts!

Man machte nicht viel Renfens, So sehr sie sich krümmte und kroch: Frau Oberstaatsanwalt Henke Wuh volle zwei Wochen ins Loch.

Da rede noch einer mit künstig Von Kosten- und Massenjustiz! Es urteilt gerecht und vernünftig, Der preussische Richter, man sieh's

Proar, wirkte noch Henke im Amte Und wir' er nicht tot wie 'ne Maus: Der Spruch, der die Witwe verdammt, Der fiels ganz anders wohl aus!

Wichel.

Notizen.

— Eine Drehfus (S.)-Affäre. In seiner Frankfurter Rede hat Genosse Jaurès das Proletariat mit dem Lichtgott Apollo verglichen, der auf einem im Dreedener Museum aufbewahrten antiken Dreifuß den Gerkalls überwaltigt. Dem Korrespondenten des nationalen „Echo de Paris“ ist nun das Malheur passiert, das Weisheitsgott aus dem heidnischen Tempel mit dem jüdischen Hauptmann von der Teufelsinsel zu verwecheln, und er berichtete seinem Blatte allen Ernstes, daß Jaurès Apollo als „den antiken Drehfus“ hingestellt habe! Der vorwichtige Reporter glaubt sich dabei noch über unseren Genossen lustig machen zu dürfen. Sein komisches Mißverständnis erinnert an die Anekdoten von dem polnischen Juden, der auf der Eisenbahn seine aus Benedig heimkehrenden Coupagenossen vom Markusplatz sprechen hört und fragt: „Markus Platz — hat er nig ä Billale in Lemberg?“

fordern. Ebenfalls teilt Redner nicht die Auffassung des Referenten über die fruchtbringende Tätigkeit der Konferenzen der einzelnen Landesverbände. Wer als Gewerbevereinsmitglied eine fruchtbringende Tätigkeit ausüben wolle, müsse vor allen Dingen die Literatur studieren. Bei dem fortwährenden Personalwechsel in den Gewerbevereinen hätten die Konferenzen wenig Wert für die Allgemeinheit und seien noch verhältnismäßig teuer. Wohl aber könne empfohlen werden, daß die Gewerkschaftskartelle sich der Sache mehr annehmen müßten. Auch bezüglich des Musterstatuts solle man die Erwartungen nicht zu hoch stellen und namentlich sei die mühselige statistische Arbeit von nur geringem Wert. Statistiken hätten nur Wert bei Erreichung eines bestimmten Zweckes.

Die nun einsetzende Diskussion war nicht sehr lebhaft. Zellweise wurden die Ausführungen des Genossen Schmidt untersucht, wogegen Starke und Holz die im Verichte des Vorsitzenden Holz niedergelegten Anschauungen vertreten. Der Wunsch auf Verstärkung des Ausschusses wird von allen Rednern geteilt, während die Art der Besetzung bzw. die Verlegung nach Berlin einigen Widerspruch findet. Gewünscht wird die Herausgabe von kurzen und klaren Kommentaren zum G. G. B. Der Übernahme der Tätigkeit der Zentralkommission durch die sozialpolitische Abteilung der Generalkommission der Gewerkschaften wird allseitig zugestimmt. Nur etwa 10 Stimmen sind dagegen. Die Annahme des Antrages auf Verstärkung des Ausschusses erfolgt einstimmig. Der Antrag, die Ausschusmitglieder aus den Berliner Gewerkschaftskreisen zu entnehmen, wird mit 56 gegen 52 Stimmen abgelehnt.

In der Nachmittags Sitzung begründet Meyer-Hörth einen Antrag betreffend

„Rechtfertigung über das Arbeitszeugnis.“

Redner zeigt an Beispielen, daß die Holzindustriellen-Organisation dadurch gleichsam einwandfreie Abfertigung kennzeichnet, daß ihre Mitglieder nur solche Arbeiter einstellen, die Papiere mit der Verbandsfirma haben, während die ordnungsmäßigen Entlassungspapiere von Einzelunternehmern eine sechs wöchentliche Aussperrung bedeuten. Durch landgerichtliches Urteil sind den gekennzeichneten Entlassungen zugestimmt.

Eine lebhafte Diskussion entfesselt ein anderer Antrag Stettin-Braunschweig, der sich mit der

Aufrechterung

bzw. mit dem angeblichen Zurückbehaltungsrecht befaßt. Aus den Darlegungen geht hervor, daß noch vielerorts das Zurückbehaltungsrecht anerkannt wird, obwohl dem klaren gesetzlichen Bestimmungen entgegen stehen. Da selbst hohe Gerichte, wie das Oberlandesgericht in Köln und der 8. Zivilsenat des Kammergerichts das Zurückbehaltungsrecht zugestimmt haben, so stehen viele Juristen unter dem Einfluß dieser Erkenntnisse zum Schaden der Arbeiter. Es wurde allseitig dringend empfohlen, streng auf die Wahrung der Rechte der Arbeiter zu achten.

Dann wurde noch das Wahlergebnis für den Ausschuss bekannt gegeben. Der bisherige Vertreter Starke wurde mit großer Mehrheit (109 Stimmen) wiedergewählt. Als ebenfalls zweiter Vertreter wurde Holz-Dresden und als Ersatzmann Hörth-Berlin gewählt. Stimmt der Verband der Verstärkung des Ausschusses nicht zu, dann gilt Holz als Vertreter von Starke.

Morgen wird die Tagung fortgesetzt.

5. Verbandstag des Verbandes der Buch- und Stein-druckerei-Hilfsarbeiter n. Arbeiterinnen Deutschlands.

Bremen, 13. September,

2. Verhandlungstag.

Das Resultat der Beratung der

Tarifbewegung

bildet die Annahme einer von der Referentin, Frau Thiede, empfohlenen Resolution, in der gesagt wird:

Der Verbandstag hält den weiteren Ausbau unserer Tarifgemeinschaft für eine Notwendigkeit. Die gesammelten Erfahrungen während der ersten Tarifperiode sollen dazu dienen, teilweise neue, den Verhältnissen entsprechende Vorschläge auszuarbeiten und diese der Prinzipalvereinigung zur geeigneten Zeit zu überreichen.

Als wichtigste Aufgaben dafür gelten: 1. Die Verbesserung der Lohnverhältnisse. 2. Die eingehende Revision der „Allgemeinen Bestimmungen“. 3. Die Verpflichtung der Prinzipalvereinigungen aller Städte (des Deutschen Buchdruckervereins), mit und in Tarifverhandlungen einzutreten, wenn die Vorbereitungen, die das Tarifamt am 19. Januar 1910 aufstellte, erfüllt sind.

Eine allgemeine Statistik über Löhne, Arbeitszeit usw. wird Anfang 1911 aufgenommen; die da gewonnenen Zahlen sollen als Grundlage zur Tarifrevision gelten. Die Tarifstädte werden beauftragt, ihre Änderungsanträge zu den „Allgemeinen Bestimmungen“ beim Verbandsvorstand einzureichen, der diese mit seinen Anträgen zusammenstellt und die daraus geschaffene Vorlage einer Gauleiterkonferenz zur Beratung und Beschlußfassung unterbreitet. Die Gauleiterkonferenz wählt aus ihrer Mitte die zur Tarifverhandlung beauftragten Kollegen und Kolleginnen.

Von den Buchdruckergehilfen erwarten wir, daß sie auf ihrer Generalversammlung 1911 und bei der späteren Tarifrevision die Solidaritätsklausel dahin erweitern, daß bei Tarifbewegungen des Hilfspersonals, die unter Beachtung der Satzungen und Kündigungsbestimmungen erfolgen, den tariffreien Gehilfen nicht zugemutet werden darf, weder mit geübten noch ungeübten Hilfsarbeitern und -Arbeiterinnen zu arbeiten.

Ueber die Punkte „Unsere Kritik bei Lohnbewegungen in Stein-druckereien“ und „Unsere Stellung zu den anderen graphischen Berufen“ — die ebenfalls in geschlossener Sitzung behandelt werden — referierte auch Frau Thiede-Berlin. Zum ersten Punkt legte sie folgende Resolution vor:

„Der Verbandstag erachtet es als eine Notwendigkeit, wo irgend möglich, die Lohn- und Arbeitsbedingungen unserer Kollegen und Kolleginnen des Stein-druckerverbandes durch Tarife zu regeln. Wo den gemeinsamen Tarifabschlüssen mit dem Buchdruckerpersonal, den Orts- oder Deutscher Tarifen, durch die Prinzipalvereinigungen bereitete werden oder solche Abschlüsse unmöglich sind, soll mit aller Entschiedenheit durch geeignete Maßnahmen eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen angestrebt werden. Bei der vom Schlichteramt geübten Kritik wird, da besonders wirksam, ein gemeinsames Vorgehen mit den Stein-druckergehilfen und Buchbindern empfohlen.“

Die zum zweiten Punkt unterbreitete Resolution hat diesen Wortlaut:

„Der graphische Industrieverband wird als die beste und vollkommenste Organisationsform anerkannt. Bis zur Erreichung dieses Zieles empfiehlt der Verbandstag, an möglichst allen Orten Deutschlands graphische Kartelle zu errichten, die sich aus Delegierten aller graphischen Berufe zusammensetzen.“

Es wird als praktisch anerkannt, daß die graphischen Zentralvorstände in Berlin in gemeinsamer Sitzung Sitzungen aufstellen, die bei Solidaritätsbestimmungen als Grundlage dienen, wobei der Grundlag aufgestellt werden muß, wo irgend möglich, gemeinsame Lohnbewegungen einzuleiten. Wo gemeinsames Vorgehen aus irgend welchen Gründen nicht möglich ist, kann nur dann Solidarität geübt werden, wenn vor der Bewegung eine gemeinsame Beratung stattgefunden hat.“

Beide Punkte, die zusammen erörtert wurden, riefen eine längere Debatte hervor. Der Vertreter des Buchdruckerverbandes, Gramann-Berlin, erklärte, daß sein Verband keinen Vorteil in der Schaffung eines Industrieverbandes erblickt. Die übrigen in Betracht kommenden Verbände — Lithographen und Stein-drucker und Buchbinder — heben der Versammlung sehr sympathisch gegenüber und ihre Vertreter geben diesbezügliche Erklärungen ab. Die vorgelegten Resolutionen finden einstimmige Annahme. Der zweiten wurde angefügt, daß zur Förderung und Erzielung von

Direktiven zwecks Gründung graphischer Kartelle versucht werden soll, ein graphisches Zentralkartell zu errichten. Dann wurde in die Statutenberatung eingetreten, die morgen fortgesetzt wird.

Aus Industrie und Handel.

Schmieröl.

Personen, die durch Geburt oder Staatsstellungen, die sie bisher inne hatten, Einfluß nach „oben“ haben, denen die Geheimtüren in den Ministerien offen stehen, wurden schon immer gern als Repräsentanten von Industrien und anderen Erwerbsunternehmen engagiert. In Erinnerung ist noch, wie die Kartellengute Personen ins Industrielager abzuweilen ließ, die vorher gute Regierungskräfte gewesen waren. Unternehmungen wie Krupp, Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, Deutsche Bank, Große Berliner Straßenbahngesellschaft und viele andere verlor sich schon oft mit „undurchdringbar“ gewordenen Regierungskräften. An eine kleine niedliche Episode dieser Art, die Zeuge ist von einer guten Verbindung der Regierung mit dem amerikanischen Vektor, erinnert jetzt die Fachzeitschrift „Petroleum“. Zu der Zeit, als Herr Budde für das Eisenbahngeschäft der Deutschen Vakuum Öl Compagnie — einer Tochtergründung des Oltros — noch von ausschlaggebender Bedeutung war, wurde eines Tages sein Koffer bei der Deutschen Vakuum Öl Gesellschaft untergebracht. Wie der Koffer im einzelnen arbeitet und sicher nicht nur „in anderen Ländern“, das zeigt der Abschluß der amtlichen Untersuchungen gegen die dänische Tochtergesellschaft der Amerikaner wegen grandioser „Schmieröl“-affären, die sich innerhalb der dänischen Marine abgespielt haben. Da sind durch diese Gesellschaft monatlang die Maschinen einzelner Torpedoboote und anderer Marineschiffe ständig freigehalten worden, damit sie das Standard-Schmieröl nicht unangenehm finden, und für seine Einfuhrung sprechen, trotzdem es teurer verkauft wurde als das Produkt anderer Firmen. Auch wurde ermittelt, daß bestimmte Oelarten unter verschiedenen Namen zu den verschiedensten Preisen verkauft worden waren. Für die „Rückgabe“ der leeren Schmierölfässer wurden schon bei der Lieferung des Oeles so anständige Preise gezahlt, daß einzelne Personen damit ansehnliche Nebeneinkommen erzielten. Einmal hatte eine Konkurrenzgesellschaft in einem dänischen Hafen alle Marinemaschinen zu einem Festmahle eingeladen, die Tochtergesellschaft der Amerikaner veranstaltete schnell am gleichen Tage im gleichen Hotel ebenfalls ein noch opulenteres Festmahle. Die amtlichen Schilderungen darüber, wie die Meinungen über die Güte der zwei Oelarten bei jenen Festmählern „geschwankt“ haben, liest sich wie ein Roman. Ein höherer Beamter, der die „bessere Qualität“ der amerikanischen Oele nicht anerkennen wollte, erhielt er in einem Firmenbriefumschlag eine 500 Kronennote. Dazu kommt noch, daß die amerikanische Tochtergesellschaft sich Jahre hindurch trotz der guten Einnahmen aus den Marinelieferungen von der Besteuerung dadurch zu drücken wußte, daß sie sich einfach vom Muttergeschäft über das gelieferte Oel so hohe Fakturen schicken ließ, daß kein Reingewinn verblieb.

Am interessantesten ist nun, was die Zeitschrift „Petroleum“ über die deutschen Verhältnisse sagt. Es wird an einer Stelle gefragt, warum es die Hamburg-Amerika-Linie nicht magt, ihre Maschinen genauer nach „Instruktionen“ zu fragen, die sie zur Verwendung des Oeles der Deutschen Vakuum Öl Compagnie erhalten haben und noch ständig erhalten.

Zuckerdividende. Die Zuckerfabrik Rujanien im Amsee beglückt in diesem Jahre die Aktionäre mit einer Dividende von 39 Proz. im Vorjahre erhielten die „Papierarbeiter“ 30 Proz. Das Aktienkapital beträgt 1 Million, der diesjährige Ueberschuß nicht weniger als 508 782 M., im Vorjahre 408 880 M.

Ein Konkursantrag, der wegen der Person des Schuldners einiges Aufsehen erregt, beschäftigt die Öffentlichkeit. Ein Sohn des bekannten rheinischen Großindustriellen Döhlen, der mit der Niederdeutschen Bank in Verbindung stand, ist durch deren Bankrott in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Die Vereinigte Stein-, Zement- und Portlandzement-Aktien-Gesellschaft beruft nun eine Generalversammlung, deren Tagesordnung auch folgenden Punkt enthält: Beschlußfassung über den sofortigen Weitergang der Wechselklage gegen Herrn August Döhlen jun. und Dr. Vorhardt bzw. darüber, über das Vermögen dieser Schuldner der Gesellschaft den Konkurs zu beantragen. — Döhlen jun. ist ein bekannter Berliner Lebemann; mit seinem Vater hat er sich entzweit. Er scheint einer von den kleinen Söhnen großer Väter zu sein.

Baumwollenerntendruck in Russland. Noch zwei unglücklichen Ernten war die letzte vom Jahre 1909 recht günstig. Wie die Ernte des Jahres 1909, so war auch das Preisniveau in der Kampagne 1909/10 genügend hoch, um der arbeitenden Bevölkerung von Turkestan die in den vorhergegangenen beiden weniger guten Erntejahren erlittenen Ausfälle in der Produktion zum Teil zu ersetzen. Im Frühjahr 1909 hatte die Bevölkerung Zentralasiens ihre letzten Kräfte aufgebietet, um die recht günstigen klimatischen Bedingungen auszunutzen. Diese Anstrengung ist von einem so bedeutenden Erfolg gekrönt worden, daß es den turkestanischen Baumwollproduzenten gelungen ist, ihre Verschuldung bei den Handelsfirmen stark zu reduzieren. Das Interesse für die Baumwollkultur des Jahres 1910 ist gesteigert worden, weil die vorjährige Ernte bis 90 Proz. Baumwolle erster Sorte aufzuweisen hatte, was bei den hohen Baumwollpreisen auch eine Vergrößerung der Saatlfläche zur Folge hatte. Was nun die klimatischen Bedingungen der neuen Ernte anlangt, so läßt sich gegen das Jahr 1909 ein Unterschied konstatieren. Abgesehen davon, daß der Eintritt des Frühlingswinters in Zentralasien sich in diesem Jahre verspätet hat, war es im März ziemlich kalt. Darum haben heuer die Feldarbeiten später begonnen als im vorigen Jahre, wobei die Arbeiten dann auch noch durch Regen aufgehalten wurden. Glücklicherweise ist aber die Verzögerung in der Entwidlung des Baumwollstandes in Zentralasien nicht groß; sie kann durch günstige Witterungsbedingungen wieder gut gemacht werden.

Soziales.

Der 2. Deutsche Jugendgerichtstag.

eine Veranstaltung der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge, wird auf Einladung der Magistrats von München in der Zeit vom 29. September bis 1. Oktober 1910 in der bayerischen Hauptstadt abgehalten werden. Außer beteiligten und interessierten Behörden, Vereinen und Privatpersonen Deutschlands werden auch Oesterreich, die Schweiz und England vertreten sein. Eine Uebersicht über den Stand der Jugendgerichtsbarkeit in Deutschland, Oesterreich, England und der Schweiz durch Amtsgerichtsrat Dr. Köhne-Berlin, Oberlandesgerichtsrat Dr. Karl Warhaneil-Wien, Oberamtsgerichtsrat Dr. Friedberg-Weissenhof, Professor Dr. Haster-Berlin bildet den ersten Programmpunkt. Die Vorschläge der Entwärte der Strafprozessordnung und des Strafgesetzbuchs betr. die Jugendgerichtsbarkeit werden unter dem zweiten Programmpunkt durch Amtsgerichtspräsident Dr. Weder-Dresden und Professor Dr. Röhner-München erörtert werden. — Die Mitwirkung der Staatsanwaltschaft (Regierungsrat Dr. Lindenau-Berlin und Staatsanwalt Rupperts-München) — die Fragen der Abgrenzung zwischen Strafe und Erziehungsmaßnahmen (Oberamtsrichter Perle-München und Staatsanwalt Dr. Wulffen-Dresden) — und das Zusammenwirken sozialer

Organisationen (Jugendgerichtshilfe) mit den Organen des Staates (Staatsanwaltschaft und Richter) gegen die Verwahrlosung der Jugend (Staatsanwalt Dr. Stahlnecht-Bremen und Rechtsanwalt Geisler-München) sind die weiteren Verhandlungsgegenstände. —

Redungen zur Teilnahme werden an die Geschäftsstelle der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge, Berlin C. 19, Wallstr. 80, baldmöglichst erbeten. Wohnungsausschreibungen (mit Preisangabe) nimmt das Mitglied des Münchener Ortsausschusses, Frau Dr. Christine Rist, München, Türkenstr. 68, entgegen.

Kerzte und Reichsversicherungsbahn.

Im „Versicherungsboten“ wendet sich Geheimrat Düttmann gegen die Art und Weise, in der von den Kerzteorganisationen gegen die Reichsversicherungsbahn vorgegangen wird. Die führenden Elemente im Kerzteverband hätten einen geradezu unbegreiflichen Mangel an Verständnis für Staat und Recht an den Tag gelegt. Demgegenüber müßten sich die ruhigen Elemente im Kerzteverband überzeugen, daß sie sich nicht noch länger durch untätiges Zuschauen als die mit allen Handlungen ihrer Vertreter übereinstimmende Gefolgschaft hinstellen lassen dürfen. Es müsse den Kerzten doch endlich klar werden, daß sie durch ihr Vorgehen längst alle Sympathien verlohren haben, daß außerhalb ihrer eigenen Kreise niemand, der die Sachlage überhaut und sich nicht von den einseitigen Darstellungen aus Kerzefreien irreführen läßt, geneigt ist, ihre überspannten Forderungen als berechtigt anzuerkennen, vielmehr die gesamte Bevölkerung ihnen ablehnend gegenübersteht. Solange diese Einstellung zum Durchbruch und dürfe man mit dem ehrlichen Willen des überwiegenden Teiles der Kerzenschaft rechnen, die gesetzlichen Vorschriften zu achten, so sei es wesentlich leichter, im Gesetz eine Fassung zu finden, welche für die Kerzte selbst annehmbar ist, ohne die berechtigten Interessen der Versicherer und der übrigen Beteiligten zu gefährden, als gegenwärtig, wo jedes den Kerzten zugesprochene Recht zu einer Waffe zu werden droht, die mißbräuchlich angewendet die Krankenversicherung bis zur Vernichtung schädigen kann. Andernfalls würden sich die Kerzte nicht belagern dürfen, wenn ihnen Mißtrauen entgegengebracht wird, das Bestimmungen diktiert, die sie später schwer empfinden. Möchten die Kerzte rechtzeitig einsehen, daß, soweit auch die Macht des Kerzteverbandes reicht, diese doch nicht gewügt, um dem gesamten deutschen Volke, das durch Regierung und Reichstag vertreten wird, seinen Willen aufzuzwingen. In einem solchen Streite müsse der Kerzteverband notwendig den kürzeren ziehen, und der Kampf würde leicht bis zu seiner völligen Vernichtung führen, nicht aber, wie das Organ des Kerzteverbandes glauben machen will, zu einem Zusammenbruch der Arbeiterversicherung.

Kruppsche Arbeiterfürsorge.

Die Firma Krupp, deren Arbeiterfürsorge immer wieder von der bürgerlichen Presse über den Scheitlerkönig gelobt wird, versteht es nicht nur ausgezeichnet, aus den Knochen ihrer Arbeiter ungeheure Summen Mehrwert herauszuschlagen und dem Staat durch ihre Monopolstellung bei der Lieferung von Nordwesten und Panzerplattenmaterial zur Aber zu lassen, sondern sie versteht es auch noch, die Unfälle der in ihren Betrieben verunglückten Arbeiter indirekt in ihre Taschen zu stecken. Arbeiter, die einen kleinen Unfall erlitten, bei dem sie aber nach ihrer Stellung ihre alte Arbeit wieder aufnehmen können, und denen von den Verursachern eine Rente zugesprochen wird, werden in ihrem Lohn um den Betrag der Rente und noch mehr gekürzt. Zugleich mit der Mitteilung, daß die Rente festgesetzt ist, bekommen die armen Arbeiter ohne weiteres auch den Lohnabzug. Der Arbeiter hat die Befehle, die Schmärgen, die Lohnsenkung gekostet und muß dann zusehen, daß die Firma Krupp die eigentliche Rentenempfängerin ist. Trotzdem der Arbeiter unter oft übermenschlicher Anstrengung dieselbe Arbeit leistet wie sonst, kommt es aber auch der Firma gar nicht darauf an, noch mehr vom Lohne abzuziehen, als die Rente beträgt. So mußte man vor kurzem einem Arbeiter wieder zu, für 3,80 M. pro Tag zu arbeiten, während er vor dem Unfall, der nur durch die Fahrlässigkeit der Firma entstanden ist, 5,80 M. verdient hatte. Einem anderen Arbeiter, dessen Rente 30 Pf. pro Tag beträgt, wurde der Lohn um 65 Pf. pro Tag gekürzt. So könnte man diese Liste bis ins Unendliche weiterführen. Sogar an dem Schmerzensgeld armer, durch die Schuld der Firma verunglückter Arbeiter bereichert sich die Wohltätigkeitsfirma Krupp.

Verfälschte Tarifumgebung.

Einem jener Unternehmer, die da glauben, sich an tarifliche Abmachungen nicht halten zu brauchen, ist der Tischlermeister Paul Damm. Zwei Tischlergesellen klagten am Dienstag gegen ihn beim Innungsschiedsgericht auf Zahlung von 12,65 M. bzw. 5,10 M. Vorkloß. Der Beklagte begehrt Abweisung der Klagen, da er über die Verabbarung der in Rede stehenden Arbeiten mit den Klägern besondere Vereinbarungen getroffen hätte und der darnach vereinbarte Lohn den Klägern gezahlt ist. Das Schiedsgericht verwarf diese Einrede und verurteilte den Beklagten, weil der Tarif den Arbeitgebern die Verpflichtung auferlege, nur zu Tariflöhnen zu entlohnen und andere Abmachungen ausdrücklich für nichtig erklärt.

Aus der Frauenbewegung.

Sachverständige, aber nicht Richter.

Angst, Dummheit, Vortneid, das sind die Triebkräfte bei dem Widerstande gegen das Frauenwahlrecht. Grotesk komische, für unsere Madytproben aber blamable Situationen und Tatsachen sind ersichtlichweise das Resultat. Wir hatten in Deutschland nach der letzten Verfassungskonferenz, einschließlich der weiblichen Dienstboten, schon 9 1/2 Millionen erwerbender Frauen. Ohne die weiblichen Arbeiter könnte unser Wirtschafts- und Produktionsapparat nicht mehr funktionieren. Aber die hochweise, um ihre Prestige besorgte Männerherrschaft verweigert den Frauen sogar noch das passive Wahlrecht zu den Gewerbevereinen, sowie das aktive und passive Wahlrecht zu den Kaufmannsgerichten. Mit diesen beiden Tatsachen beschäftigt sich u. a. auch Frau Dr. E. Altmann-Gottheimer in einer kleinen Broschüre über „Das Wahlrecht der Frau zu den beruflichen Interessensvertretungen“. Zu welchen unsinnigen Situationen der Ausschluß der Frauen bei den Gewerbevereinen führt, schildert die Verfasserin folgendermaßen:

„Wie stark die Gewerbevereine von Frauen benutzt werden, geht daraus hervor, daß in einem einzigen Jahre — dem Jahre 1900 — beim Berliner Gewerbegericht mehr als 2000 Klagen von Arbeiterinnen aus der Wäsche- und Konfektionsbranche allein anhängig gemacht wurden. Und bei Klagen über die mangelhafte Ausführung einer eleganten Damentoilette, über die schlechte Nachahmung eines Pariser Hutmodells sitzen heute vielleicht ein Schneidermeister und ein Gararbeiter zu Gericht. Frauen, deren Urteil in diesen Dingen doch in erster Linie maßgebend ist, können nur als Sachverständige zugezogen werden. Das Urteil wird sich, wenn es sachverständig sein soll, ihrem Entschieden anschließen müssen. Warum läßt man da den Sachverständigenapparat erst spielen und ruft die Frauen nicht lieber gleich an den Richtertisch? Diese Frage wird wohl manchen auf den Lippen schweben. Das wäre ja aber ein Bruch mit dem hergebrachten Prinzip und ehe man sich dazu entschließt, macht man lieber die unangenehmsten Umwege.“

Zu den rücksichtslosesten Elementen gehören die Stiefkrogenproletarier im Handelsgewerbe. Unter dem äußeren Schein des repräsentablen Auftretens verbirgt sich oft grauenvolles soziales Elend. Um dem bläuen Kostengeist und lächerlichem Ständebüchlein frönen zu können, verzichten die „Kaufleute“ häufig genug auf ausreichende Ernährung. Aber der Vortneid läßt bei den tapferen deutschen Jünglingen alles Ständebewußtsein und allen Kastensitz zum Teufel gehen, sobald sie an die Konkurrenz der weiblichen

Arbeitskraft denken. Dann ist es vorbei mit dem erhabenen Gefühl, mehr zu sein als der Proletarier. Was diese aus Berechtigung und politischer Klugheit fordern — die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts —, das bekämpfen die männlichen Handlungsgehilfen burschenschaftlicher Richtung als die größte Gefahr. Obwohl die Zahl der weiblichen Handlungsgehilfen nach der letzten Berufszählung 174 000 betrug, bei 308 000 männlichen Angestellten, entblödete der Hamburger Wer Verein der Kaufleute sich nicht, dem Reichstago eine Resolution zugehen zu lassen, in der er folgendes Antragsgehörne vorbrachte: „Da insolge der Beteiligung der Frauen an den Verkaufsgeschäften das für die Handlungsgehilfen schädliche Eindringen weiblicher Angestellter in die kaufmännischen Betriebe nach eine weitere Förderung erfahren und die Gegensätze zwischen männlichen und weiblichen Angestellten verschärfen würde, so beantragen wir . . .“ — Ganz richtig bemerkt dazu Frau Dr. Altmann-Gottheiner: „Ein Kommentar zu diesen Worten ist eigentlich überflüssig. Aus ihnen spricht nicht einmal der Wunsch, den alten Besitzstand des männlichen Geschlechts festzuhalten, sondern der reine offenkundige Vortrieb.“ Den weiblichen Angestellten im Handelsgewerbe kann nur dringend empfohlen werden, sich dem Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen anzuschließen. Hier finden sie die grundsätzliche Anerkennung und praktische Vertretung ihrer den männlichen Angestellten gleichen Interessen.

Kaiserreden und Frauenbewegung. In Rixdorf beschäftigten sich am 18. September 4 öffentliche Frauenversammlungen mit dem Thema: „Kaiserreden — Frauenbewegung“. Die Versammlungen waren ungewöhnlich stark von Frauen besucht. Die Tische waren aus den Lokalen entfernt worden, viele Zuhörer mußten sich mit Stehplätzen begnügen. Im großen Saal bei Doppe referierte in zündender Weise die Genossin Friedländer. Ihr sekundierte in der Diskussion die Genossin Boader. Bei Fellsch sprach die Genossin Fiech. Bei Wolf sprach Genossin Bohm. Schuch, im Feldschloßchen Genossin Buntwig. Die Aeußerungen der Frauen nach der Versammlung ließen erkennen, welchen gewaltigen Eindruck die Ausführungen der Rednerinnen auf die Versammelten gemacht hatten, wie sehr es die Rednerinnen verstanden, das auszusprechen, was die Herzen der Zuhörer bedrückt und befaßt. So gestalteten sich die Versammlungen zu einer trefflichen Antwort auf die Rede des Kaisers in Königsberg. 123 Frauen ließen sich in den Wahlverein aufnehmen. Ein schöner Erfolg — der Kaiserrede.

Gerichts-Zeitung.

Die Strafenordnung gegen Streitposten.

Woll er in der Aderstraße auf der Granitbahn gestanden und der Aufforderung eines Schutzmannes, sich zu entfernen, nicht Folge geleistet haben soll, deshalb hatte die Polizei den Schmied Tiede mit einem auf sechs Mark lautenden Strafbescheid bedacht. Ueber diesen hat gestern das Schöffengericht zu entscheiden. Es ist die alte Geschichte: Streitposten stehen ist erlaubt, wenn aber ein Schutzmann den Streitposten als Verkehrsbehinderung ansieht und seine Entfernung verlangt, dann ist es mit dem Recht des Streitpostenstehens vorbei.

Der hier in Rede stehende Vorgang hat sich nach den vor Gericht gepflogenen Erörterungen so abgespielt. Vor einem Hause in der Aderstraße, wo sich die Werkstatt des Schmiedemeisters Viesefeld befindet, hielten sich ganz kurze Zeit vier streitende Schmiede auf. Als sie der Polizei erblickt, schickte er zur Polizei, ein Schutzmann erschien, der, wie er vor Gericht sagte, zum Schutz der Arbeitswilligen kommandiert war. Daß sich in der Aderstraße eine Gruppe von vier Personen auf dem Bürgersteige bewegt, vielleicht auch gelegentlich stehen bleibt, wird keine Seltenheit sein und niemand wird daran denken, eine solche Gruppe als ein Verkehrsbehinderung anzusehen. Aber diese Personen waren eben Streitende, welche die Werkstatt eines bestrittenen Meisters beobachten wollten. Natürlich erschienen sie dem Schutzmann als ein Hindernis des Verkehrs und wurden fortgewiesen. Die Streitenden machten Bemerkungen darüber, daß man sie ansiehend unter polizeiliche Aufsicht gestellt habe und gingen langsam weiter, blieben aber ab und zu einen Augenblick stehen und wurden dann erneut zum Weitergehen aufgefordert. Schließlich holte der Schutzmann sich noch einen Kollegen zu Hilfe. Jeder nahm zwei der Streitenden fest und brachte sie zur Wache. Einer der Festgenommenen ist der Angeklagte Tiede. Er behauptet, daß er gar nicht zu der Gruppe gehöre, die sich auf dem Bürgersteige bewegte beziehungsweise dort gestanden haben soll. Er sei eben, als sich der Vorgang auf der Straße abspielte, aus einem Schanklokal heraustratend, und noch auf den Stufen im Eingange stehend, von den Schutzmännern, die bereits drei Mann festgenommen hatten, als vierter mitgenommen worden, er habe also die ihm zur Last gelegte Handlung gar nicht begangen.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Lefzer, beantragte, zum Beweise für die Angaben des Angeklagten die anderen drei Schmiede, welche bei jener Gelegenheit festgenommen und ebenfalls mit Strafmandaten bedacht worden sind, als Zeugen zu laden. — Vorher hatten zwei Schutzmänner mit der verblüffenden Bestimmtheit, welche fast alle Aussagen von Polizeibeamten auszeichnet, angegeben, daß sie den Angeklagten ohne Zweifel als einen derjenigen wiedererkennen, die auf der Granitbahn gestanden haben usw.

Das Gericht erklärte die Aussagen der Schutzmänner für durch aus glaubwürdig und lehnte den Antrag des Verteidigers ab mit der Begründung: die benannten Zeugen seien als Zeugen anzusehen. Sie könnten deshalb nicht vereidigt werden. Unrechliche Aussagen aber könnten das eidliche Zeugnis der Schutzmänner nicht erschüttern. — Der Angeklagte wurde zu einer Geldstrafe von sechs Mark verurteilt.

Das Verfahren widerspricht von Anfang bis zu Ende dem klaren Recht. Die Sistierung der Streitenden verleiht trotz der bekannten Kammergerichtsentcheidung, nach der des Schutzmannes Majestät über dem Bräutigam steht, Recht und Gesetz. Offenbar sind — die Angaben der Schutzmänner als der Wahrheit entsprechend unterstellt — die Streitenden nicht sistiert, weil ihre Anwesenheit den Verkehr hinderte, sondern weil sie streikten. Das Vorliegen steht in klarem Widerspruch zum gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrecht. Auch das richterliche Verfahren, die Ablehnung des Beweisanspruches, steht mit den Forderungen des Rechts und des Gesetzes in flagrantem Widerspruch. Die Annahme, noch nicht gehörte Zeugen, seien Zeugen und müßten unendlich vernommen werden, zeigt den hohen Grad der Befangenheit der Richter. Nicht minder falsch ist die Annahme, eidliche Aussagen könnten durch unechtlie nicht erschüttert werden. Nicht das Verhalten des Angeklagten sondern das der Schutzmänner und der Richter steht also mit dem Gesetz in Widerspruch. Dennoch ist der Angeklagte verurteilt. Er ist für schuldig befunden nicht weil er eine strafbare Handlung begangen hat, sondern aus seiner gesetz-mäßigen Handlung ist eine strafbare gemacht, weil er Streitender war.

Unter der Anklage des schändlichen Meineides

mußten sich gestern der Kreisaußschußsekretär Hieronymus Rowald und der Bureauassistent Otto Krause vor der zweiten Ferienkammer des Landgerichts II verantworten.

Dieser Anklage liegt folgende Vorgeschichte zugrunde: Beide Angeklagte sind in dem Kreisbauernhaus Brix angestellt und haben hier die Verwaltungsgeschäfte zu erledigen. Im

Oktober d. J. traten beide als Kläger in einem Verleumdungsprozeß gegen den Sargfabrikanten Köhl vor dem Schöffengericht in Rixdorf auf. Köhl behauptet, daß die beiden jetzigen Angeklagten ihre amtliche Stellung dazu benutzten, um mit dem Sarghändler Schadow Durchstechereien und Provisions-geschäfte zu betreiben, indem sie den Angehörigen der im Krankenhause verstorbenen Patienten den Sarghändler Schadow empfahlen und dann von diesem dafür Provisionen erhielten. Dieser Prozeß endete mit der Freisprechung des Beklagten Köhl. Die beiden Angeklagten, die als Zeugen eidlich vernommen worden waren, sagten u. a. aus, daß sie nur dann den Sarghändler Schadow empfohlen hätten, wenn die Leidtragenden mit einem diesbezüglichen Ansuchen an sie herantreten wären. Eine Provision hätten sie auch nie von Schadow erhalten. — Diese Angabe soll nach Behauptung der jetzigen Anklage falsch sein. Auf die Anzeige des Köhl hin wurden etwa 20 Zeugen in dem Vorverfahren vernommen, die aber sämtlich nicht recht mit der Sprache herauskamen. Als Hauptbelastungszeuge trat der Leidenträger Grünwald auf, der zehn Jahre in dem Krankenhause angestellt, dann aber von dem Angeklagten Rowald entlassen worden war. Von diesem Zeugen behaupteten wiederum die Angeklagten, daß er mit dem Sarghändler Köhl unter einer Decke gesteckt habe. Grünwald habe, sobald jemand im Krankenhause gestorben war, dies dem Köhl in der Weise mitgeteilt, daß er einen Zettel mit dem Namen der Angehörigen an bestimmter Stelle unter einen Stein gelegt habe, wo ihn Köhl in Empfang nahm und schleunigst den Leidtragenden Offerte machte. In der gestrigen Verhandlung bestritt Grünwald erst die Richtigkeit der Behauptung, mußte dann auf eindringlichen Verbalst des Vorsitzenden die „Wahrliege“ zugestehen. Dieser eigenartige Belastungszeuge befandete unter anderem, daß Rowald den Sarghändler Schadow stets von dem Ableben eines Krankenhausinsassen telephonisch verständigt habe. Ein anderer fast tauber Zeuge befandete, daß ihn der Angeklagte Krause gefragt habe, weshalb er den Sarg nicht bei Schadow bestellt habe, der viel billiger wie Köhl sei. Der Vertreter der Anklagebehörde hielt die Angeklagten nach dem Ergebnis der übrigen Beweisaufnahme des schändlichen Meineides für überführt und beantragte eine Gefängnisstrafe von je sechs Monaten. Das Gericht hielt die vorhandenen Belastungsmomente zu einer Verurteilung nicht für ausreichend und erkannte auf Freisprechung.

Die Polizei gegen Tanzlustbarkeit.

12 Wochen Gefängnis und 120 Mark Geldstrafe sind vom Schöffengericht Brix aus Anlaß eines Tanzes am 1. Mai verhängt worden. Je 30 Mark Geldstrafe haben die Genossen Ruchlick, Pollat und der Galtwirt Tschirner erhalten, weil sie eine Tanzlustbarkeit ohne polizeiliche Genehmigung abhielten. Tschirner, weil er Gäste nach 12 Uhr in seinem Lokal duldet, hatte dafür extra 80 Mark auditiviert erhalten. Pollat, weil er einem Polizisten die Räumlichkeiten verbot und ihm die Hände vorkleidete, ohne ihn anzufassen, erhielt wegen — Beamtenverleumdung sechs Wochen Gefängnis und Kolott, weil er während einer Rede die Worte sagte: „Wenn die Polizei kommt, fliegt sie raus!“ erhielt zwei Wochen Gefängnis wegen Verleumdung der Polizeiverwaltung. Selbstverständlich wird gegen das schließliche Urteil Berufung eingelegt werden.

Aus aller Welt.

Explosionskatastrophe des Luftschiffes „Z. 6“.

Die grandiose Erfindung des Grafen Zeppelin wird andauernd von schwerem Mißgeschick verfolgt. Verschiedene Male schon mußte der große Erfinder den vollständigen Verlust kaum fertig montierter Lenkbalkons beklagen. Auch gestern wieder ist ein Lenkbalkon des vom Grafen Zeppelin vertretenen starren Systems, der in Dos in Baden stationierte „Z. 6“, durch eine Explosion vollständig vernichtet worden. Bedauerlicherweise erlitten dabei auch fünf Arbeiter der Besatzung erhebliche Verletzungen. Im Gegensatz zu den sonstigen Verlusten der Zeppelin-Luftschiffe fand diesmal die Zerstörung des Luftschiffes in der Ballonhalle statt. Ueber die Katastrophe selbst melden uns Telegramme folgende Einzelheiten:

Dos (Baden), 14. September. Infolge einer Explosion in der hinteren Gondel des Z. 6 fing die Umlüftung des Luftschiffes Feuer. Die Explosion entstand um 3/4 Uhr nachmittags, als das Luftschiff in der Ballonhalle einer Reparatur unterzogen wurde. Das Luftschiff war innerhalb weniger Minuten völlig vernichtet. Das Dach der Halle hatte ebenfalls Feuer gefangen, das aber gelöscht werden konnte. Fünf Mann der Besatzung erlitten zum Teil schwere Verletzungen. Einem Mann verbrannten die Kleider auf dem Leibe.

Dos (Baden), 14. September. Von der Führung des Luftschiffes Z. 6 wird mitgeteilt: Das Feuer entstand in der hinteren Gondel, wo Leute damit beschäftigt waren, mit Benzin, das sich naturgemäß in offenen Gefäßen befand, das Geirriebe zu reinigen. Dies Benzin fing aus bisher noch unbekannter Ursache Feuer; die Flammen schlugen hoch empor und erfaschten trotz aller Löscheruche das Luftschiff selbst. Das Gas begann zu brennen, und das Feuer breitete sich über das ganze Luftschiff aus, das in etwa 10 Minuten langsam niederbrannte. Galle und Gaszellen sind völlig zerstört, ebenso das Gerippe; lediglich die Motore sind unversehrt geblieben.

Der Lenkbalkon hatte am Mittwoch nachmittag eine Fahrt nach Heilbronn unternommen, mußte aber unterwegs umkehren, da sich ein Defekt am Motor bemerkbar machte. Nach Unterbringung in der Halle sollte der Motor einer Reparatur unterzogen werden. Der Rotor der hinteren Gondel wurde angelassen und hierbei flog ein Funke in einen trockenen Benzinbehälter. Dadurch entstand die Explosion. Auf dem Platz vor der Halle hatte sich bald eine riesige Menschenmenge eingefunden und die Eisenbahnhänge bringen immer noch große Scharen Neugieriger, welche den Schauplatz der Katastrophe in Augenschein nehmen wollen.

Das zerstörte Luftschiff befand sich im Besitze der Deutschen Luftschiff-Aktiengesellschaft und wurde zu Passagierfahrten in der Umgebung benutzt. Die durch den Motordefekt unterbrochene Fahrt ist die erste, die nicht programmäßig durchgeführt werden konnte, nachdem der „Z. 6“ an 18 Fahrten 34 Passagierfahrten ausgeführt hat. Die gesamte Strecke, die bisher zurückgelegt wurde, beträgt rund 8100 Kilometer trotz teilweise recht ungünstigen Wetters. Mehr als 800 Passagiere wurden befördert. Die durchschnittliche Fahrtgeschwindigkeit betrug 47 Kilometer. Einen finanziellen Verlust wird die Gesellschaft nicht erleiden, da der „Z. 6“ bei 12 Versicherungsgesellschaften mit insgesamt 480 000 M. versichert war.

Die Cholera.

Zu den Cholerafällen in Marienburg erklärt die Regierung in Danzig, daß seit Anfang September fünf Personen unter Choleraverdacht gestorben sind. 80 choleraverdächtige Personen sind in zwei Häusern in Marienburg zur Beobachtung untergebracht. Als besondere Vorsicht ist sofort für den ganzen Kreis Marienburg die obligatorische Leichenschau angeordnet worden. — In die Kölner Krankenanstalt Lindenburg wurde gestern ein Schiffer unter choleraverdächtigen Erscheinungen eingeliefert, der mit einem Bremer Schiff von Danzig nach Köln

gekommen war. Ob Cholera asiatica vorliegt, wird erst die bakteriologische Untersuchung ergeben.

Wie ein Telegramm aus Bünflischen in Ungarn meldet, ist mit Rücksicht auf die in verschiedenen Ortlichkeiten des Komitats vorgekommenen Cholerafälle die Einfuhr von Lebensmitteln aus den von Cholera betroffenen Gemeinden unterlagert worden. Die Bewohner dieser Ortlichkeiten dürfen die Stadt nur mit einer Legitimation betreten. Der Kommandant des hiesigen Truppenhospitals meldete der städtischen Sanitätsbehörde, daß ein Infanterist unter choleraverdächtigen Anzeichen erkrankt sei. Die ärztliche Untersuchung des Erkrankten, dessen Zustand sich übrigens gebessert hat, ist noch nicht beendet. — Nach Meldungen aus Mohacs ist eine der am Dienstag erkrankten Personen gestorben. Gestern kamen dort vier neue choleraverdächtige Erkrankungen vor. Zu den Erkrankten gehört auch der Gefängniswärter des Bezirksgerichts. Die Kranken wurden isoliert, die Akerstanten nach Bünflischen gebracht und ebenfalls isoliert. Im Komitat sind bisher insgesamt 13 choleraverdächtige Fälle vorgekommen, von denen 5 tödlich verlaufen sind.

In Petersburg sind am der Cholera in den letzten 24 Stunden 49 Personen erkrankt und 9 Personen gestorben. Die Gesamtzahl der Kranken beträgt 800.

Unwetter in Süditalien.

In der Nacht zum Mittwoch wurden verschiedene Teile Süditaliens von einem schweren Unwetter heimgesucht, das in den davon betroffenen Ortlichkeiten gewaltigen Schaden verursachte. Wie ein Telegramm des „Froh-Zel.“ meldet, war in Bari die See so erregt, daß große Sturmwellen landeinwärts drangen und die Häuser meterhoch mit Wasser füllten. Die ganze Nacht hindurch fiel Hagel. Der Sturm riß die Dächer hinweg, Mauern stürzten ein und zwischen den Krachen der Gebäude und das Schreien der Menschen mischte sich das dumpfe Rollen des Donners, während helle Blitze die Unglücksstelle hell erleuchteten. Vielfach zündete der Blitzstrahl. Menschenhände konnten da nicht retten, sondern nur der niedergehende Regen verhinderte größere Brände. Die Bahndämme vieler Strecken sind unterwühlt, so daß der Verkehr eingestellt werden mußte. In einzelnen Gegenden ist die Ernte fast vollkommen vernichtet. Friedhöfe stehen unter Wasser, ja, oft haben die Fluten so gehaust, daß die Gräber aufgewühlt und die Leichen weit fortgeschwemmt worden sind.

Schön gesagt!

Die liberalen Hamburger „Neuesten Nachrichten“ bringen in ihrer Nummer vom 9. September unter dem Titel: Der angebliche Abfall Deutsch-Südwestafrikas einen Artikel aus der Feder des Gouverneurs a. D. Leutwein. Dieser schließt seine Ausführungen mit folgendem Satz:

„Und ich hege die feste Zuversicht, daß auch unsere südafrikanischen Landsleute hierin keine Ausnahme machen werden, nachdem einmal der mildere Jahm der Zeit Balsam über die derzeitigen Schmerzen ausgegossen haben wird.“

Wenn Gouverneur Leutwein mit seinem Artikel sonst keine Erfolge erzielt haben sollte, hat er wenigstens die deutsche Sprache um eine schöne Redewendung bereichert. Freilich erinnert das gebrauchte Bild stark an den bekannten „Jahm der Zeit, der alle Tränen trocknet“.

Der Pastor als Baupfandant.

Als richtiger Baupfandant ist der evangelische Pastor Steinhoff in Dortmund durch Gerichtsurteil entlarvt worden. Der Pastor hatte sich unter der Vorgabe, ein Altenheim bauen zu wollen, ein schönes Grundstück zu billigem Preise gesichert, ließ es aber dann parzellieren und verkaufen. Diese Verkäufe waren aber nur Scheinverkäufe. So hatte er zwei Parzellen zu sehr hohen Preisen an einen Maurerpolier Stachewski verkauft, obwohl er wußte, daß der Mann keinen Pfennig Vermögen besaß und einen Offenbarungseid geleistet hatte. Stachewski war nichts weiter als einer der beschäftigten Strohmannen, die vorgeführt werden, damit Handwerker und Gewerbetreibende um ihre Forderungen kommen. Pastor Steinhoff hatte auch zu den Lieferanten und Handwerkern, denen die Sache bedenklich schien, gesagt, sie sollten nur liefern und bauen, nach vollendeter Fertigung erhalte jeder sein Geld. Seine eigene Forderung auf das Grundstück hatte er aber als erste und zweite Hypothek eingetragen lassen. Der Raub wurde beschleunigt, als der Strohmann Stachewski wegen Verdrachts des Weineides verhaftet wurde. Der Pastor ließ die Häuser subastieren und zog sie an sich. Die Forderungen mehrerer Handwerker und auch die Hypothek eines Herrn Weltenkamp fielen aus. Die Verdrachten berieten sich nun auf die Aufforderung und das Versprechen des Pastors, sie sollten nur bauen, sie würden ihr Geld bekommen, und gingen zum Gericht. Das Dortmunder Landgericht hat den Pastor auch zur Zahlung verurteilt; es sprach in der Begründung aus, die Handlung des Pastors sei rechtlich und moralisch zu verurteilen. Auch das Oberlandesgericht in Hamm hat den Pastor verurteilt. Die Auffassung der Kläger entspricht den Grundsätzen von Treu und Glauben und der Verkehrssitte bei Willensverkörungen.

Wird noch zu erwähnen, daß kurz nach dem erstinstanzlichen Urteil in Dortmund Pfarrer Steinhoff mit dem Roten Adlerorden 4. Klasse dekoriert wurde.

Kleine Notizen.

Ein schwerer Unfall ereignete sich gestern beim Bau der Egertal-ferre bei Kassel. Während drei Monteure auf einem Gerüst beschäftigt waren, um Arbeiten zur Errichtung einer Drahtseilbahn vorzunehmen, ließ eine Befestigungskammer des Gerüsts nach und die drei stürzten etwa 80 Fuß ab. Zwei waren sofort tot, der dritte erlitt lebensgefährliche Verletzungen.

Panik im Theater. Während der Dienstagsvorstellung im Pariser Chatelet-Theater zündete ein Besucher der Gallerie bengalisches Feuer an. Infolgedessen entstand unter den Besuchern eine Panik. Viele Personen verließen fluchtartig das Theater, eine Anzahl Frauen wurde ohnmächtig. Da die Schauspieler aber fortzuführen zu spielen, trat bald wieder Ruhe ein, und die Vorstellung konnte ihren Fortgang nehmen.

Durch einen Erdriß wurde das spanische Dorf Abanilla zu einem Teil verheerter. Eine Anzahl Personen, darunter eine Mutter mit einem zweijährigen Kinde wurden 80 Stunden nach der Katastrophe lebend gerettet. Zehn Tote sollen sich noch unter den Trümmerhaufen befinden.

Ein Fliegerpreis der Stadt Paris. Der Vorstand des Pariser Gemeinderats hat beschlossen, einen Preis in Höhe von 25 000 Fr. für denjenigen Flieger zu stiften, der während des Aufenthalts des Pariser Gemeinderats in Västiel vom 25.—27. September zuerst einen Flug von Paris nach Brüssel vollführt.

Während einer Nachführung stieß das französische Dampfschiff „Gouvines“ mit dem Toppedobootzerstörer „Escopette“ zusammen. Die „Escopette“ erlitt schwere Beschädigungen, jedoch sind Menschen durch den Zusammenstoß nicht verunglückt.

Ein schrecklicher Raubmord ist in Eisch in Lügenburg an den Wirtsknecht Kaiser verübt worden. Man fand gestern früh den Mann mit durchschnittenen Kehle im Zimmer liegen, die Frau lag halb verkohlt auf dem glimmenden Bett; ihr Kopf war mit einem Beil gespalten. Von den Mörderin fehlt jede Spur.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau
Johanna Bethke
am Montag, den 12. September, abends 10 Uhr, nach kurzem, schwerem Leiden gestorben ist. Dies geigen tiefbetrubt an Der trauernde Gatte
Karl Bethke nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 16. September, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes zu Friedrichssee aus statt. 8092

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis, Straßauer Viertel, (Bezirk 338.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin Frau
Johanna Bethke
am Ostbahnhof 8 gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 16. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichssee aus statt. 220/18
Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verein Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter
Paul Diener
am 12. September an Lungenleiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 15. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Trauerhaus Liebenwalder Str. 10 aus auf dem neuen Kagaritz-Friedhof in Reinickendorf statt.
Rege Beteiligung erwartet Die Ortsverwaltung. 121/15

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie für die reichen Spenden beim Hinscheiden meines lieben Mannes, des Schriftsetzers
Max Werner 8975
sage ich allen Verwandten und Bekannten sowie den werthen Kollegen der Firma Hahn's Erben und der Firma Glatz meinen herzlichsten Dank.
Witwe Selma Werner nebst Kindern.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Begräbnis meines lieben Mannes sowie die zahlreichen Spenden sage ich hiermit allen Verwandten und Bekannten, insbesondere dem Zentralverband der Handelt- und Transportarbeiter sowie den Sängern nebst Herrn Lamprecht meinen besten Dank.
8082 Witwe Klara Wüst.

Dankfagung.
Allen denjenigen, die meinem lieben Mann, unserem guten Vater
Heinrich Schmidt
die letzte Ehre erwiesen haben, sagen wir unseren herzlichsten Dank.
Frau Auguste Schmidt nebst Kindern. 800b

Die Geschäftsräume der
Ortskrankenkasse der Gastwirte und verwandten Gewerbe zu Berlin
befinden sich ab 23. September d. J.
Roßstraße 29-30, 1 Treppe.
Am 22. September, dem Tage des Umzuges, bleibt die Kasse geschlossen.
Der Vorstand. 277/12*

Werbung für Kownoer Tabak-Fabriken
J. Goldfarb Preuss. Stargard.
gegründet 1839.
Tabac russe à priser, goût de Kowno.
Prawdziwa tabaka do zazywania „Kownoer“

Öffentliche politische Versammlungen.
Öffentliche Versammlung.
Das Instrument des Herrn,
Rückkehr zur Kirche
und der Internationale Freidenker-Kongreß in Brüssel.
Vortrag des Landtags-Abgeordneten **Adolf Koffmann**
Diskussion.
am **Freitag, den 16. Sept., abends 8 Uhr,**
in der Brauerei Friedrichshain (früher Lipps),
Am Friedrichshain 16-23. 57/6*
Entree 10 Pf. Entree 10 Pf.
Der Einberufer:
A. Harndt, Pappel-Allee 15-17.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands
Filiale Groß-Berlin.
Freitag, den 16. Sept., abds. 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (Saal 7):
Bauvertrauensmänner-Versammlung.
Tages-Ordnung: 193/12
1. Vortrag des Genossen Arbeitersekretärs **Hermann Müller:**
„Was muß der Arbeiter von der Unfallversicherung wissen?“
2. Die Situation im Gewerbe. 3. Verschiedenes.
Vertretung sämtlicher Bauten notwendig. Weiter ist nötig, daß sämtliche Kollegen, die bei der Firma Allow arbeiten und gearbeitet haben, in der Versammlung erscheinen.
Der Vorstand.

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands.
Donnerstag, den 15. September 1910, abends 8 1/2 Uhr: 20/9*
Versammlung der Holzbildhauer Berlins
im Lokale „Alhambra“, Wallner-Theater-Straße 15.
Tages-Ordnung: **Aufstellung von Lohnforderungen.**
Jeder Kollege ist zum Erscheinen verpflichtet. Die Branchenkommission.

Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“.
Wanderfahrten
am Sonntag, den 18. September:
1. Königs-Wusterhausen-Kahnisdorf. Abf.: Görlitzer Bahnhof 6.40 Uhr vorm.
2. Tegel-Baldmannsluft. Treffpunkt: Endstation der Straßenbahn 1 Uhr nachm.
Gäste willkommen. 2/13
Ausführliche Programme bei Heide, Poppenstr. 19, zu haben.
Von der Reise zurück
Dr. Max Blumenthal
Landsberger Allee 157/158.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltung Berlin.
Sonntag, den 17. September:
18. Stiftungsfest
in der Neuen Welt, Hasenheide 108/114.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Billets a 50 Pf. sind im Bureau, bei den Beitragsamtlern und bei Lehrendi, Hasenheide 9 und Schwente, Schönleinstraße, Ecke Doehstraße, zu haben. 89/17
Die Einkassierung der Beiträge am Sonntagabend erfolgt in allen Zahlstellen von 7 bis 9 Uhr nachmittags. Die Ortsverwaltung.

Innenbaubranche.
Montag, den 19. September 1910, abends 8 1/2 Uhr, in
Allems Festhale, Hasenheide 15:
Branchen-Versammlung
Tagesordnung: Bericht von den Verhandlungen mit den Arbeitgebern.

Wir fahren alle nach der Reform Zahnpraxis
Zähne 180 M
Schmerzlose Behandlung
Da erhalten Sie unter Garantie für absoluten Sitz und Brauchbarkeit nur echte Zähne. Keine hohlen Zähne oder mit eisernen Stiften versehenen Zahnersatz. Ueberzeugung macht wahr!
Reform Zahn-Praxis
Carl Rudolph.
1. Praxis: Elsassstr. 17/18
2. Praxis: Friedrichstr. 35.
3. Praxis: Oranienstr. 61.
4. Praxis: Palisadenstr. 106
5. Praxis: Moabit, Kutenstr. 65.
6. Praxis: Charlottenburg, Wilmsdorfer Str. 117.
7. Praxis: Lichtenberg, Frankfurter Allee 169
8. Praxis: Spandau, Neuen-dorfer Straße 106.
Von der Reise zurück.
Dr. Georg Friedländer
N., Schlegelstr. 28.
CHARLOTTENBURG
Uhr- und Goldwaren
F. Stabenow, Berlinerstr. 146

An diesem Schild sind die Läden erkennbar,
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.
in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.

Cigarren-Händlern
bequemsten Einkauf zu billigsten Preisen bietet das größte und reichhaltigste ausgelagerte
Tabak-, Cigarren- u. Cigaretten-Engroslager
Carl Röcker, Berlin O. 27,
Grüner Weg 112 (Fernspr. VII, 3861).
Erfolgreichste Marken & Original-Tabakpreise von 100 St. an einer Sorte: Berliner Marken: Garbath, Herbst, Josef, Ranzel, Problem, Phänomen, Kapitän, Garmen Solva, Graf von Königsmark, Freda, Dresdener Marken: Salem Melium, Luma, Bolero, Gemilch, Neumion, Laferme.
Ferner: Ägypten Comp., Österreichische und ungarische Regie-Tabake usw.
Generalbetrieb für Deutschland der dänischen Kapitän-Tabake, Rauch- und Schnupftabake; Hauptniederlage der Raubtabak-Fabriken G. H. Hauwader und Grimm & Triebel in Nordhausen; Brödr. Bruns in Kopenhagen, Joh. Tauneh. Waldow, sowie N. Goldfarb's Schnupftabake, Fr. Stargard.
Bei Neuauflagen von Cigarren-Geschäften bitte mein bestsortiertes
Cigarren-Engroslager
zu befehligen. Ich führe nur gutgelagerte, feinste Qualitäten in allen Preislagen. 8032*

Hygienische
Bedarfsartikel, Neues Katalog
H. Unger, Gummiwarenfabrik
Berlin SW., Friedrichstr. 91/9

Für Berufsphotographen!
Aus unserem früheren photographischen Atelier haben wir nachfolgende Bedarfsartikel übrig behalten:
2 große photographische Apparate mit Objektiven,
1 Beschnoidemaschine,
1 Satiniermaschine,
Bogenlampen für Lichtaufnahmen und diverse andere Gegenstände. 807L
Die Artikel werden billig abgegeben bei
H. Greifenhagen Nachf.
Brunnenstr. 17/18.

Große Firma vergibt
Teppiche, Gardinen, Stores,
Steppdecken, Portieren
auf Teilzahlung ohne Anzahlung.
Keine Rasterer.
Schiffstr. 100, Vorwärts-Spedition
Auguststr. 50.

Abendkurse.
Ausbildung von Technikern und Meistern in **Elektrotechnik und Maschinenbau.**
Technische Akademie.
Berlin 45, Altstraße 36.
Prospekte frei.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Gartenstadt Hohen-Neudorf
Wald (Nordbahn), Wasser, billiges, schönstes Gelände rund um Berlin. —
Arzt, Gas-, Wasserleitung, Gemeinde- u. höh. Schulen
Am Schützenhaus 8 herri.
Hochwald-Landbaustellen.
Qu.-R. 12 M. an! 10%, Anzahl. Tilgung des Restes in 10 jährl. Rat. Baugeld u. Hypotheken.
Sommer- u. Ferienhäuser 300 Mark an.
Illustr. Broschüre gratis!
Wollenberg, Berlin, Neue Königstr. 71.
Fernspr. VII, 3038

Maßanzüge

sehr elegant, 82-85 M., fertige Herrenanzüge 8,25, Einsegnungsanzüge 9 M. an. Engl. Tuche sehr billig. Wenn ich den wir unsere Vertreter mit Muster ohne Kaufverpflichtung. **Tuchgesellschaft** Kottbuserdamm 16-17 (Nohd.) Vorzeiger d. Inferats erhält 5%, Rabatt.

Dr. Schünemann
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten, 6512*
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
Montags 10-2, 5-7.

Ausverkauf
wegen Aufgabe unserer Verkaufsräume Roßstraße 2
Anzug-Stoffe | Um vollständig zu räumen für jeden annehmbaren Preis!
Paletot-Stoffe
Damentuche
Nur noch kurze Zeit!
Koch & Seeland, Gesellschaft m. b. H.
Roßstraße 2. 6342*

Wer heiraten will
Wer Zimmer vermieten will
Wer seine Wohnung verändern will
Wer Möbel- und Polsterwaren benötigt
Wer Spiegel und Uhren
Wer Bettstellen und Matratzen
Wer Betten, Gardinen und Teppiche
Wer Herren- und Damen-Garderobe braucht
Wer streng reell bedient sein will
Wer kauft auf Kredit bei
A. Kretschmann & Co.,
Berlin O.,
Koppenstraße 4
(Ecke Madaistraße)
am Schlessischen Bahnhof.
Nächstes Kredithaus der östlichen Vororte.
Lieferung frei Haus.

Gardinen-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin, Oranienstr. 158
Wunderbare Neuheiten, Gardinen, Stores, Vitrages, Tüllbettedecken etc. in allen Stilarten. **Pracht-Katalog** ca. 650 Illustrationen gratis und franko. Reste von 2 bis 6 Fenster spottbillig.
Mein **Gardinen-Apparat** patent. ermöglicht in 5 Minuten Berücksichtigung von ca. 300 Original-Mustern. 603L*

Partei-Angelegenheiten.

Zur Nachwahl in Frankfurt-Lebus.

Die Reichstagsnachwahl im Kreise Frankfurt-Lebus findet heute Donnerstag, den 15. September, statt. Es ergeht hiermit an die in Berlin arbeitenden Parteigenossen und Wähler des Kreises die dringende Aufforderung, am heutigen Donnerstag, dem Wahltag, ihr Wahlrecht in ihrem Heimatort auszuüben.

Trebbin. Am Sonnabend, den 17. September, abends 8 1/2 Uhr im Schützenhaus (W. Fromm) Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Kaffe und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bericht von der Generalversammlung Groß-Berlin. 3. Parteiangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Tegel-Vorligawalde. Morgen, Freitag, den 16. September, abends 8 1/2 Uhr hält der Verein Jugendheim im Lokal von Jul. Klippenstein in Tegel, Spandauer Straße 4, eine Mitgliederversammlung ab. Es ist eine äußerst wichtige Tagesordnung zu erledigen. Die Mitgliederliste ist am Eingang zur Kontrolle vorzuzeigen.

Berliner Nachrichten.

Das Reiten im Tiergarten.

Gewisse Leute, die nicht wissen, wie sie ihre Zeit totschlagen sollen, haben einen schweren Mißstand entdeckt. Die Reitwege im Tiergarten müssen verbessert werden. Einige Blätter wissen über die Sache folgendes zu melden:

Seit längerer Zeit beschäftigen sich berufene Vertreter des Reitsports mit der Verbesserung der Reitgelegenheiten im Tiergarten und Hippodrom. Nachdem schon im letzten Jahre dank der Anregung des Generals z. D. v. Longchamps ein Anfang im Kleinen durch Anlage verbesserter Sprunggelegenheiten, rauher Chausseebereitungen im Tiergarten, Erbauung von Aufstiegssteinen gemacht war, haben diese Bestrebungen neuerdings auf Verreiben des genannten eifrigen Pflegers des edlen Reitsports eine erweiterte und verbesserte Gestalt gewonnen. Wie wir vernahmen, haben dieselben die Billigung und Förderung des Kaisers gefunden. Zunächst wird mehr Wert auf eine sorgfältige Pflege der vorhandenen Reitwege durch regelmäßiges Eggen, Entwässern usw. gelegt. Ferner werden die rauhen Liebergänge vermehrt, was in dankenswerterem Entgegenkommen die Stadt übernommen hat. Eine Anzahl solcher Liebergänge sind bereits fertiggestellt und haben schon manchen Sturz verhindert. Für Anfänger und schwächere Reiter sollen einige kleine Hindernisse auf dem Hippodrom erbaut werden, mit deren Hilfe sie allmählich ihre Sprungleistungen steigern und sich dadurch anregenden Sport verschaffen können. In einem der Stadtbahnhöfe wird eine Garberobe angebracht, die Mäntel und dergleichen abzugeben. Schließlich ist ein- oder zweimal wöchentlich Musikreiten in Aussicht genommen, und für die Kapelle soll ein kleiner Pavillon errichtet werden. Wenn dies alles erst Wirklichkeit geworden ist, so kann Berlin auch auf dem Gebiete des Reitsports anderen Großstädten gegenüber an der Spitze marschieren. Leider jedoch sind ohne tatkräftige Mithilfe des interessierten Publikums diese notwendigen Verbesserungen nicht durchzuführen, da die der Tiergartenverwaltung zur Verfügung stehenden Mittel zur Instandhaltung der Reitwege nur gering sind. Das sportliebende Publikum wurde vor einiger Zeit gebeten, der guten Sache ein kleines Geldopfer zu bringen, und einige Mittel sind auch bereits zur Ausführung der Neuerungen eingegangen. Der Kaiser hat gelegentlich eines Spazierganges im Tiergarten sich von General v. Longchamps über alle Einzelheiten eingehend berichten lassen und dem Unternehmen seine Förderung durch Zusage eines Beitrages aus seiner Privatschatulle in Aussicht gestellt. Mit der Ausführung der Pläne soll noch vor Beginn des Herbstes begonnen werden.

Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß sich einige reiche Leute finden, die zur Verbesserung der Reitwege in die Tasche greifen und Mittel zur Verfügung stellen, wenn sie wissen, daß der Kaiser es gern sieht. Darauf scheint auch die ganze Kritik nur berechnet zu sein. Wir meinen, es sei viel angebrachter, wenn die Tiergartenverwaltung erst einmal dafür Sorge tragen wollte, daß die im Sommer auftretende Naupenplage verschwinden würde. Das würde einer größeren Anzahl von Leuten zugute kommen als eine Verbesserung der Reitwege.

Aus der Spandauer Straße. Durch den Abbruch der Häuser Spandauer. Ecke der Probststraße verdrängten auch in diesem Teile Alt-Berlins wieder eine Reihe von Gebäuden, die noch einer älteren Bauperiode angehören, und die Spandauer Straße wächst immer mehr zur modernen Geschäftsstraße aus. Sie ist eine der ältesten Straßen Berlins und hat bereits noch dem großen Brande von 1380 Straßensplaster erhalten, wobei die Straße erheblich verbreitert wurde. Wie alle alten Straßen Berlins hatte auch die Spandauer Straße nicht von Anfang an diesen Namen geführt. Beim Molkenmarkt hieß sie Middelstraße, von der Probst- bis zur Königstraße auf der einen Seite „Gegen dem Rathause“, auf der anderen „Neben dem Rathause“, von der Königstraße bis zur Kleinen Poststraße „Am Kohlenmarkt“, auf der anderen Seite „Am Kramhause“, und nur der Teil zwischen Kleine Post- und Brauhausstraße hieß Spandauer Straße, der letzte Teil bis zur Neuen Friedrichstraße „Am Spandauer Tore“, welches zwischen den Häusern 1 und 31 stand und im Jahre 1718 bei der fortschreitenden Bebauung der Neuen Friedrichstraße beseitigt wurde. An der Stelle des Hauses 31 blieb noch nach dem Abbruch des Tores ein Turm stehen, der als Pulverturm diente und 1720 in die Luft flog, worauf die Ueberreste beseitigt und der Platz bebaut wurde. Nr. 1 wurde erst im Jahre 1720 durch den Feldwebel Gabel bebaut. Von den älteren Häusern zwischen König- und Probststraße sind einige bereits früher dem Bau des Geschäftshauses N. Israel zum Opfer gefallen. Dazu gehörte Nr. 26, welches im Jahre 1730 der Ratmann Schulze bewohnte, 27, das der Dr. Ludolph neuerbaute, und 28, in welchem von 1747—1753 der Landgerichtsrat und Kammerherr v. Goerne gewohnt hat. Vorher gehörte es dem Weinschenken Falkenberg und danach dessen Sohn, dem Hofrat Falkenberg. Nr. 29 ließ der Staatsminister Paul v. Hübsch in damals sehr üppigem Maße erbauen. Nach seinem Tode erwarb das Haus der Weinhändler Refo, dann der Geheimrat Krüger. Nr. 30 war im 16. Jahrhundert ein vornehmer Gasthof, der „Griß“, auch der „Goldene Griß“ genannt. Hier war im Jahre 1620 an einem Sonnabend im Mai Gustav Adolph unter dem Namen eines schwedischen Hauptmanns Gars (ein Anagramm aus den Initialen der Worte Gustavus Adolphus Rex Sueviae) eingetroffen, um sich mit Maria Eleonore, der Schwester des kurländischen Georg Wilhelm, heimlich zu vermählen. Mit seinem kleinen Gefolge ludte er Aufnahme in diesem Gasthof, wurde aber von dem Besitzer, Peter

Kerichberg, abgewiesen. Das gleiche passierte ihm in der „Stadt Ruppin“, damals Ruppiner Herberge, Nr. 79 der Spandauer Straße, und war ihm schon vorher in Behlendorf, wo er kurze Rast halten wollte, widerfahren. Man hielt den König, und sein Gefolge für Engländer, für die man nach den Erfahrungen, die man mit den nach Böhmen durch die Mark ziehenden Truppen gemacht hatte, nicht viel übrig hatte. Den „Guldin Girichen“, der Anfangs des 18. Jahrhunderts ein- ging, besaß nachmals der bekannte Dr. Gerresheim und von ihm kam es an den Kaufmann Ephraim, dessen Sohn der bekannte Beit, bekanntlich der Münzmeister Friedrichs des Großen, war. Jetzt verschwindet auch dieses Grundstück aus der Geschichte Berlins.

Wegen Vergehen gegen das Fürsorgeerziehungsgesetz sind in Berlin in letzter Zeit ausfallend viel Strafen verhängt worden. Strafsbar macht sich, wer der Fürsorgeerziehung einen Fürsorgezögling zu entziehen sucht. Dieses Vergehen wird schon dann als vorliegend erachtet, wenn man einen entflohenen Sträfling bei sich aufnimmt und der nach ihm forschenden Polizei ihn nicht ausliefert. Selbst gegen Eltern, die einen Sohn oder eine Tochter nach der Flucht aus der Fürsorgeerziehung zu verbergen suchen, wird ohne Gnade das Vergehen gemacht. Auch die Waisenverwaltung der Stadt Berlin ist rasch genug bereit, mit Strafanzeigen vorzugehen. Kommt es zu einer Beurteilung, so berichtet der Magistrat in seinem „Gemeindeblatt“ über den Erfolg und gibt die Höhe der Strafe an. In den letzten Monaten und Wochen haben wir in diesem Publikationsorgan des Magistrats recht oft solche Mitteilungen über Verurteilungen wegen Vergehen gegen das Fürsorgeerziehungsgesetz gefunden.

Es ist bedauerlich, daß über die Einzelheiten derartiger Prozesse nur sehr selten etwas in die Oeffentlichkeit dringt. Wir werden nicht feil gehen, wenn wir annehmen, daß unter den Angeklagten die Eltern von Fürsorgezöglingen sogar in der Mehrzahl sind. Da drängt sich uns ganz besonders lebhaft der Wunsch auf, etwas mehr als nur die Höhe der Strafen zu erfahren. Gern möchte man wissen, aus welchen Gründen eigentlich die angeklagten Eltern sich geweigert haben, ihr aus der Fürsorgeerziehung entflohenes Kind auszuliefern. Nicht immer handelt es sich da um — wie die Gerichte sich auszudrücken lieben — bloßen „Unverstand“ der Eltern, die die „Polizei“ der Fürsorgeerziehung nicht zu „würdigen“ wissen. Nur zu oft halten Eltern es geradezu für ihre Pflicht, ihr Kind zu schützen vor der schlechten Behandlung, die es in der Erziehungsanstalt, in der Familienpflege, der Lehr- oder Dienststelle erduldet hat oder erduldet zu haben behauptet. Da wissen sie sich dann keinen anderen Ausweg als den, den heimkehrenden Flüchtling mit allen Mitteln davor zu bewahren, daß er der Polizei in die Hände fällt. Und hiermit bringen sie sich auf die Anklagebank.

Allen Eltern, denen ein Sohn oder eine Tochter, aus der Fürsorgeerziehung entflohen, ins Haus kommt, wird man den Rat geben müssen, unverzüglich an zuständiger Stelle Meldung zu machen, eine Prüfung der etwa vorgebrachten Beschwerden zu beantragen und um anderweitige Unterbringung des Kindes zu bitten. Aber es läßt sich begreifen, daß nicht jeder Vater und nicht jede Mutter es über sich gewinnt, diesen Rat zu befolgen und das Schutz suchende Kind auszuliefern. So mancher schreit hierüber aus Furcht, daß durch die Prüfung der Beschwerden nicht der volle Sockelhalt ausgedehnt werden und das Kind dahin zurückgeführt werden könnte, von wo es sich in das Elternhaus gerettet hat. Mit Bezug auf Berlin ist uns gesagt worden, daß gelegentlich schon die Art, in der auf dem Bureau der Waisenverwaltung ein von den Angehörigen zugeführter Flüchtlings bewillkommenet wurde, leider nicht sehr geeignet sei, das Vertrauen der Waisenverwaltung zu stärken. Wenn man übrigens zurückdenkt an die Orenel von Mielieghn, die noch immer ihrer Sühne durch den Strafrichter harren, dann kann man sich leicht vorstellen, wie hart es für eine Mutter sein muß, ihren aus einer solchen Anstalt entflohenen Sohn auszuliefern zu sollen.

Das Gesetz verlangt diese Härte — und mit gleicher Härte wird, wer sie nicht fertig bringt, vom Gericht zur Rechenschaft gezogen. Ob schon mal in einem Prozeß wegen Vergehen gegen das Fürsorgeerziehungsgesetz eine Mutter freigesprochen wurde, die sich darauf berief, daß sie ihren Sohn oder ihre Tochter vor Mißhandlung schützen zu sollen geglaubt hatte? Für die Beurteilung des Vergehens und für die Bemessung der Strafe ist es allerdings von erheblicher Wichtigkeit, aus welchen Gründen die Eltern ihr Kind bei sich aufnahmen und ihm Schutz gewährten. Deshalb sollte kein Vater und keine Mutter, die wegen Vergehen gegen das Fürsorgeerziehungsgesetz auf die Anklagebank kommen, es unterlassen, die ihnen von ihrem Kinde vorgebrachten Klagen dem Gericht zu unterbreiten und Prüfung zu fordern. Würde vor Gericht immer genügend Klarheit hierüber geschaffen, so könnten solche Prozesse die sehr erfreuliche Nebenwirkung haben, in das Gland der Fürsorgeerziehung erfolgreich hineinzuleuchten.

Die Gerichtsfreien erreichen heute, Donnerstag ihr Ende. Am Freitag wird Frau Justitia wieder das vom Geschäftsplan vorgeschriebene Gewand anziehen und an allen Stätten, an denen im Namen des Königs Recht gesprochen wird, übernehmen wieder die ordentlichen Richter in der vorgeschriebenen Belegung der Strafkammern und Amtsgerichtsabteilungen die Geschäfte. Auch die Schwurgerichte werden bald wieder in Tätigkeit treten. Am nächsten Montag schon beginnt am Landgericht I eine auf 14 Tage berechnete Tagung des Schwurgerichts am Landgericht unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Röschling. Am Tag darauf, am 20. d. M. folgt das Schwurgericht am Landgericht II, in welchem Landgerichtsrat Rehe den Vorsitz führen wird. Bei beiden Schwurgerichten stehen Termine zu sogenannten Senationsprozessen nicht an.

Die Spielergesellschaft in der Wilhelmstraße, über die schon wiederholt berichtet wurde, ist Dienstag abend zum zweiten Male von der Kriminalpolizei aufgehoben worden. Der Direktor Joseph Matzke, Generalagent der Victoria-Versicherungsgesellschaft, hatte unter Berufung auf einen Artikel des Justizrates Meyer in der Wilhelmstraße 10 ein Roulettespiel eingerichtet. Der Betrieb gestaltete sich aber so, daß er nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts unter das gewerbmäßige Glücksspiel fällt. Kriminalkommissar v. Manteuffel lob deshalb eines Abends die Gesellschaft auf, stellte die Spielteilnehmer fest und beschlagnahmte die Bank und alle Spielgeräte. Gegen Matzke und fünf andere Männer, die ihm in der Leitung des Spiels zur Seite standen, wurde ein Strafverfahren wegen gewerbmäßigen Glücksspiels eingeleitet. Trotzdem besorgte er neue Spielgeräte und nahm den Betrieb wieder auf. Das veranlaßte die Kriminalpolizei ihre früheren Maßregeln gestern zu wiederholen. Als die Kommissare v. Manteuffel und Nath mit mehreren Beamten erschienen, trafen sie 40 Personen an. Herr Matzke und ein junges Mädchen, angeblich seine Tochter, spielten in einem Zimmer Puff. Die übrigen Herrschaften, Männer und einige ältere und jüngere Frauen und Mädchen, saßen in dem Nebenraume beim Roulette und hatten bereits die Einsätze zu dem Spiel bezahlt, zu dem

sie soeben aufgefordert wurden. Die Beamten beschlagnahmten wiederum die Bank, die 612 M. in bar enthielt, während ebenso viel noch unbar vorhanden sein sollte und die neuen Spielgeräte, Roulette, Nechen usw. Herr Matzke erklärte jetzt im Gegenlatz zu früher, daß er mit der Geschichte nichts zu tun habe. Die Räume und die Spielgeräte gehörten nicht ihm, sondern dem Klub. Als die Beamten die Spieler hier überhörten, schüttelten alle den Kopf. Sie wußten auch nichts davon, daß, wie Matzke behauptete, erst kurz vorher eine Abstimmung darüber stattgefunden habe, daß die Mitglieder von jetzt an über die Räume und die Einrichtung zu verfügen haben sollten. Herr Matzke hatte erklärt, daß gerade deshalb, weil die Abstimmung eben erst stattgefunden habe, ein Vertrag mit dem Hauswirt noch nicht habe abgeschlossen werden können. Weiteren Fragen entzog sich Herr Matzke, indem er sich mit seiner Tochter entfernte. Die anderen Anwesenden mußten zur Feststellung ihrer Persönlichkeiten den Beamten nach der Revierwache folgen und zum Teil dort geraume Zeit warten, bis alles erledigt war. Nur eine Spielerin, ein junges Mädchen, brauchte den Weg nach der Wache nicht mitzumachen. Sie wies sich mit einem Schriftstück der Sittenpolizei aus und erklärte außerdem, daß sie ja doch im ganzen Revier bekannt sei, was nicht bestritten werden konnte.

Recht interessant ist übrigens nach einer anderen Mitteilung, daß nach der Entlassung von der Polizeiwache die meisten „Jeunettes“, nachdem sie sich etwas von ihrem Schreck erholt hatten, flott weiter roulettieren haben sollen. Die Herrschaften begaben sich nämlich mittels Autos nach einem Spielklub in der Martin-Luther-Straße und huldigten dort für ein Kopfgeld von drei Mark pro Stunde Rouge et Noir bis zum frühen Morgen. Man war jedoch diesmal so vorsichtig, auf dem Balkon als Wachtposten einen in den Spielkreisen wohlbekannten Kaufmann J. als Wache zu postieren. Wäre die Polizei auch dort erschienen, so würde sie wahrscheinlich nur harmlose Puff- oder Dominospieler vorgefunden haben. Der Reingewinn der gestrigen Nacht brachte der Bank in der Martin-Luther-Straße bei einer Teilnahme von circa 60 Personen, unter denen sich angesehenen Ärzte, Juristen, bekannte Schriftsteller und Vorleser befanden, netto 270 Proz. Einen ähnlichen Reingewinn erzielte auch ein Spielklub am Vellestianerplatz, welcher von seinen Mitgliedern ein Kopfgeld von 10 M. pro Stunde verlangte und erhält. Interessant ist auch, daß sich die Crampiers fast aller Berliner Spielnester zum größten Teil aus ihren Mitgliedern rekrutieren. Die Herren erhalten für ihre Tätigkeit von 9—12 Uhr abends 20 M. Fixum und von 12 Uhr ab bis gegen Morgen eine Lantime von 5 Proz. vom Reingewinn. Damen selbst können in derartigen Klubs nicht die Mitgliedschaft erhalten; es ist jedoch den männlichen Mitgliedern gestattet, ihre Frau oder „Frau“ zu den Spielabenden mitzubringen.

Keine Gastera. Die Russin Sonja Galkin, die vor einigen Tagen aus Karlsbad auf dem Anhalter Bahnhof hier eingetroffen und unter Choleraverdächtigen Erscheinungen dem Virchow-Krankenhaus zugeführt worden ist, ist tatsächlich — wie sich herausgestellt hat — nicht an Cholera erkrankt. Ihr Befinden ist derzeit günstig, daß sie bereits in diesen Tagen das Krankenhaus wird verlassen können.

Ein netter Musiklehrer. Wegen Vergehens an seinen Schülern und Schülerinnen ist der 43 Jahre alte Musiklehrer Emanuel Gohl aus der Petersburger Str. 63 von der Kriminalpolizei festgenommen worden. Gohl erteilte in seiner Wohnung im Vorderhause Alibiunterricht an kleine Knaben und Mädchen. Leute, die ihm gegenüber wohnten, sahen nun, daß einige Jungen Dummheiten machten und teilten das den Eltern der Kinder mit. Die Eltern fragten die Kinder und so kam es denn heraus, daß der Musiklehrer selbst die Dummheiten mit ihnen gemacht und sie dazu angeleitet hatte. Die weiteren Nachforschungen ergaben, daß Gohl sich auch an seinen Schülerinnen vergangen hatte. Die Kriminalpolizei zog ihn gestern in seiner Wohnung zur Verantwortung und nahm ihn fest, nachdem er im Laufe des Verhörs ein Geständnis abgelegt hatte. Der Verhaftete, der dem Untersuchungsrichter vorgeführt wurde, sagt, er könne nur einmal nicht anders.

Kleiner Vok geisteskrank? Dienstaagsmittags wurde der in letzter Zeit viel genannte Rektor Vok vom Charitégefängnis nach der Jrenabteilung der Neuen Charité übergeführt. Die Ueberführung geschah nicht, wie von anderer Seite gemeldet wurde, unter Tobjuchtsanfällen, sondern in ganz normalem Zustande. Vok wird auf Antrag der Staatsanwaltschaft vom Geheimrat Dr. Störmer und vom Gerichtspräsidenten Dr. Strauch vierzehn Tage lang auf seinem Geisteszustand untersucht werden. Der Antrag seines Verteidigers auf Luftveränderung, der am 11. September gestellt worden ist, ist von der Oberstaatsanwaltschaft abgelehnt worden. Wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, stehen die Vok behandelnden Ärzte der Ueberführung in die Jrenabteilung durchaus nicht sympathisch gegenüber, da befürchtet wird, daß Vok dort wieder von Blutärzten besessen wird, die seinen Zustand nur noch verschlechtern.

Ein schwerer Strafenunfall ereignete sich Dienstag in später Abendstunde in der Gerichtstraße. Als der 21 jährige Knabe Richard Jonah aus der Panitzstr. 65 mit einem zweispännigen Arbeitsfuhrwerk die genannte Straße passierte, mußte er in der Nähe der Panitzstraße einem Straßenbahnwagen der Linie 22 ausweichen und bog zu diesem Zwecke nach der rechten Seite des Fahrdammes hinüber. Hier kam ihm aber in scharfem Trab ein Möbelwagen entgegen und geriet in das Gespann des Fuhrwerks. Der Anprall erfolgte mit solcher Gewalt, daß die beiden Pferde des angefahrenen Arbeitswagens zu Boden stürzten und Jonah in weitem Bogen von seinem Sitz auf das Straßensplaster geschleudert wurde, wo er blutüberströmt und brennungslos liegen blieb. Ein von der Unfallstation in der Wabstraße herbeigerufener Arzt stellte bei dem Verunglückten eine schwere Gehirnerschütterung fest und veranlaßte seine Ueberführung nach dem Rudolf-Virchow-Krankenhaus, wo er in bedenklichem Zustande daniiederliegt.

Im Zirkus bestohlen wurde der Rentier Strid aus Groß-Lichterfelde. Er hatte der Vorstellung im Zirkus Schumann beigewohnt und als er beim Verlassen des Platzes in das Gewähle der Zuschauer geriet, wurde ihm von einem unermittelt gebliebenen dreifachen Dieb die goldene Uhr im Werte von 500 M. geraubt.

Ans Gram über den Tod seiner Wirtshäuserin unternahm der 68 Jahre alte Rentier Raab, Luisen-Str. 23, einen Selbstmordversuch. Vor einem Vierteljahr starb die Wirtshäuserin des M., mit der er viele Jahre zusammengeliebt hatte, ganz plötzlich. Seit dieser Zeit trug der alte Mann ein schwermütiges Wesen zur Schau. Gestern fanden ihn nun Hausbewohner in bestimmungslosem Zustande in seinem Bett auf. Die Gasthänne im Zimmer waren geöffnet. M. hatte sie selbst in der Abdt geöffnet, sich das Leben zu nehmen. Ein Arzt von der Rettungswache rief ihn wieder ins Leben zurück und veranlaßte seine Ueberführung nach dem Krankenhaus.

Zeugen gesucht. Am Freitag, 24. Juni d. J., abends gegen 8 Uhr kam das Geschäfts-Automobil der Firma Peters Union-Pneumatik vom Gelandbrunnen her die Brunnenstraße entlang und es wurde in der Brunnenstraße (kurz vor der Wollstraße) ein Madfahrer von diesem Automobil angefahren, so daß dieser vor dem Wagen zu Falle kam. Zeugen des Unfalles werden gebeten, ihre Adresse an W. Fischer, Chausseur, Soldiner Straße 37 zu senden.

Gefunden worden ist ein Gut mit Quittungsmark und ein Wahlvereinsbuch des Kreises Ufedom-Bollin, auf den Namen Samann lautend. Abzuholen in der Expedition Just. Immanuelkirchstraße 12.

Die Thierstraße von der Schwarzen Brücke bis zur Weißbildegrenze ist vom Donnerstag ab gesperrt.



Theater und Vergnügungen



Donnerstag, 15. September.

Neues königl. Opern-Theater.
Don Juan.
Königl. Schauspielhaus. Bürgerlich und romantisch.
Anfang 8 Uhr.

Leffing. Einfame Menschen.
Deutsches Haus. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
Komische Oper. Der gute König Dagobert.
Romische Oper. Der Arzt wider Willen.

Berliner. Russkantenmüdel.
Neues. Die goldene Ritterzeit.
Residenz. Noblesse oblige.
Klein. Die verfluchten Frauenzimmer. 1. Klasse.

Weißen. Die geschiedene Frau.
Thalia. Polnische Wirtschaft.
Schiller O. (Wagner-Theater.)
Pörlische Verwandten. — In 3 Akte.

Schaer Charlottenburg. Die Liebe macht.
Berliner Volkstheater. Die lustigen Weiber von Windsor. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Ruinen. Die schöne Ungarin.
Moderne. Der Wert des Lebens.
Trianon. Was die Jugend.
Neues Operetten. Der Graf von Luxemburg.

Lustspielhaus. Das Leutnantsmüdel.
Herrnsfeld. Wenn zwei dasselbe tun. Das starke Stück.
Noie. Dorf und Stadt.
Folies Caprice. Der schwarze Schimmel. — Das alte Ghetto. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Friedrich-Wilhelmstädtisches. Biederleute.
Metropol. Geschlossen.
Kasino. Der schneidige Rudolf.
Neues Schauspielhaus. Wenn kommt du wieder.
Apollon. Spezialitäten.
Vollgas. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Karl Haberland. Spezialitäten.
Prater. Der Bettelstudent von Berlin.

Weg. Geschlossen.
Schweizer-Garten. Spezialitäten.
Urania. Tausendfacher 1840.
Abends 8 Uhr: Weltausstellung in Brüssel.

Sternwarte, Invalidenstr. 57-62.
Lessing-Theater.
8 Uhr: Einfame Menschen.
Freitag 9 Uhr: Tausendfacher 1840.
Sonabend 8 Uhr: Gespenker.

Berliner Theater.
Deute 8 Uhr: Gastspiel Hans Nissen: Das Musikantenmüdel.

Neues Theater.
Täglich:
Die goldene Ritterzeit.
Anfang 8 Uhr.
(Sommerpreis Vorzeit 3,10 ufm.)

Theater des Westens.
Anfang 8 Uhr.
Die geschiedene Frau.
Freitag zum erstenmal: Die schönste Frau. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues Operetten-Theater.
Deute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Luxemburg.
Operette in 3 Akte von H. R. Müller u. H. Bodansky. Musik v. Franz Lehár.

Modernes Theater (früher Hebbeltheater).
Deute u. täglich: Die Wespe.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Noblesse oblige.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Das Leutnantsmüdel

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Hans Reich. Ensemble.
Donnerstag, 15. September 1910:
Eröffnung der Winter-Saison.
Der Weidenreifer

Burgtheater-Kinematograph
vorm. Grotzerjan, Invalid.: Rud. Merz, Schindlerstr. 129. Tel. 3, 9583.
Lebende Photographien.
Während der Sommermonate nur Sonnabend, Sonntag u. Montag.
Eintritt 30 u. 40 Pf. Kinder die Hälfte.
Anf. 7 u. 11. Sonnt. 4 u. Vorzugskarten, nur wochentag gültig, 25 Pf. auf allen Plätzen. Zwei wochentag. Progr. Jed. Sonnt. 1. Obermal: Künstlerkonzert.
Entrée 15 Pf. Garderobe 10 Pf.
R. d. Kaiserl.: Familien-Kränzchen.
Täglich: Freitagskonzert.

Passage-Theater.
Das Eröffnungs-Programm der Winter-Saison!
Abends 8 Uhr:
Claire Waldoff mit ihren neuen Schlagern von Walter Kollo.
Collins 10 englisch. Backfische.
Polmay u. May, unerreichten.
George Barrington und 12 Starnummern.

Passage-Panoptikum.
Boddhas dunkles Geheimnis.
Der Mann mit dem eisernen Schlund!
Von 4-7 Uhr Vitaskop-Theater
Aquanoptikum
Experiment aus der 4. Dimension.
Alles ohne Extra-Entree!

Passage-Theater.
Das Eröffnungs-Programm der Winter-Saison!
Abends 8 Uhr:
Claire Waldoff mit ihren neuen Schlagern von Walter Kollo.
Collins 10 englisch. Backfische.
Polmay u. May, unerreichten.
George Barrington und 12 Starnummern.

Passage-Panoptikum.
Boddhas dunkles Geheimnis.
Der Mann mit dem eisernen Schlund!
Von 4-7 Uhr Vitaskop-Theater
Aquanoptikum
Experiment aus der 4. Dimension.
Alles ohne Extra-Entree!

Passage-Theater.
Das Eröffnungs-Programm der Winter-Saison!
Abends 8 Uhr:
Claire Waldoff mit ihren neuen Schlagern von Walter Kollo.
Collins 10 englisch. Backfische.
Polmay u. May, unerreichten.
George Barrington und 12 Starnummern.

Passage-Panoptikum.
Boddhas dunkles Geheimnis.
Der Mann mit dem eisernen Schlund!
Von 4-7 Uhr Vitaskop-Theater
Aquanoptikum
Experiment aus der 4. Dimension.
Alles ohne Extra-Entree!

Passage-Theater.
Das Eröffnungs-Programm der Winter-Saison!
Abends 8 Uhr:
Claire Waldoff mit ihren neuen Schlagern von Walter Kollo.
Collins 10 englisch. Backfische.
Polmay u. May, unerreichten.
George Barrington und 12 Starnummern.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Heute abend 8 Uhr:
Die Weltausstellung in Brüssel.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Donnerstag, 15. Sept., abends 8 Uhr:
Biederleute.

Freitag: Biederleute.
Sonabend 1. erstmal: Kletten.
Hierauf: Niobe.
Sonntag: Kletten. Hierauf: Niobe

Berliner Volkstheater
Eröffnung der Opernsaison.
Abends 7 1/2 Uhr:
Die lustigen Weiber von Windsor.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die schöne Ungarin.

Volle mit Gesang und Tanz von Mannsüdt und Beller.
Freitag Premiere: Kean ober: Genie und Leidenschaft.
Sonabend: Im Spätsommer.
Sonntag nachm.: Die schöne Ungarin. 8 Uhr: Kean.
Montag: Die Brüder von St. Bernhard.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Dorf und Stadt.

Schauspiel in 5 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Freitag: Othello.
Auf der Gartenbühne: Theatervorstellung, Spezialitäten, gr. Konzert. Anf. 4 1/2 Uhr.

METROPOL-THEATER.
Wegen Vorbereitung zur neuen Jahres-Revue geschlossen.

Apollon Theater
8 Uhr: Das sensationelle Programm.
9 1/2 Uhr:
Das Tagesgespräch Berlins.
Verbotene Frucht.

Anne Vora, Ludwig Mertens a. G.
Berner: 4 Schwestern Ormat.
Gisela Schneider-Nissen.
Das verrückte Hotel usw.

WINTERGARTEN
12 Attraktionen
des von Publikum und Presse glänzend beurteilten Eröffnungs-Programms!
Der Gipfel der illustren Varieté-Kunst!

Casino-Theater
Lothringers Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Die urkomische Bolle
Der schneidige Rudolf.

Rudolf Wimpelmann: Dir. G. Berg.
Vorher das glänzende bunte Progr.
Nur Attraktionen ersten Ranges.
Sonnt. 8 1/2 Uhr: Der Hochmutstoulet.

Burgtheater-Kinematograph
vorm. Grotzerjan, Invalid.: Rud. Merz, Schindlerstr. 129. Tel. 3, 9583.
Lebende Photographien.
Während der Sommermonate nur Sonnabend, Sonntag u. Montag.
Eintritt 30 u. 40 Pf. Kinder die Hälfte.
Anf. 7 u. 11. Sonnt. 4 u. Vorzugskarten, nur wochentag gültig, 25 Pf. auf allen Plätzen. Zwei wochentag. Progr. Jed. Sonnt. 1. Obermal: Künstlerkonzert.
Entrée 15 Pf. Garderobe 10 Pf.
R. d. Kaiserl.: Familien-Kränzchen.
Täglich: Freitagskonzert.

Passage-Theater.
Das Eröffnungs-Programm der Winter-Saison!
Abends 8 Uhr:
Claire Waldoff mit ihren neuen Schlagern von Walter Kollo.
Collins 10 englisch. Backfische.
Polmay u. May, unerreichten.
George Barrington und 12 Starnummern.

Passage-Panoptikum.
Boddhas dunkles Geheimnis.
Der Mann mit dem eisernen Schlund!
Von 4-7 Uhr Vitaskop-Theater
Aquanoptikum
Experiment aus der 4. Dimension.
Alles ohne Extra-Entree!

Passage-Theater.
Das Eröffnungs-Programm der Winter-Saison!
Abends 8 Uhr:
Claire Waldoff mit ihren neuen Schlagern von Walter Kollo.
Collins 10 englisch. Backfische.
Polmay u. May, unerreichten.
George Barrington und 12 Starnummern.

Passage-Panoptikum.
Boddhas dunkles Geheimnis.
Der Mann mit dem eisernen Schlund!
Von 4-7 Uhr Vitaskop-Theater
Aquanoptikum
Experiment aus der 4. Dimension.
Alles ohne Extra-Entree!

Passage-Theater.
Das Eröffnungs-Programm der Winter-Saison!
Abends 8 Uhr:
Claire Waldoff mit ihren neuen Schlagern von Walter Kollo.
Collins 10 englisch. Backfische.
Polmay u. May, unerreichten.
George Barrington und 12 Starnummern.

Passage-Panoptikum.
Boddhas dunkles Geheimnis.
Der Mann mit dem eisernen Schlund!
Von 4-7 Uhr Vitaskop-Theater
Aquanoptikum
Experiment aus der 4. Dimension.
Alles ohne Extra-Entree!

Passage-Theater.
Das Eröffnungs-Programm der Winter-Saison!
Abends 8 Uhr:
Claire Waldoff mit ihren neuen Schlagern von Walter Kollo.
Collins 10 englisch. Backfische.
Polmay u. May, unerreichten.
George Barrington und 12 Starnummern.

Passage-Panoptikum.
Boddhas dunkles Geheimnis.
Der Mann mit dem eisernen Schlund!
Von 4-7 Uhr Vitaskop-Theater
Aquanoptikum
Experiment aus der 4. Dimension.
Alles ohne Extra-Entree!

Passage-Theater.
Das Eröffnungs-Programm der Winter-Saison!
Abends 8 Uhr:
Claire Waldoff mit ihren neuen Schlagern von Walter Kollo.
Collins 10 englisch. Backfische.
Polmay u. May, unerreichten.
George Barrington und 12 Starnummern.

Passage-Panoptikum.
Boddhas dunkles Geheimnis.
Der Mann mit dem eisernen Schlund!
Von 4-7 Uhr Vitaskop-Theater
Aquanoptikum
Experiment aus der 4. Dimension.
Alles ohne Extra-Entree!

Passage-Theater.
Das Eröffnungs-Programm der Winter-Saison!
Abends 8 Uhr:
Claire Waldoff mit ihren neuen Schlagern von Walter Kollo.
Collins 10 englisch. Backfische.
Polmay u. May, unerreichten.
George Barrington und 12 Starnummern.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wagner-Theat.)
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die särtlich Verwandten.
Lustspiel in 3 Akte von H. Benedy.
Hierauf: In Zivil.
Schwan in 1 Akt v. Gustav Adelsburg.
Ende 10 1/2 Uhr.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Bibliothekar.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Der Bibliothekar.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Liebe wacht.
Lustspiel in 4 Akten von G. H. de Callabel und Robert de Herd.
Ende 10 1/2 Uhr.
Freitag, abends 8 Uhr:
Robert und Bertram.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Robert und Bertram.

Brauerei Friedrichshain

Am Königstor.
Heute und folgende Tage:
Original Münchener Herbstfeste Juhu!!!
Oberlandler Kapellen ♦ Kirchweih- und Schützenfest.
Bei ungünstiger Witterung im Saal.
Abonnenten des „Vorwärts“ haben wochentags freien Eintritt.
Diese Annonce ist am Eingang vorzuzeigen.

Luna Park

TERRASSEN
HALENSEE
Größter Vergnügungspark des Kontinents.
Eintrittspreis 50 Pf.
Heute:
Sensationelle Attraktionen
Militärkonzert ♦ Somalidorf
Ab 8 Uhr geöffnet
Tanagra-Theater □ Mon Plaisir.

Zirkus A. Schumann.

Donnerstag, 15. September, abends 7 1/2 Uhr:
Anserordentl. gr. Vorst.
Besonders hervorzuheben:
Der Kreisel-Globus.
Neueste Kreation des Direktors A. Schumann.
Apachentanz zu Pferde
geritten von Frä. Dora Schumann und Herrn Karl Hüb.
Luftpotpourri
der Lapin-Truppe, 10 Personen.
Die wunderbar dressierten Rafabus der Mile. Bellonis.

Zirkus Busch.

Donnerstag, 15. Sept., abends 8 Uhr:
Großer Galaabend.
Herr Georg Burkhardt-Foottit, Schuir. a. d. irl. Wallach Boy, D. ber. Reiterlam. Frediani.
Hons. Velanche m. seinen fußballspielenden Hunden.
Herr Dir. H. E. Orlando, Freiheitsdressuren.
Messrs. die Luft-Autos.
Edwardos, Neudressuren und das große Gala-Programm.

Passage-Theater.

Das Eröffnungs-Programm der Winter-Saison!
Abends 8 Uhr:
Claire Waldoff mit ihren neuen Schlagern von Walter Kollo.
Collins 10 englisch. Backfische.
Polmay u. May, unerreichten.
George Barrington und 12 Starnummern.

CIRCUS Cyril Hatle

Berlin N., Trift-, Ecke Tegeler Str. (nähe Müllerstraße).
Donnerstag, 15. September, abends 8 1/4 Uhr:
Bravour-Abend mit neuen Attraktionen.
Farnul: A. Moabit 6212

Passage-Theater.

Das Eröffnungs-Programm der Winter-Saison!
Abends 8 Uhr:
Claire Waldoff mit ihren neuen Schlagern von Walter Kollo.
Collins 10 englisch. Backfische.
Polmay u. May, unerreichten.
George Barrington und 12 Starnummern.

Königstadt-Kasino.

Polymarktstr. 72, Ecke Alexanderstraße.
Bleberaufstiegen von Franz Sobanski.
Dazu das auserlesene Sept.-Progr.
Der Herr Bankier.
Volksstück in 1 Akt von Max Lenther.

Passage-Panoptikum.

Boddhas dunkles Geheimnis.
Der Mann mit dem eisernen Schlund!
Von 4-7 Uhr Vitaskop-Theater
Aquanoptikum
Experiment aus der 4. Dimension.
Alles ohne Extra-Entree!

Volgt-Theater

Gesundbrunnen Badstr. 58
Voranzelge.
Sonntag, den 18. September 1910:
Deborah.
Volkschauspiel in 4 Akten von E. G. Wolfthal.
Kasseneröffnung 6 Uhr. Anf. 7 Uhr.

Passage-Theater.

Das Eröffnungs-Programm der Winter-Saison!
Abends 8 Uhr:
Claire Waldoff mit ihren neuen Schlagern von Walter Kollo.
Collins 10 englisch. Backfische.
Polmay u. May, unerreichten.
George Barrington und 12 Starnummern.

Nu hat's geschnappt.

Musik v. P. Liocke. Anf. 8 1/2 Uhr.
Nible's Fest-Säle
Dennewitzstraße 13.
Jeden Donnerstag, Sonnabend und Sonntag: 8665
Großer Ball.
C. Nible.

Freie Volksbühne

Hef 1-5 der Monatschrift Freie Volksbühne (Jahrgang 1910/11) kann von allen Mitgliedern aus ihrer Zahlstelle abgeholt werden. 241/16

Sonntag, den 18. September, 3 Uhr

Thalia-Theater **Kampf.** Lessing-Theater **Das Konzert.**

Neues Schauspielhaus **Ueber unsere Kraft.** Residenz-Theater **Die 300 Tage.**

Herrnsfeld-Theater **Der Herr Senator.** Abendabteilungen **Raffles.**

Extravorstellung im Lessing-Theater **Rosenmontag.** 3., 10., 17., 24. Oktober **Neues Schauspielhaus Tartuff.**

Sonntag, 20. November: Hartleben: **Ueber unsere Kraft.** 31. Oktob., 7., 14., 21. November

Neue Mitglieder können sich in allen Zahlstellen anmelden. Sammelt für den Kampfonds! Der Vorstand. I. V. G. Winkler.

Herrnsfeld Theater

Die größten Schlozer der letzten Saison:
Das starke Stück und Wenn zwei dasselbe tun
mit Anton und Donat Herrnsfeld. Vorverkauf 11-2 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Pfade der Jugend.
Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Der schwarze Schimmel.
Bunter Teil:
Das alte Ghetto.
Vorverkauf 11-2, abends ab 6 Uhr.

Berliner Prater-Theater

Kastanienallee 7-9.
Deute:
Der Bettelstudent von Berlin.
Spezialitäten, Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entrée 30 Pf.

Walhalla-Variete Theater

Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Die neuen September-Spezialitäten.

Sanssouci am Kottbuser Tor.

Beifallsstürme
entfesselt allabendlich das grandiose Eröffnungs-Programm.
Karl Götting, moderne Jongleuse.
Maxim and Mad, franz. Exzentrika.
Schenk Marvoly-Truppe, Akrobat.
Willy Schrüder, Humorist.
The Morisoff mit ihrem urkomisch. Ring- und Boxkampf.
Hierauf die Possen:

Nu hat's geschnappt.

Musik v. P. Liocke. Anf. 8 1/2 Uhr.
Nible's Fest-Säle
Dennewitzstraße 13.
Jeden Donnerstag, Sonnabend und Sonntag: 8665
Großer Ball.
C. Nible.

Vereins-Brauerei

Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Anfang wochentags 7 Uhr. Sonntags 4 Uhr.

Gr. Berliner Kunstausstellung 1910

30. April bis 2. Oktober.
Am Park täglich Doppel-Konzert.
Eintritt: 10-6 Uhr 1 Mk., 6-8 Uhr ab 50 Pf., Sonntags 50 Pf. Dauert. 6 Mk.
Ausstellungshallen am Zoo
Riesen-Kinematograph.
6-11 Uhr.
Rauchen überall gestattet

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich:
Großes Militär-Konzert.
Eintritt 1 Mark.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter zehn Jahren die Hälfte.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger
(Meysel, Britton, Schrader usw.)
Anfang wochentags 8 Uhr
Sonntags 7 Uhr.

Moabiter Gesellschaftshaus

Wielestr. 24. Emdener Str. 40.
Größtes
Kientopp-Theater
Nonbits.
Ebenfalls zweimal neues Programm.
Täglich Vorstellung. Anfang 6 Uhr.

Karl Haverland-Theater

Anfang Theater präz. 7 1/2 u. 77/79
Kommandantenstraße 77/79.
Das wunderbarste Eröffnungs-Programm.

Vereins-Brauerei

Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Anfang wochentags 7 Uhr. Sonntags 4 Uhr.

Sie haben recht, wenn Sie bei ihrem Kaufmann ausdrücklich

MAGGI'S Bouillon-Würfel zu 5 Pfg.

Nur echt mit dem Namen MAGGI und der Schutzmarke Kreuzstern.

verlangen, denn sie sind mit allerbestem Fleischextrakt hergestellt und enthalten bereits feinste Gemüseauszüge sowie das nötige Kochsalz und Gewürz.

